

FLORIAN LICHTTRÄGER

IMMER WIEDER SERBIEN



E. NICOLAS.

VERLAG FÜR KULTURPOLITIK/BERLIN

IMMER WIEDER SERBIEN

Jugoslawiens Schicksalsstunde

von

FLORIAN LICHTTRÄGER

Mit einem Geleitwort von

FRIEDRICH THIMME

*

KEINE Ausgrabung von Akten und Dokumenten über das Vorkriegsserbien. Vielmehr ein hochaktuelles Buch über das neue Serbien, das in seiner Herrschsucht Jugoslawien zu einem Kerkerstaat macht, in seinem Machthunger immer wieder der Friedensstörer ist und das 1918 neugegründete Reich seinem Zerfall zutreibt. Die nationalen Rechte der Brüdervölker werden mit Füßen getreten: Mord im Parlament, Mord auf offener Straße, Studentenunruhen, Meutereien im Offizierskorps, Aufstände der Bevölkerung, Verarmung des üppigreichen Landes sind die Folgen der serbisch-zentralistischen Politik. Das Reich der drei Nationen: Serben — Kroaten — Slowenen bricht auseinander. Jugoslawiens Schicksalsstunde naht!

Jugoslawiens geopolitische Lage bedingt es, daß ganz Europa die Entwicklung der Dinge mit Spannung verfolgt. Denn „die Ostküste der Adria ist die verkehrspolitische Lunge des gesamten Zentraleuropa“. Über Jugoslawien geht der direkte Weg nach dem Suezkanal, dem nahen und fernen Osten! Begreiflich daher das Interesse Italiens an dem Küstenlande, noch begreiflicher die Unruhe in Frankreich und England, die vor einem neuen drohenden Weltkrieg warnen.

Das sorgfältig angelegte Namen- und Sachregister klärt uns über Persönlichkeiten und Tatsachen auf, die täglich jetzt in den Zeitungsnachrichten auftauchen!

Ein Buch der Gegenwart! Ein Buch, das in die Zukunft weist! Das brennendste Thema unserer Tage!

*

In Ganzleinen RM 5.50

LICHTTRÄGER / IMMER WIEDER SERBIEN

FLORIAN LICHTTRÄGER

IMMER WIEDER SERBIEN

JUGOSLAWIENS SCHICKSALSSTUNDE

MIT EINEM GELEITWORT VON

FRIEDRICH THIMME

MCMXXXIII

VERLAG FÜR KULTURPOLITIK / BERLIN

Umschlagszeichnung von Ernst Nicolas

*Alle Rechte, besonders die der
Übersetzung, Verfilmung und Verwendung
für den Tonfilm vorbehalten
Copyright 1933 by
Verlag für Kulturpolitik, G. m. b. H., Berlin
Printed in Germany*

Druck der Offizin Haag-Drugulin AG. in Leipzig

INHALT

Geleitwort von Friedrich Thimme 9

I. Jugoslawiens politische Lage 19

Errichtung der Diktatur am 6. Januar 1929. Das Ministerium Živković. Das Versagen der Vidovdan-Verfassung. Der serbische Zentralismus. Die Enttäuschung der Kroaten. Die „verdorbene Intelligenz“. Gründung der Bauernpartei durch Stjepan Radić. Ermordung Radićs in offener Parlamentssitzung. Kompromittierung des südslawischen Staatsgedankens. Unruhen in Kroatien. Serbischer Plan zur Abtrennung der kroatischen Gebiete. (Amputations-tendenz). Wirkungen der Diktatur: Vorgehen gegen die Kommunisten, Verwaltungsverbesserung, Banatsverfassung mit ausgesprochener Serbisierungstendenz, Gesetz über die Verstaatlichung des Sokolwesens. Serbiesierung und Enteignung der kroatischen Sokoln. Verschiedenheit des dynastischen und des Staatsgefühls bei Kroaten und Serben. Ermordung des kroatischen Gelehrten Dr. Milan Šufflay. Auffliegen der kroatischen Staatspartei. Sturz des Finanzministers Dr. Švrljuga. Serbisierungsversuche durch die neue orthodoxe Kirchenverfassung. Ausscheiden des slowenischen Ministers Dr. Korošec aus der Regierung. Erstarken des Katholizismus. Verschärfung der konfessionellen Momente. Zurückgleiten ins Mittelalter. Mordversuch an dem Kroaten Dr. Mile Budak.

II. Die allgemeine und wirtschaftliche Lage 35

Günstigere Wirtschaftslage als im übrigen Europa. Gute Ernte 1929 und 1930. Umschwung zur Verschlechterung. Dürre und Viehsterben 1931/32. Russisches Holzdumping. Verunglücktes Stabilisierungsgesetz vom 10. Mai 1931. Bankrums. Kreditkündigungen. Staatliches Weizenverkaufsmonopol und seine Folgen: schwere Geldverluste des Staates, Gefährdung der Mühlenindustrie. Angebliche Bereicherung von Politikern durch Weizenschmuggel. Millionenvermögen südslawischer Minister im Auslande. Wiedereinführung des straffen Zentralismus durch die Verfassung vom 3. September 1931. Knebelung der Opposition durch das System der Staatswahllisten. Abstinenzpolitik. Wahlfälschungen. Das Volk empfindet die Parlamentarisierung als groben Betrug. Serbische Studentenkrawalle. Schließung der Universität Belgrad. Das

Bauernschutzgesetz. (Moratorium für bäuerliche Schulden). Politische Kreditgewährung. Zerstörung des bäuerlichen Kredits. Krankhafte Schrumpfung der Volkswirtschaft. Trostlose Wirtschaftslage seit 1931.

III. *Jugoslawiens Schicksalsstunde* 49

Versagen der versteckten Diktatur. Die ungelöste kroatische Frage. Erschütterung des Staates durch Staatskrise und psychologische Krise. Gefährdung der Dynastie. Aufzehrung des Jugoslawismus. Geschichte der jugoslawischen Idee. Ihre Schöpfer: Rački und Strossmayer im Dienste der katholisch-orthodoxen Kirchenunion. Südslawische Akademie der Wissenschaften in Zagreb. Zurückdrängen durch den nationalen kroatischen Separatismus. (Dr. Ante Starčević). Wiederaufleben des Jugoslawismus durch die jugoslawische Deklaration des Dr. Korošec vom 30. Mai 1917. Sein Sieg in der Vidovdan-Verfassung. Zusammenbruch durch die Diktatur. Verwaltungsschwierigkeiten im großserbischen Staate. Zerbröckelung des Serbentums. Brutalisierung der Montenegriner. Beiseiteschiebung der altösterreichischen Serben. Verbannung Pribičevićs. Kommunistische Propaganda: Marburger Offiziersverschwörung von 1932. Kroatenaufstand im Velebit 1932.

IV. *Die kroatische Frage* 61

Ethnische und historische Selbständigkeit der Kroaten. Ihr ursprüngliches selbständiges Königtum. Personalunion mit Ungarn (1102). Nach Mohacs (1526): Königswahl Ferdinands I. von Habsburg. Nach 1918: Peter Karagjorgjević. Die geopolitischen Gründe ihrer historischen Koalitionspolitik. Die national und territorial geeinten Nachbarn. Die ungeschützten Grenzen Kroatiens. Illyrismus. Jugoslawismus, serbisch-kroatische Einheit — alles nur Zweckfiktionen — sind heute von den Kroaten aufgegeben. Geschichte der serbischen Besiedelung. Zarengeschlecht der Nemanjiden. Schaffung der serbischen Staatskirche durch St. Sabbas. Reich Dušans des Mächtigen. Übernahme des byzantinischen Vermächtnisgedankens durch Serbien: Vereinigung des ganzen Balkan in einem Reiche, einem Glauben und einem Volke. Erfolgsaussichten des Kampfes zwischen Serben und Kroaten um das Selbstbestimmungsrecht. Die entscheidende geopolitische Lage: Unentbehrlichkeit der Kroaten als Verteidiger der Donau-Save- und Adrialinie. Der ewige Gegensatz zwischen den orientalisch-orthodoxen Serben und den katholisch-okzidentalenen Kroaten. Begriff und Krise des Byzantinismus.

V. *Föderalisierung ist die einzige Rettung* 73

Der Dualismus war die Ursache von Österreich-Ungarns Untergang. Die Ähnlichkeit der Verhältnisse in Jugoslawien läßt ein gleiches Ende erwarten. Föderalismus als letzte Rettungsmöglichkeit. Wiederherstellung des Zustandes vor 1918, Einberufung einer Konstituante. Trennung von Ost und West in der staatsrechtlichen Bildung und Verwaltung. Streichung der Fiktion der nationalen Einheit der Südslawen, Beseitigung der Dauerkrise durch Homerule für Kroatien, Slowenien und Montenegro, Autonomie für Mazedonien und die Vojvodina. Hindernisse der Föderalisierung: südslawische Vorliebe für Fiktionen, Machthunger der Serben, kroatische Bestrebungen nach voller Unabhängigkeit. Die Aufschiebung der Föderalisierung bedeutet Sowjetismus oder Faschismus.

VI. *Jugoslawien ist eine europäische Frage* 85

Bedeutung des Mittelmeeres und der Adria als Verkehrsstraße. Die adriatische Ostküste ist die verkehrspolitische Lunge des gesamten Zentraleuropas. Durch Jugoslawien ziehen die Wege Europas nach der Adria und der Ägäis. Italiens Streben nach der jugoslawischen Adriaküste zur vollen Beherrschung des Weges zum Suezkanal. zum fernen Osten. Englands, Frankreichs, Deutschlands, ganz Mitteleuropas. Widerstand gegen die italienischen Ansprüche. Innenpolitische Lösung durch Föderalisierung zur Vermeidung außenpolitischer Explosionen. Die notwendige Unterstützung Europas.

VII. *Namen- und Sachregister* 97

GELEITWORT

Die südslawische Frage, an deren schwelendem Feuer im Jahre 1914 der Weltkrieg entbrannt ist, hat schon einmal ganz Europa, man kann sagen, die Welt in ein politisch-wirtschaftliches Trümmerfeld verwandelt. Heute droht aus der Nichtlösung dieser Frage — denn daß die vielgerühmte Herstellung der südslawischen Nationaleinheit in dem nunmehrigen Königreich Jugoslawien keine wirkliche Lösung des Problems, sondern nur leerer Schein ist, hat die ganze Nachkriegszeit mit zunehmender Deutlichkeit dargetan — wiederum ein Zusammenbruch, ein Chaos hervorzugehen, das leicht von neuem zur Schicksalsfrage für ganz Europa werden kann.

Wer trägt die Schuld daran, daß die südslawische Frage nicht schon in dem Vorkriegseuropa gelöst worden ist?

Die Welt ist, als die Habsburgische Monarchie nach vier langen, ruhmvoll bestandenen Kriegsjahren zusammenbrach, und als unter ihren Nachfolgestaaten das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen scheinbar wie ein Phönix aus der Asche emporstieg, vorschnell mit der Antwort bei der Hand gewesen: die Habsburger Monarchie selbst, dieser Kerker der Nationen, dieser Zwangsstaat, der, jeder inneren Erneuerungskraft bar, nur noch fähig war, das Emporsteigen der in ihr zusammengeschlossenen acht Nationen zu Selbständigkeit und Freiheit zu hindern, war der schuldige Teil. Heute, nach den bitteren und lehrreichen Erfahrungen der Nachkriegszeit, die immer wieder das Wort der beiden größten Staatsmänner Vorkriegseuropas, Bismarcks und Disraelis, in das Gedächtnis zurückgerufen haben, daß die österreichisch-ungarische Monarchie im Interesse des europäischen Friedens hätte erschaffen werden müssen, wenn sie nicht schon existiert hätte — heute ist bereits ein gut Teil der Welt drauf und dran zuzugestehen, daß das so gründlich verkannte Österreich zumindest nicht allein verantwortlich für die Zuspitzung der südslawischen Frage gewesen ist.

In der Tat, niemand, der in den Büchern der Geschichte, vor allem in den, nach Deutschlands und Österreichs Vorgang fast von sämtlichen an dem Weltkrieg beteiligten Staaten mit bezeichnender Ausnahme Serbiens in Angriff genommenen Sammlungen der Vorkriegsakten zu lesen gelernt hat, wird sich dem Eindruck entziehen können, daß gerade Serbien mit den hinter ihm stehenden Mächten an jener Zuspitzung wesentlich mitschuldig war. Auch wer noch an der Meinung festhält, daß aus der Bilanz Österreichs der Passivposten der Nichtlösung der südslawischen Frage nicht ausgestrichen werden kann, wird zumindest zugeben müssen, daß ihm vieles, sehr vieles zur Entschuldigung ge- reicht.

Eine Entschuldigung liegt schon darin, daß der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867 und der ihm folgende ungarisch-kroatische Ausgleich von 1868, die vereint einer staatlichen Zusammenfassung der südslawischen Bestandteile der Monarchie fast unübersteigliche Schwierigkeiten in den Weg legten, zu einer Zeit getroffen worden sind, als noch kein europäischer Staatsmann voraussehen konnte, daß dereinst die südslawische Frage an die Tore der

Monarchie und Europas pochen würde. Akut geworden ist diese Frage eigentlich auch erst, als die österreichisch-ungarische Regierung sich genötigt sah, die Okkupation Bosniens und der Herzegowina, die sie nach dem Berliner Kongreß auf Grund eines europäischen Mandats vollzogen hatte, zwanzig Jahre später in eine Annexion zu verwandeln. Wir wissen jetzt, daß die Annexion, wenn sie einesteils die Doppelmonarchie gegen Störungen von Seiten des serbischen Nachbarstaats sichern sollte, der damals schon den Traum einer Vereinigung aller Balkanslawen in einem Großserbien träumte und für dieses Ziel auch unter Österreichs Slawen warb, andernteils auch als Vorbereitung für eine autonomere Stellung dieser österreichischen Slawen selbst dienen sollte. Es steht nicht minder fest, daß seit der Annexion das Problem, wie sich eine solche autonomere Stellung der Südslawen im Rahmen der Monarchie durchführen lasse, viele führende Männer in Österreich ernstlich beschäftigt hat, nicht zuletzt den Erzherzog Thronfolger Franz Ferdinand. Man will zwar behaupten, daß der Erbe der Habsburger Krone den vielerörterten Gedanken des Trialismus, d. h. den Gedanken, daß Kroatien, Slawonien, Bosnien, die Herzegowina und Dalmatien zu einer staatsrechtlichen Einheit verschmolzen und mit gleichen Rechten neben Österreich und Ungarn als dritter Partner in die Gemeinsamkeit eingeführt werden sollten, nicht bis zu Ende festgehalten, daß er sich vielmehr von der staatsauflösenden Tendenz der südslawischen Aspirationen überzeugt habe. Sollte das wirklich der Fall gewesen sein, so doch nur deshalb, weil die von Belgrad aus betriebene großserbische Propaganda nach der Annexion Bosniens und der Herzegowina immer rücksichtsloser über diese Provinzen hinaus in Österreichs eigene slawische Bestandteile vorgetrieben wurde und in der serbo-kroatischen Gesamtbewegung ein wirkliches Gefahrenmoment für die Monarchie schuf. Es ist kennzeichnend, daß die Drahtzieher der großserbischen Bewegung, die nachgewiesenermaßen im engsten Konnex mit der Belgrader Regierung standen, ihrerseits in der Person des Erzherzog-Thronfolgers das stärkste Hemmnis für ihre sich schließlich ganz direkt gegen die Existenz Österreich-Ungarns richtenden Bestrebungen sahen. Daß zwischen der mehrfach von maßgebenden serbischen Staatsmännern ausgesprochenen Besorgnis vor der Thronbesteigung Franz Ferdinands und der fluchwürdigen Ermordung des Thronfolgerpaars durch den bosnischen Serben Princip am 28. Juni 1914 ein innerer Zusammenhang besteht, unterliegt keinem Zweifel mehr. Mit dem zu Nutz und Frommen der großserbischen Bewegung dahingemordeten Erzherzog-Thronfolger aber mußten, selbst wenn aus dieser Schreckenstat nicht der Weltkrieg hervorgegangen wäre, die letzten Möglichkeiten einer friedlichen Lösung der südslawischen Frage im Rahmen der Doppelmonarchie als verschüttet gelten.

Man kann also, wenn man irgend gerecht sein will, die Schuld dafür, daß es nicht schon in der Vorkriegszeit zu einem ernsten und nachhaltigen Versuch gekommen ist, das südslawische Problem innerhalb Österreich-Ungarns zu lösen,

nicht einseitig auf die österreichischen Staatsmänner schieben. Es hatte doch seinen Grund, wenn diese die ernstliche Inangriffnahme eines so überaus verwickelten und schwierigen Problems bis auf die Zeit der Thronbesteigung Franz Ferdinands zurückzustellen trachteten, dessen ausgesprochene Vorliebe für die Südslawen und dessen von vielen gefürchtete vehemente Willenskraft für einen solchen Versuch bessere Chancen zu bieten schienen. Sie glaubten noch Zeit zu haben und hätten sie im normalen Verlauf der Dinge vielleicht auch behalten, trotz des allerdings sehr ungeschickten und unangebrachten Terrorregimes des Königlich Ungarischen Banus Cuvaj. Schließlich liegt zwischen der Annexion Bosniens und der Herzegowina, die erst die Lösung der südslawischen Frage zu einer dringlichen machte, und der Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers nur ein Zeitraum von noch nicht einmal sechs Jahren, ein Zeitraum, der für ein so verwickeltes und schwieriges Werk wie die Neuordnung eines Nationalitätenstaats selbst dann schwerlich gereicht haben würde, wenn nicht soviel äußere und innere Störungen dazwischen getreten wären.

Kann eine gleiche Entschuldigung für die Nichtlösung des südslawischen Problems auch denen zugebilligt werden, die das Erbe Österreich-Ungarns in den umstrittenen Provinzen angetreten haben?

Von vornherein muß man sich klar machen, daß Serbien als der Staat, dem nach dem Untergange der Habsburger Monarchie wie von selbst die Führung in der Lösung des südslawischen Problems zufiel, auch abgesehen von den mehr als vierzehn Jahren, die ihm bisher hierfür zur Verfügung standen, vor eine viel leichtere Aufgabe gestellt war als Österreich-Ungarn. Diesem war der Weg schon durch den österreichisch-ungarischen und den ungarisch-kroatischen Ausgleich, wie wir sahen, wenn nicht versperrt, so aufs äußerste erschwert worden. Eine Erschwernis war weiter die Fülle der in ihm vereinigten Nationen gewesen, von denen jede mit äußerster Eifersucht die eigenen Rechte gegen die der Gesamtheit wahrte. Sicherlich bestanden auch unter den Serben, Kroaten und Slowenen, die sich im Spätherbst 1918 zu einem einheitlichen Staat unter der Führung der Dynastie Karageorgiewić zusammenschlossen, tiefgehende geschichtliche, konfessionelle und kulturelle Verschiedenheiten. Aber es handelte sich doch um Stämme einer und derselben Völkerfamilie, deren Zusammenwachsen zu einem Einheitsstaat, wenn nur jeder die Besonderheiten des anderen achtete, nicht allzu schwer sein konnte. Die Kroaten und Slowenen sind jedenfalls mit dem besten Willen in die neue Gemeinschaft eingetreten; sind sie es doch gewesen, die von sich aus den Serben, die sich zu Unrecht der Rolle als Befreier jener bis auf den heutigen Tag rühmen, die Union in einem einheitlichen Staatswesen angetragen haben. Sie haben freilich vorausgesetzt, daß die dem neuen Staat durch die konstituierende Nationalversammlung zu gebende Verfassung die immerhin halbwegs autonome Stellung, die sie unter dem Szepter der Habsburger eingenommen hatten, bewahrt und ausgebaut werde.

Nur zu bald sollten die Hoffnungen und Erwartungen der Kroaten und Slowenen und der übrigen unter der Ägide Serbiens vereinigten Völkerschaften enttäuscht werden. Denn die Serben haben das natürliche Übergewicht, das ihnen ihre Volkszahl, ihre Stellung als Bundesgenossen der Alliierten und ihre Militärmacht gab, dazu benutzt, um sich in dem neuen Staatswesen eine ausgesprochene Vormacht zu sichern. Die Vidovdan-Verfassung vom 28. Juni 1921, deren zentralistischer und hegemonistischer Charakter unverkennbar ist, beweist, daß es den Serben bei dem Kampf gegen Österreich weniger um die Befreiung ihrer slawischen Brüder als um die Vorherrschaft in einem Großserbien zu tun gewesen war, und daß jetzt die Serbisierung aller Südslawen ihr eigentliches Ziel bildete. Da weder Kroaten noch Slowenen noch Montenegriner sich diesen Herrschaftsansprüchen der Serben fügen wollten, sondern alles daran setzten um ihre Sonderart im gemeinsamen Staat ungeschmälert zu erhalten, so wurde der Nationalitätenhader rasch zu einem Charakteristikum des angeblich freien Nationalstaats. Nicht lange, und das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, wie es in dem ersten Jahrzehnt seines Bestehens hieß, war weit mehr ein Kerkerstaat der Nationen als es je Österreich-Ungarn gewesen war, ein Kerkerstaat im buchstäblichen Sinne des Wortes auch insofern, als die Machthaber in Belgrad nicht davor zurückschreckten, die Renitenz der nichtserbischen Parteiführer, wie des Führers der kroatischen Bauernpartei Radić, durch Einkerkung zu brechen.

Wirklich hat Radić im Jahre 1925 seinen Frieden mit den Belgrader Machthabern zu machen gesucht, wohl in der Hoffnung, nun als Minister von den Serben für seine Stammesgenossen in Güte zu erreichen, was sich nicht abtrotzen ließ. Aber auch diese Hoffnung trog. Drei Jahre später, am 20. Juni 1928, wurde auf Radić in offener Parlamentssitzung von dem fanatisierten serbischen Abgeordneten Puniša Račić ein Revolverattentat verübt, dem der Todwunde nach einiger Zeit erlag. Kann man sich wundern, daß nach solcher Schreckenstat der Glaube des kroatischen Volkes an die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens mit den Serben, für den auch Radić seine Stammesgenossen nur schwer zu gewinnen vermocht hatte, Schiffbruch erlitt?

Der damals schon drohende Staatskrise wußten die serbischen Machthaber nicht anders zu begegnen, als indem sie am 6. Januar 1929 die Diktatur proklamierten. Das neue Regime führte sich insofern nicht ungeschickt ein, als es die anstößige Vidovdan-Verfassung von 1921 aufhob und eine Neueinteilung des nunmehr „Jugoslawien“ benannten Königreichs verfügte, die an die altkroatische Banatseinrichtung anknüpfte. Dies Scheinkonzession ließen noch ein letztes Mal die Hoffnungen der Kroaten und Slowenen aufleben. Aber sehr bald trat doch wieder, etwa in der Verstaatlichung des Sokolwesens, in der Einführung einer neuen Verfassung der serbisch-orthodoxen Kirche, die dieser aufreizende Vorrechte vor der katholischen einräumte, und in vielen anderen Maßregeln der Diktatur eindeutig zutage, daß auch dieses Regime die Serbisierung

des Gesamtstaates als oberstes Ziel verfolgte. Den naturgemäß sofort wieder auflebenden separatistischen Tendenzen aller nichtserbischen Volksteile suchte die Diktatur mit den schärfsten Maßregeln zu begegnen: Hochverratsprozesse gegen die Führer der Stammesbewegung wie den Nachfolger Radićs als Haupt der kroatischen Bauernpartei, Maček, Einkerkering und Verbannung anderer wie des Führers der demokratischen Serbenpartei Pribičević, ja auch Mordtaten wie die Niedermetzlung des wissenschaftlichen Beraters Dr. Mačeks, Dr. Šufflay, die sich unter den Augen der Behörden vollzog, kennzeichnen das innerste Wesen dieser Diktatur. Offiziell wurde die Diktatur ja durch die Einführung einer neuen Verfassung vom 3. September 1931 liquidiert, die sich freilich in jeder Beziehung als eine verschlechterte Auflage der Verfassung von 1921 kennzeichnet. In Wirklichkeit ist auch das seither am Ruder befindliche Regime, das jede freie Wahlrechtsausübung verhindert hat, und in jeder Äußerung des Stammesbewußtseins, mit Ausnahme natürlich des serbischen, eine hochverräterische Handlung erblickt, nichts anderes als eine Diktatur.

Gewiß darf man nicht alles glauben, was in der europäischen Presse und in den sich seit einigen Jahren immer mehr häufenden Zeitschriftenaufsätzen über die jugoslawischen Verhältnisse geschrieben wird. Das meiste, was man insbesondere über die Diktatur zu lesen bekommt, spiegelt nur den Parteienstandpunkt wieder. Das Vorwort Henry Barbusses etwa, betitelt „Der Wettlauf der Metzelleien“, das die von dem Bund „Freier Balkan“ 1930 herausgegebene Flugschrift „Diktatur in Jugoslawien. Dokumente. Tatsachen“ einleitet, trägt den Stempel starker Übertreibung. Auf der anderen Seite verdienen auch die systematischen Versuche der jugoslawischen Regierung, es in der ausländischen Presse so hinzustellen, als ob es sich bei der Diktatur nur um ein Regiment der Ruhe, Ordnung und Gerechtigkeit, und bei den Ausbrüchen der Stammesleidenschaft durchweg um kommunistische Treibereien handle, kaum irgendwelches Vertrauen.

Dem europäischen Publikum, das sich mit der Zeit doch der Bedeutung der jugoslawischen Frage bewußt geworden ist, war und ist es durch die sich vielfach widersprechenden Nachrichten aus Jugoslawien unendlich schwer gemacht, sich ein sachverständiges Urteil über den wahren Zustand der Dinge zu bilden. Es fehlte bis auf den heutigen Tag an einer zusammenfassenden und klaren Darstellung der gesamten innerpolitischen Lage in Jugoslawien, der man volles Vertrauen schenken konnte. Da ist es ein großes Verdienst des Verlags für Kulturpolitik, in dem vorliegenden Buche „Immer wieder Serbien“ einem geistig auf hoher Warte stehenden Jugoslawen, der die Verhältnisse seines Landes aufs genaueste kennt und sich inmitten aller verwirrenden Volksleidenschaften ein objektives und überlegenes Urteil bewahrt hat, zu einer umfassenden, durch ihre Klarheit, Abgewogenheit und Mäßigung fesselnden und überzeugenden Gesamtdarstellung das Wort erteilt zu haben. Daß der Verfasser sich mit Rücksicht darauf, daß in Jugoslawien der Terror von oben und unten

jede freie Meinungsäußerung zu einer persönlichen Gefahr gestaltet, hinter einem Pseudonym verbirgt, kann seinen Ausführungen nichts von ihrem Gewicht nehmen; im Gegenteil steigert sich ihre Bedeutung noch, da sie nur so ohne jede Rücksichtnahme, sei es auf die Belgrader Machthaber, sei es auf die eigenen Stammesgenossen des Verfassers, geschrieben werden konnten und geschrieben sind.

Als reichsdeutscher Historiker, der, seit ihm bei der Herausgabe der deutschen Vorkriegsakten die große historische Bedeutung der südslawischen Frage aufging, sich intensiv mit der weiteren Entwicklung des Problems im Königreich Jugoslawien beschäftigt hat, habe ich den Inhalt der vorliegenden Schrift einer sorgfältigen Prüfung unterzogen. Ich habe nicht verabsäumt, ihre Ausführungen sowohl mit den von serbischer Seite vorliegenden Darstellungen als mit den Auslassungen so hervorragender Sachkenner wie etwa des Engländers Seton-Watson zu vergleichen. Das Geleitwort, das ich daraufhin dem Buche „Immer wieder Serbien“ vorauszuschicken mich mit Freuden bereit gefunden habe, kann nur unterstreichen, daß das von dem Verfasser gewählte Pseudonym „Lichtträger“ seine vollste Berechtigung hat. Das Buch gibt in der Tat eine überaus lichtvolle und einleuchtende Darstellung von der Lage, wie sie sich in Jugoslawien infolge der fortgesetzten Serbisierungsversuche der Belgrader Machthaber, insbesondere seit dem Inkrafttreten der Diktatur entwickelt hat. Niemand der die überall mit Tatsachen belegte, tief eindringende und dabei geistvolle Schilderung des Verfassers unbefangen liest, wird noch glauben können, daß seit der Gründung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen, die doch nur den ersten Anfang einer Lösung des südslawischen Problems bedeutete, diese irgendwelche Fortschritte gemacht habe. Im Gegenteil, die Politiker der gewaltsamen und ganz mechanischen Unifizierung und Zentralisierung, die die Belgrader Machthaber vor und nach der Einrichtung der Diktatur rücksichtslos verfolgt haben, hat schließlich eine chronische Staatskrise heraufgeführt. Der gute Wille, mit dem die verschiedenen südslawischen Völkerschaften in das neugegründete Königreich eingetreten sind, ist nahezu ganz aufgezehrt. Kroaten, Slowenen und bosnische Serben klagen heute, daß sie um vieles schlechter daran seien als unter dem österreichischen Regime. Auch die Montenegriner sehnen sich nach ihrem einstigen primitiven Bergstaat zurück. Ja, unter den Altserben selbst zeigen sich Zerbröckelungserscheinungen; hat man doch, wie wir mit Erstaunen vernehmen, sich zeitweise sogar in Belgrad mit dem Gedanken getragen, eine freiwillige Amputation vorzunehmen, d. h. aus den exponierten westlichen Gebieten Armee- und Staatsverwaltung zurückziehen und diese Gebiete ihrem Schicksal zu überlassen. Das für Serbien als die Vormacht des jugoslawischen Königreichs beschämende Endresultat der bisherigen Entwicklung ist, daß dieses nur eine verkleinerte südslawische Ausgabe von Österreich-Ungarn vorstellt und daß sich in ihm die gleichen zersetzenden Tendenzen, die gleiche Neigung zur *itio in partes* geltend macht, die in Öster-

reich schließlich — nach dem verlorenen Weltkrieg — die Aufteilung des Staates herbeigeführt haben. Es schließt das letzten Endes eine furchtbare Anklage gegen Serbien in sich, das aus den Fehlern Österreich-Ungarns so wenig gelernt, sie vielmehr kopiert, ja vervielfacht hat.

Wenn man danach geneigt sein könnte, anzunehmen, daß der Versuch einer Lösung des südslawischen Problems durch die Gründung des jugoslawischen Staates eigentlich schon gescheitert, mindestens aber doch zum Scheitern bestimmt sei, so würde das der Auffassung des Verfassers des Buches „Immer wieder Serbien“ keineswegs entsprechen. Er hält, im Gegensatz zu der vor allem unter den Kroaten vorherrschenden Meinung, wonach sich auch ein selbständiges Kroatien behaupten könne, die Fortdauer Jugoslawiens in seinem gegenwärtigen unverkleinerten Zustande für unbedingt notwendig, und zwar vor allem auch im europäischen Interesse. Eingehend und nachdrücklich setzt er auseinander, daß Jugoslawien das natürliche Durchgangsgebiet für den mittel- und westeuropäischen Verkehr und Handel nach der Adria und dem Mittelmeer sei, und daß bei einer Absorbierung der westlichen Teile Jugoslawiens durch Italien, wie sie bei einer Loslösung Kroatiens unvermeidlich sei, der freie Verkehr Mitteleuropas nach und durch die Adria aufs schwerste gefährdet sein müßte. Mit aller Eindringlichkeit sei hier auf das jeden Mitteleuropäer angehende Kapitel „Jugoslawien ist eine europäische Frage“ hingewiesen, in dem vor Augen geführt wird, daß ein Zusammenbruch dieses Staatswesens, gleichviel ob der italienische Faschismus oder der in der verzweifelten jugoslawischen Bevölkerung immer mehr Boden gewinnende Sowjetismus der lachende Erbe sei, nur zu neuen europäischen Komplikationen und selbst zu einer europäischen Katastrophe führen könne. Eben deshalb sucht der Verfasser die Rettung auch nicht in einem außenpolitischen Eingreifen europäischer Mächte, sondern in einem innerpolitischen Kurswechsel in Jugoslawien selbst: in der grundsätzlichen Abkehr von der bisherigen Serbisierungspolitik und der Hinkehr zu dem Grundsatz der Föderalisierung.

Für eine solche Föderalisierung, in der er die einzige Rettung Jugoslawiens sieht, macht der Verfasser unseres Buches höchst beachtenswerte Vorschläge. Es wird, nicht zuletzt im Hinblick auf die geopolitischen Verhältnisse und auf die tiefe kulturelle Scheidung zwischen den orientalischen und okzidental Gebietsteilen des Landes eine Zweiteilung des Gesamtgebietes in eine östliche und eine westliche Hälfte empfohlen, innerhalb deren sich ausgesprochen orientalische Gebiete wie Serbien und Mazedonien zu einem engeren Verbände zusammenschließen müßten, während die Föderativgebiete Vojvodina, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Slowenien sich auf irgendeine Art intensiver an Zagreb als die Hauptstadt Kroatiens anzulehnen hätten. Auch hier nimmt der Verfasser sorgsam Rücksicht auf die Interessen Mittel- und Westeuropas: ein solcher Dualismus zwischen dem östlichen zum Ägäischen Meere gravitierenden

Teile Jugoslawiens und dem westlichen Teile, der zur Adria weist, würde auch den handels- und verkehrspolitischen Interessen Europas am meisten dienen.

Ausdrücklich mag es noch einmal festgestellt werden: der Verfasser wünscht nicht etwa eine Einmischung Europas in die inneren Verhältnisse Jugoslawiens. Eine solche wird auch gerade von uns Deutschen am wenigstens erstrebt werden. Aber ist es nicht doch ein Fehler sowohl von seiten der mit uns verbündeten Österreicher wie von uns selbst gewesen, daß wir uns vor dem Kriege so wenig um die südslawischen Verhältnisse gekümmert, so wenig um ihre ge-
deihliche Lösung bemüht haben? Hätte es nicht zu einer solchen Lösung beitragen können, wenn die in dem berühmten Buche Seton-Watsons „Die südslawische Frage im Habsburger Reiche“ 1911 vorgetragenen Auffassungen, Mahnungen und Warnungen zu einem geistigen Gemeingut in den Mittelmächten geworden wären? Würde es nicht auch eine Lösung oder doch Linderung der heutigen jugoslawischen Staatskrise erleichtern können, wenn sich Nord- und Mitteleuropa an der Hand des sicheren Führers, den das Buch „Immer wieder Serbien“ vorstellt, intensiv mit den Verhältnissen in Jugoslawien beschäftigten und ihre Stimme mit dem Verfasser in dem Sinne vereinigten, daß den berechtigten Wünschen der Völkerschaften des Königreichs endlich entsprochen wird?

Seit der Abfassung des vorliegenden Buches haben sich die Dinge in Jugoslawien noch weiter verschärft. Fast jede Zeitung bringt neue Alarmnachrichten. In England, wo man für die europäische Bedeutung der jugoslawischen Frage mehr als anderswo Verständnis hat, haben Seton-Watson, Wickham Steed und Gilbert Murray ihre warnende und beschwörende Stimme erhoben. Können und dürfen wir hinter ihnen zurückbleiben? Auch jetzt gilt es für uns, gilt es für alle Völker Europas, zu sorgen und zu wachen, daß nicht heiligste Güter, Frieden und Wohlfahrt durch ein neues, im Südosten unseres Erdteils ausbrechendes Erdbeben vollends zerstört werden!

Berlin, im Februar 1933.

Friedrich Thimme.

JUGOSLAWIENS
POLITISCHE LAGE

In der letzten Zeit flattern allenthalben beunruhigende und pessimistisch gefärbte Nachrichten über das Königreich Jugoslawien auf, wie das im Januar 1929 mit einer Diktatur beglückte Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen alsbald offiziell umgetauft wurde.

Diese Nachrichten sind ebenso wie der Pessimismus, der ihre Mehrzahl durchweht, zumeist übertrieben, aber es kann trotzdem nicht geleugnet werden, daß die Entwicklung der Dinge in Jugoslawien seit 1931 eine ungünstige und kritische geworden ist. Wir wollen uns daher redlich bemühen, den richtigen Stand der Dinge im jugoslawischen Staate ohne jedwede Übertreibung objektiv darzustellen.

Jugoslawiens innerpolitische Lage, welche für uns hier in erster Reihe in Betracht kommt, steht im Zeichen des Schicksals der Diktatur des Königs Alexander Karagorgjević, die durch die königliche Proklamation vom 6. Januar 1929 errichtet wurde. Wir wollen deshalb vorderhand die innerpolitische Lage Jugoslawiens von diesem Gesichtspunkte aus betrachten.

In seiner Proklamation konstatierte der König, daß der Parlamentarismus versagt habe, da er von den Parteileidenschaften mißbraucht wurde und zu den traurigen Ereignissen in der Narodna Skupština (Ermordung des kroatischen Führers Stjepan Radić nebst noch zwei kroatischen Abgeordneten in der offenen Parlamentssitzung am 20. Juni 1928) führte; nur geistiger Zerfall und nationale Zwietracht waren die Folge. Die Wahrung der nationalen Einheit und territorialen Integrität des Staates sei seine höchste Pflicht. Zur Erreichung dieses Zieles sistierte der König die sogenannte Vidovdan-Verfassung vom 28. Juni 1921, löste das Parlament auf und bestimmte, daß die weiteren gesetzlichen Bestimmungen durch königlichen Ukaz geschaffen werden sollen. Zugleich wurden die Provinzialkongregationen und Provinzialausschüsse (*oblasne skupštine i oblasni odbori*) aufgelöst, wodurch die ganze Macht im Staate dem Verwaltungsapparate unter Führung des Königs überantwortet wurde. Zur Durchführung dieser Politik wurde eine neue Regierung mit dem General Peter Živković an der Spitze gebildet. Die Diktatur war dadurch errichtet, eine neue Periode in der südslawischen Geschichte eingeleitet!

Das neue Ministerium bestand aus neun Serben: General Živković: Präsidium, Äußeres: Marinković, Krieg: Hadžić, Hygiene: Dr. Krulj, Unterricht: Maksimović, Justiz: Dr. Srškić, Bauten: Ingenieur Savković, Wälder und Agrarwesen: Ingenieur Radivojević, ohne Portefeuille: Uzunović; vier Kroaten: Kultus: Alaupović, Finanzen: Švrļjuga, Landwirtschaft: Dr. Frangeš, soziale Fürsorge: Dr. Drinković und ein Slowene: Verkehr: Dr. Korošec. Es fiel jedoch sofort auf, daß die vier Kroaten entweder durchaus unpolitische Persönlichkeiten und reine Fachleute waren, die keinen parteipolitischen Rückhalt hatten, indes unter den neun Serben vier führende Persönlichkeiten der bald darauf aufgelösten radikalen Partei waren — Živković, Maksimović, Uzunović und Srškić —, eine führende Persönlichkeit der Demokraten — Marinković -, und zugleich der stärkste

politische Mann Sloweniens, Dr. Korošec, der Führer der allmächtigen slowenischen Klerikalen. Trotzdem wurde die Diktatur gut aufgenommen. Den zersetzenden Tendenzen im Staate war kraftvoll entgegengetreten, und man fühlte wieder festen Boden unter den Füßen. Die Kroaten, welche die Aufhebung der Vidovdan-Vefassung als eine Konzession für sich betrachteten, gaben ihrer Genugtuung Ausdruck. Dr. Maček, der Nachfolger Radićs, verkündete in einem Kommuniké seine Befriedigung darob, fügte jedoch hinzu: „daß er von der Weisheit des Königs erhoffe, daß die Kroaten frei sein werden in ihrem freien Kroatien.“

Bevor wir den Entwicklungsgang der Diktatur des näheren betrachten, müssen wir kurz jene Momente ins Auge fassen, die zur Errichtung der Diktatur geführt hatten.

Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen ist eines der Endergebnisse des großen Weltkrieges von 1914—1918 und der drei Friedensinstrumente von St. Germain, von Trianon und von Neuilly.

Die Kroaten, welche 1527 die Habsburger zu ihren legitimen Königen gewählt hatten, waren unter dem Druck der Magyarisierung und der künstlichen Aufteilung ihres Territoriums in eine Reihe von politisch-historischen Provinzen, die wirtschaftlich lebensunfähig waren, österreichmüde geworden. Der Anlaß dazu war, daß die Ungarn — seit der Einführung des Dualismus von 1867—68 in Österreich-Ungarn zum politisch führenden Elemente geworden — nun mit Hilfe Österreichs ihren von Kossuth Lajos formulierten Nationaltraum eines nationalen Einheitsstaates von der Tatra bis zur Adria durchzuführen versuchten, wobei der Weg an die Adria nur über die Leichen der Kroaten führen konnte. Als des sichersten Mittels bedienten sich die Magyaren der Auspielung der Serben gegen die Kroaten und umgekehrt, wodurch beide Völker geschädigt und geschwächt wurden. Dies war das Leitmotiv des zwanzigjährigen verderblichen Regimes des Banus Khuen-Hérdeváry. So waren die Kroaten seit der kroatisch-serbischen Koalition (1908) auf die Idee verfallen, in der Einheit mit den Serben ihr Heil zu suchen. Diese Politik, welche zwar nur von einem Teile der kroatischen Intelligenz, von ihm jedoch sehr nachdrücklich verfolgt wurde, führte dann zum Weltkriege und zu dem bekannten Ereignisse von 1918.

Der neue Staat brachte den Kroaten nur Enttäuschungen. Jene Verbesserung ihrer Lage, welche sie im neuen Staate erhofften, trat nicht ein. Die kroatische Politik, die schon unter Österreich-Ungarn nicht die beste war und keine Früchte zeitigte, versagte im neuen Staate vollends. Ich glaube auch, daß die Kroaten mit ihrer österreichischen Schulung sich gegen die unvergleichlich derberen und rücksichtsloseren Serben überhaupt nicht durchsetzen konnten. Die Kroaten wurden von den Serben alsbald niedergeworfen. Die kroatische Autonomie, welche die Kroaten im kroatisch-ungarischen Ausgleich von 1868 erreicht hatten, wurde liquidiert und ein straffer Zentralismus, verkörpert in der Verfassung vom 28. Juni 1921, durchgeführt. Bei den Kroaten wurde das Schlag-

wort geprägt, daß sie eigentlich nur die Herren gewechselt hätten; denn an Stelle der Ungarn seien nun die Serben getreten. Ja es mehrten sich die Stimmen, daß die Lage der Kroaten im neuen Staate viel schlechter sei, denn sie hätten selbst das verloren, was sie von ihrer einstigen Staatlichkeit in die Autonomie nach dem kroatisch-ungarischen Ausgleich von 1867 — 68 in die Neuzeit herüberretten konnten.

Durch den Mißerfolg wurden auf kroatischer Seite alle jene Elemente hinweggefegt, welche am Ausbau des gemeinsamen Staates der Serben, Kroaten und Slowenen mitgewirkt hatten: ein gewichtiger Teil der kroatischen Intelligenz. Diese Situation wurde geschickt vom kroatischen Bauernführer Stjepan Radić ausgenützt. Mit seinem Schlagwort von der „verdorbenen Intelligenz“ hatte er einen durchschlagenden Erfolg, bekam zuerst die Führung der Bauernschaft und dann die des ganzen Volkes in die Hand und wurde als unbestrittener Führer der Kroaten in Jugoslawien, einer oppositionellen Gruppe von vier Millionen Menschen, zum stärksten Faktor im neuen Staate.

Allein er verstand es nicht, die traditionelle Unzulänglichkeit der kroatischen Politik durch neue und bessere Methoden zu ersetzen. Er begann mit seinem bekannten Republikanismus, unter dem sich eigentlich der alte Negativismus des Dr. Anton Starčević verbarg. Als diese mit einer verunglückten Abstinenzpolitik verbundene Methode versagte, bekehrte sich Radić in jäher Wendung zum „državotvorstvo“, zu einer konstruktiven Staatspolitik, die in der bekannten Erklärung vom 27. März 1925 ihren Ausdruck fand. Radić stieg aus dem Gefängnis direkt auf den Ministersessel. Er scheint sich aber zu weit in entgegengesetzter Richtung vorgewagt zu haben. Er anerkannte alles, was er früher bekämpft hatte: namentlich die Verfassung von 1921 und das Prinzip der nationalen Einheit der Kroaten und Serben, was eigentlich einer Verzichtleistung auf die nationale Individualität der Kroaten gleichkam.

Durch diese zu jähe Wendung kam Radić jedoch alsbald in eine unhaltbare Situation; denn er konnte weder die Kroaten noch die Serben befriedigen. Seine unwiderstehliche Demagogie hatte zwar auch in Serbien, namentlich in Mazedonien Eindruck gemacht. Serbische Unzufriedene, so Svetozar Pribićević, Führer der serbischen Demokraten in Kroatien-Slawonien, und Dr. Sekula Drljević, Führer einer montenegrinischen Gruppe, schlossen sich ihm an. Bald witterte man in Radić Gefahr für die Zukunft des Serbentums. Da er sich durch seine heftigen, unberechenbaren, oft auch ziemlich taktlosen Ausfälle unangenehm fühlbar machte, wurde er von einem serbischen Fanatiker Puniša Račić in offener Parlamentsitzung am 20. Juni 1928 angeschossen, sein Neffe Pavao Radić und Dr. Gjuro Basariček durch Revolverschüsse ermordet. Radić erlag nach zweieinhalbmonatlichem Siechtum seinen Verletzungen.

Die Ermordung dieses vergötterten Volksführers der Kroaten übte einen Eindruck auf das gesamte kroatische Volk aus, dessen Tiefe kaum genügend gekennzeichnet werden kann.

Man kann getrost sagen, daß die Kugeln Puniša Račićs den südslawischen Staatsgedanken ins Herz trafen: die Kroaten verloren endgültig den Glauben an den neuen Staat.

Stjepan Radić, dessen politische Fehler durch seinen Märtyrertod gesühnt waren, wurde in Zagreb mit königlichem Pomp begraben. Seine Grabstätte wurde zum Wallfahrtsort der kroatischen Bauernbevölkerung, und eine steigend sich akzentuierende Abfallbewegung wurde bei den Kroaten sichtbar.

Unruhen in Zagreb wie in sämtlichen kroatischen Gebieten wurden zur Tagesordnung; eine gesteigerte Tätigkeit der Kommunisten machte sich in der Westhälfte des Staates bemerkbar. Die Unruhen wurden von offiziellen Kreisen als rein kommunistische erklärt, was an sich ganz unrichtig war; richtig war nur so viel, daß die Kommunisten, deren es in Kroatien wie anderwärts reichlich gibt, eine günstige Gelegenheit für ihre Ziele als gekommen erachteten und fest entschlossen waren, ihre Suppe am Feuer des serbisch-kroatischen Zwistes zu kochen. Bemerkte wurde namentlich ihre Tendenz, durch Waffenausteilung an die nationalistische Jugend Kroatiens die Situation zu verschärfen.

In Belgrad, wo die Tat Račićs bei vielen offene Zustimmung fand, kam eine entgegengesetzte Tendenz zum Vorschein: die sogenannte Amputationstendenz. Man sagt, der greise Nikola Pašić habe als erster eingesehen, daß die Serben zu viele der westlichen Kultur angehörende Gebiete erhalten hätten, wodurch eine für ihre ausschließlich in orientalischer Richtung sich bewegende Kultur- und Geschichtsentwicklung ungünstige Situation geschaffen worden sei. Er soll als erster die Eventualität ins Auge gefaßt haben, eine freiwillige Amputation vorzunehmen, d. h. aus den exponiertesten westlichen Gebieten Armee- und Staatsverwaltung zurückzuziehen, und diese Gebiete ihrem Schicksale preiszugeben. Allein Pašić war ein viel zu gewiegter Staatsmann, um nicht einzusehen, daß so ein Vorgang unmöglich sei und daß Jugoslawien, das auf einem internationalen Weltkongreß mutuo consensu der Serben, Kroaten und Slowenen entstanden ist, nicht durch einseitigen Akt eines der Beteiligten seinen territorialen Bestand und seinen staatspolitischen Charakter ändern könne. Diese Bestrebungen, — die in ihrem Wesen das Unikum in der Weltgeschichte geboten hätten, daß ein Staat freiwillig einen Teil seiner Gebiete preisgibt — kamen angesichts der Abfallbewegung wieder in Schwung. In Tagesblättern und Broschüren wurde die Frage öffentlich erörtert. Man behauptet auf kroatischer Seite, daß so eine Lösung Ende 1928 in Belgrad offiziell in Erwägung gezogen worden sei. Überprüfen können wir von hier aus die Richtigkeit der Behauptung nicht. Sie wurde jedenfalls auf kroatischer Seite geglaubt und bildete zumindest einen wesentlichen psychologischen Faktor der südslawischen Geschichtsentwicklung.

Man kann sich lebhaft vorstellen, welches Gefühl der Unsicherheit bei solchen Verhältnissen in ganz Jugoslawien um sich greifen mußte. Auf der einen Seite eine sich verstärkende und vertiefende Abfallbewegung, auf der anderen

offizielle Selbstverstümmelungsabsichten, die ohne schwerwiegende inner- und außenpolitische Verwickelungen nicht zu verwirklichen waren, und im ganzen Lande ein innerer Feind, von Sowjetrußland mit Rat und Tat unterstützt, der nur darauf wartete, um mit seiner Zerstörungsarbeit einsetzen zu können. Die Verhältnisse in Jugoslawien wurden einfach unerträglich; ein banger Druck lastete auf den Seelen aller.

Aus diesen Verhältnissen erwuchs der königliche Akt vom 6. Januar 1929. Es ist leicht zu begreifen, welches Gefühl der Erleichterung das mutige Hervortreten des jungen Monarchen allenthalben auslöste. Man fühlte endlich wieder festen Boden unter den Füßen. Aus dem oben Dargestellten wird man verstehen, wieso die Devise des neuen Regimes: Wahrung der staatlichen Integrität und nationalen Einheit als oberstes Prinzip, am Platze war und wieso auch Kreise, die eine Diktatur aus prinzipiellen und auch materiellen Gesichtspunkten verabscheuten, sie anfänglich ohne Murren ertrugen.

Auch die Aufhebung der sogenannten Vidovdan-Verfassung war richtig: erstens hatte sich der starre Zentralismus, den diese Verfassung verkörperte, als ausgesprochen schädlich und dem in seinen Bestandteilen durchaus heterogenen Lande nachteilig erwiesen; zweitens war darin eine wichtige Konzession an die Kroaten enthalten, die zu ihrer Beruhigung ein Wesentliches beitrug. Um so tiefer war die Wirkung bei den Kroaten, als diese Verfassung seinerzeit ohne ihre Mitwirkung als eine Art Kontumazurteil — eine Folge der Abstinenz Radićs — geschaffen worden war.

Die Aufnahme der Diktatur war demnach eine durchaus günstige; das neue Regime konnte unter den besten Auspizien an die Konsolidierung der Verhältnisse im Staate schreiten. Die Diktatur bemühte sich, die Verwaltung zu verbessern, der Korruption entgegenzutreten und die Vereinheitlichung der Gesetze durchzuführen, da der Staat noch immer in sechs verschiedene Rechtsgebiete zerfiel.

Vorerst wurden die Kommunisten hart angefaßt; sie hatten sich zu weit vorgewagt und mußten diese Unvorsichtigkeit durch scharfe Verfolgungen büßen. Wenn auch die barbarischen Formen nicht gebilligt werden können, in denen diese Abrechnung sich vollzog, so kann doch nicht geleugnet werden, daß sie vom Gesichtspunkte der Staatssicherheit Jugoslawiens durchaus notwendig war.

Am 5. Oktober 1929 wurde das Gesetz über die Benennung und Einteilung des Staates promulgiert. Das bisherige Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen bekam den Einheitsnamen „Königreich Jugoslawien“ und wurde anstatt in 33 Kreise in 9 Banate (Banovinas) eingeteilt. In der Anwendung der historischen altkroatischen staatsrechtlichen Institutionen des Banus und der Banate sollte eine Konzession an die Kroaten liegen. Bei den Banaten, die große autonome Einheiten darstellen sollten, wurden alle historisch-politischen Benennungen sorgfältigst vermieden; sie bekamen hydrographische Benennungen: das Draubanat, das Save-, Donau-, Vrbas-, Vardar-, Drina-, Küstland- und Zeta-

banat. Nur im einstigen Montenegro, wo kein Fluß zur Hand war, fand der historische Name „Zeta“ Gnade. Der politische Witz bemächtigte sich dieser Benennungen und nannte sie „wässerige Banate“ (vodene banovine).

Trotz der formellen Konzession der Banatsbenennungen waren die Kroaten von der neuen Staatseinteilung nichts weniger als entzückt. Sie war derart durchgeführt worden, daß die Kroaten nur in zwei Banaten (Save- und Küstenlandbanat) eine Mehrzahl hatten, während alle kroatischen Randgebiete Banaten mit serbischer Majorität zugewiesen wurden. Wirtschaftliche und verkehrspolitische Rücksichten wurden als Begründung angegeben. Allein dies war durchaus unstichhaltig. So war z. B. die Zuweisung der syrmischen Bezirke Vukovar, Vinkovci, Županja, Šid und Mitrovica an das Drinabanat mit dem Sitze in Sarajewo eine derartige verkehrs- und verwaltungstechnische Ungeheuerlichkeit, daß sie sich sehr bald als unmöglich erwies und eiligst repariert werden mußte: die fünf syrmischen Bezirke wurden unter das Save- und Donaubanat aufgeteilt.

Die Kroaten hatten es bald heraus, daß ihnen bloß die ganz kostenlose Konzession der Banatsbenennung geboten wurde, wobei man aber die historische Banusinstitution einfach degradierte und vollständig aushöhlte. Während die Banusse einstens Vizekönige „proreges“ waren, sind sie nun zu einfachen Kreisvorständen ohne jedwede Selbständigkeit herabgedrückt worden. Die ganze Einteilung war vielmehr derart zugeschnitten, daß die Serben in sechs Banaten, die Kroaten in zwei Banaten, die Slowenen in einem die Mehrheit hatten. So hatten die 5½ Millionen Serben, welche nur zirka 42% der gesamten Bevölkerung des Staates ausmachen, zirka 72% des gesamten Staatsterritoriums unter eigene politische Macht bekommen. Zugleich war das einstige Einheitsterritorium Bosniens und der Herzegowina, das auch unter dem neuen Staate sich als das gleiche Sorgenkind entpuppte, wie einstens unter Österreich-Ungarn, unter vier Banate aufgeteilt worden, wovon das eine, das Vrbasbanat, durch eine geschickt arrangierte Einteilung eine serbische Majorität erhielt und als Keil zwischen den zwei kroatischen Banaten, dem Save- und Küstenlandbanat, wirken mußte.

Selbstverständlich war der Gesamteindruck solch einer Weiterentwicklung der Diktaturpolitik auf die Kroaten ein äußerst ungünstiger. Man sah ein, daß auch das neue Regime die großserbische und antikroatische Politik des früheren Regimes nur einfach fortsetzte und noch ungehemmter durchführte.

Dennoch versuchten einige kroatische Politiker, unter geistiger Führung des Finanzministers Dr. Švrljuga, in Kroatien eine politische Bewegung einzuleiten, die die Politik vom 6. Januar 1929 unterstützen sollte. Dabei machten sich namentlich die einstigen Föderalisten, der Zagreber Bürgermeister Professor Dr. Srkulj und der Zagreber Stadtpfarrer Msgr. Dr. Rittig, bemerkbar.

Aber mitten in die Bestrebungen, daraus eine politische Parteiformation zu bilden, brach das Gesetz über den Sokol des Königreiches Jugoslawien herein.

Die Kroaten hatten ein ausgezeichnet organisiertes Sokolwesen (Turnvereine) mit reichen Mitteln, während dies bei den Serben nur sehr schwach entwickelt war. Durch das neue Gesetz wurde das Sokolwesen verstaatlicht und zugleich die körperliche Erziehung staatlich monopolisiert, da gesetzlich verboten wurde, auf regionaler und Stammesbasis Turnvereine zu gründen. Praktisch bedeutete das eine Expropriation und Serbisierung des Sokolwesens, das die Kroaten aus eigenen Mitteln unter Österreich-Ungarn ausgebaut hatten. Turnsäle und Turngerätschaften wurden vielfach von der neuen staatlichen Sokolorganisation okkupiert und kamen so unter serbische Führung. Serben bekamen die Führung des Sokolwesens in die Hand, während die Mehrheit der Kroaten es vorzog, sich zurückzuziehen. Den Kroaten war eine Waffe, deren sie sich, ebenso wie die Tschechen, seinerzeit gegen Österreich-Ungarn bedient hatten, gründlich aus der Hand gewunden.

Dies war ein starker, sichtbar gegen die Kroaten gerichteter Schlag. Trotzdem wurde König Alexander, der auf Veranlassung Dr. Srkuljs und Dr. Rittigs zweimal nach Zageb kam, gut, ja man kann sagen, sogar herzlich empfangen. Leider war unter den kroatischen Ministern keiner, der den König über den tiefen vopsychologischen Unterschied zwischen Kroaten und Serben aufgeklärt hätte.

Die Serben haben ein sehr starkes Staatsgefühl, aber gar kein dynastisches Gefühl. Ihnen sind Dynastie und Monarch bloß Staatsorgane, die, solange sie den nationalen Ambitionen erfolgreich dienen, gelitten werden. *Haben sie keinen Erfolg, so werden sie verjagt oder um einen Kopf kürzer gemacht.* Bei den Kroaten ist es umgekehrt: sie haben ein sehr starkes dynastisches Gefühl, aber nur ein schwaches Staatsgefühl, da sie durch Jahrhunderte unter fremden Staatsgebilden lebten. Von eben diesem starken dynastischen Gefühl haben die Habsburger Jahrhunderte gezehrt und die Kroaten als Stützen der Dynastie benützen und auch mißbrauchen können. Als unter Franz Joseph ihr dynastisches Gefühl nicht gepflegt und der Mißbrauch zu arg wurde, da begann von 1848 an der allmähliche Abfall der Kroaten von Österreich, der schließlich zu den Ereignissen von 1918 führte.

Leider hat König Alexander diese sozialpsychologische Gesetzlichkeit nicht erkannt. Seine Umgebung wußte ihm nicht zu erklären, warum er trotz seiner Politik mit rauschendem Jubel in Zagreb und in verschiedenen anderen Gegenden Kroatiens empfangen wurde. Er wurde ihm von seiner serbischen Umgebung ganz falsch gedeutet. Es wurde ihm gesagt, das kroatische Volk sei mit allem zufrieden; man könne die bisherige Politik fortsetzen. Das war falsch: die Herzen der Kroaten flogen ihrem König zu trotz ihrer Unzufriedenheit. Doch verlegte man sich darauf, ihre Gefühle zu verletzen und zu mißbrauchen, und verstärkte noch den kroatenfeindlichen Kurs.

Es entbehrt nicht der Tragik, wie diese zwei Völker aneinander vorbeiempfinden, aneinander vorbeisprechen und aneinander vorbeihandeln.

Kurz nach der Abreise des Königs, am 22. Februar 1931, wurde in Zagreb der kroatische Gelehrte Dr. Milan Šufflay, der wissenschaftliche Berater Dr. Maček, auf offener Straße durch Einschlagen des Schädels mit einem Eisenstocke ermordet. Der Mörder wurde niemals gefunden. Ausländische Zeitungen brachten jedoch genaue Berichte, daß hochstehende Militärs bei dieser grausigen Tat Pate gestanden hätten. Die Berichte wurden auch in Kroatien geglaubt; zumal jene Personen, die in den ausländischen Zeitungen als die Täter bezeichnet wurden, sich des sichtbaren Schutzes der Zagreber Polizei erfreuen konnten.

Man kann sich vorstellen, wie dieses Ereignis in kroatischen Kreisen wirkte. Die zarte Pflanze einer staatserhaltenden Partei, die Professor Dr. Srkulj und Msgr. Dr. Rittig zu gründen sich bemühten, vertrug die frostige Balkanluft nicht. Solche Dinge waren in der schwersten Zeit österreichischen Druckes nicht vorgekommen. Die beiden vorgenannten Parteiführer blieben isoliert, Msgr. Dr. Rittig zog sich sichtbar — zuletzt mit einem erbitterten öffentlichen Briefe — zurück. Ihr Hintermann bei Hofe, der Finanzminister Dr. Stanko Švrljuga, der beim König persona grata war und sich angestrengt bemühte, zwischen dem König und den Kroaten goldene Brücken zu bauen, wurde angesichts dieses Mißerfolges fallen gelassen. Er fiel sogar hörbar, zumal er sich durch seinen starken Einfluß bei Hofe, der durch die Stellung seiner Frau, die Hofdame und persönliche Vertraute der Königin war, gestützt wurde, bei seinen serbischen Kollegen mißliebig gemacht hatte. Ehrliche Versuche, zwischen dem König und den Kroaten gute Beziehungen anzuknüpfen, waren dadurch endgültig gescheitert.

Als ein Ereignis, das in dieser Richtung verheerend gewirkt hat, muß die seit langem angekündigte und verhandelte Verfassung der serbisch-orthodoxen Kirche im Königreiche Jugoslawien vom 16. November 1931 bezeichnet werden. Diese Verfassung erweckte selbst in serbischen Kreisen wegen der in ihr zum Ausdruck gebrachten klerikalen und zentralistischen Tendenzen, die bisher bei den in kirchlichen Dingen als demokratisch bekannten Serben nicht existierten, gemischte Gefühle, namentlich in Bosnien, wo bis dahin das unter Österreich-Ungarn geschaffene serbisch-orthodoxe Kirchenstatut weit liberaler, demokratischer und laikaler war.

Die Verfassung fixierte gesetzlich den serbischen Namen, die serbische Fahne mit dem serbischen nationalen Emblem (goldenes Kreuz mit vier Feuerstählen, samo sloga Srbina spasava, nur die Einigkeit rettet den Serben), und war sichtbar auf kraftvolle Expansion der Orthodoxie, namentlich gegen den Westen eingerichtet. Eine orthodoxe Metropole wurde in Zagreb errichtet, wo sie bisher nicht bestand und in Slowenien orthodoxe Kirchen gebaut.

Bei den Kroaten löste das Gesetz tiefe Bewegung aus. Während der kroatische Namen als separatistisch verfolgt wurde, während die kroatische Fahne strengstens verboten war, wurde beides den Serben in ihrem Kirchenstatut gesetzlich inartikuliert. Man sah darin eine List, durch die Kroaten hinters Licht ge-

führt und ihnen ihre nationalen Merkmale genommen werden sollten, während den Serben auf dem Umwege über die Kirchenverfassung die ihren gesetzlich gewahrt blieben.

Selbst in Slowenien, das bisher stets den Serben willig Waffenhilfe wider die Kroaten geboten hatte, natürlich gegen Konzessionen in autonomer Richtung, so daß sich Slowenien zu einem kleinen Staat im Staate hatte entwickeln können, machte dieses Gesetz tiefen Eindruck. Das slowenische Mitglied des Kabinetts Anton Korošec, Autor der bekannten jugoslawischen Deklaration im österreichischen Parlament vom 30. Mai 1917, die die Bildung des jugoslawischen Staates einleitete, — als gewiegter Politiker bekannt — hielt es für ratsam, ziemlich gleichzeitig mit dem Gesetze aus der Regierung auszuscheiden. Die wahren Gründe seines lautlosen Rücktritts sind niemals bekannt geworden.

Nicht nur, daß das Gesetz den ungünstigsten Eindruck bei den Kroaten hervorrief, es wirkte überhaupt im Sinne der Verschärfung der konfessionellen Gegensätze im Staate. Auf die sichtbare Tendenz der Serben, ihr Kirchewesen auszubauen und zu stärken, antworteten die katholischen Kreise mit einer verstärkten katholischen Aktion. Eucharistische Kongresse wurden immer häufiger abgehalten mit der Tendenz, sie zu politischen Manifestationen auszugestalten, wobei den Kroaten die internationale Organisation des Katholizismus als bester Schutz ihrer bedrohten nationalen Individualität angepriesen wurde. Diese Kongresse wurden aber von der Regierung feindlich behandelt, und es kam wiederholt zu peinlichen, ja zu blutigen Ereignissen, wie z. B. in Omiš, wo es einige Tote gab. Der Klerikalismus, der in Kroatien in den letzten fünfzig Jahren stark an Terrain verloren hatte, begann sich wieder sichtbar zu regen. In Serbien fanden die feierlichen katholischen Zeremonien Nachahmung. Im Jahre 1932 wurde das Fest des Stadtpatrons von Belgrad durch eine feierliche Prozession begangen, was bisher bei den Serben niemals der Fall gewesen war. Viel wurde bemerkt, daß der slowenische Abgeordnete Janez Barle sein Mandat 1932 zurücklegte, angeblich auf Anordnung seiner geistlichen Vorgesetzten.

So verschärfte sich sichtbar hüben und drüben das konfessionelle Moment: Jugoslawien, ein Staat des 20. Jahrhunderts, begann ins Mittelalter zurückzugleiten.

Man kann zusammenfassen: nach anfänglichen Erfolgen hatte die Aktion vom 6. Januar 1929 versagt und zu negativer Entwicklung geführt. Ab Mitte 1931 begann dann jene Verschärfung, welche wir im nächsten Kapitel darstellen werden.

Mittlerweile trat noch ein weiteres schweres Moment hinzu. Am 7. Juni 1932 wurde in Zagreb in der Hauptverkehrsader der Stadt, zur Mittagszeit, an dem als kroatisch national bekannten Advokaten und Schriftsteller Dr. Mile Budak ein Mordversuch begangen. Drei Individuen griffen ihn an, ein Kopfschuß traf ihn, und er bekam mit Eisenstöcken Schläge auf den Kopf, wie ein Jahr vorher Dr. Šufflay. Eine Deputation der Zagreber Bürgerschaft, die beim Banus Dr. Perović

vorsprach, wies ausdrücklich auf die Ähnlichkeit der Mordmethode hin, beschuldigte offen die von der Polizei begünstigte Organisation „Mlada Jugoslavija“ (Jung Jugoslawien), der auch der Mord Šufflays zugeschrieben wurde, der Urheberschaft an dem dreisten Verbrechen und verlangte Bestrafung der Schuldigen. Ihre Beschuldigungen fanden auch im Parlamente Widerhall in zwei scharfen Interpellationen von kroatischen Abgeordneten. Die schlechte Stimmung und Unruhe in Jugoslawien wurde dadurch noch erhöht.

Jedoch in der zweiten Hälfte des Jahres 1932, wie wir im folgenden Kapitel darstellen werden, verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage in Jugoslawien sehr. Das wirkte zugleich dämpfend auf den Puls des politischen Lebens im Lande. Jeder einzelne war von seinen individuell-wirtschaftlichen Sorgen in Anspruch genommen, der Kampf ums tägliche Brot wurde immer schwerer, es blieb immer weniger Zeit, Energie und Interesse fürs öffentliche Leben übrig.

Allein die Ereignisse, die sich nun aneinanderreihen, zeigen trotzdem klar, daß sich die Verhältnisse in Jugoslawien auch politisch in einer kritischen Richtung bewegten, wenn dies auch weniger sichtbar wurde.

Ende Juni 1932 hielten die selbständigen Demokraten, das ist die Partei des in der Verbannung lebenden Politikers Svetozar Pribičević in Zagreb eine Zusammenkunft ab. Bemerkte wurde namentlich eine starke Beteiligung der Parteianhänger aus der Vojvodina und Bosnien. Pro foro externo wurde einhellig beschlossen, die Partei, welche wie alle übrigen Parteien, von der Diktatur im Jahre 1929 aufgelöst worden war, zu reaktivieren. Pro foro interno wurde mit Stimmenmehrheit die republikanische Staatsform und die Föderalisierung Jugoslawiens beschlossen.

Diese Stellungnahme machte im Lande großen Eindruck, denn sie entsprach einem direkten Wunsche des emigrierten Parteiführers Svetozar Pribičević, eines Serben, der wohl mehr zur Entstehung des neuen Staatsgebildes beigetragen hat, als irgendeine politische Persönlichkeit aus den einstigen Gebieten Österreich-Ungarns. Er hatte namentlich zur Umsturzeit die Kroaten bewogen, am 1. Dezember 1918 ohne jedwede Garantie in eine Union mit Serbien einzutreten und war die ersten Jahre einer der enragiertesten Vorkämpfer des serbischen Zentralismus und Unitarismus.

Im September 1932 entstand in der Lika, im Gebirgsgebiet des Velebit, eine Aufstandsbewegung. Eigentlich bestand sie im Kerne nur aus einer Bande von 15—20 Leuten, die aber angeblich mit italienischen Waffen und Uniformstücken ausgerüstet waren und von der katholischen Bevölkerung jener Gegend auf das tatkräftigste unterstützt und verhehlt wurden. Das Regime in Jugoslawien erschrak sichtlich, starke militärische Kräfte und energische Verwaltungsmaßnahmen wurden aufgeboten, um der Bewegung Herr zu werden. Es gelang jedoch erst nach einigen Wochen. Die Anstifter, Kroaten, ohne größeren politischen Rückhalt, mit einem Advokaten Dr. Artuković aus Gospić, einem gebürtigen Herzogowiner an der Spitze, flüchteten nach Zara, also politisch nach

Italien. Offiziell wurde die ganze Angelegenheit so dargestellt, als wäre sie von Italien angezettelt.

Es scheint, daß diese beiden Ereignisse auch den Regierungswechsel im Gefolge hatten, der am 5. November 1932 in Belgrad stattfand. Die Regierung Dr. Srškić's demissionierte. Man sagte Dr. Srškić, der ein bosnischer Serbe ist, bei den Serbierern unbeliebt war und viel angefeindet wurde, föderalistische Neigungen nach, was die Angriffe der Serbier gegen ihn naturgemäß noch verstärkte. Er hatte aber das Vertrauen des Königs und vermochte sich trotzdem zu halten. So erhielt Dr. Srškić wieder das Mandat zur Kabinettsbildung, der Regierungswechsel schrumpfte zu einer Kabinettsumbildung zusammen, wobei die als bedeutungslos erkannten Kroaten Dr. Kraljević und Viktor Pogačnik ausgeschift wurden. Zum Justizminister wurde der einstige führende Radikale Boža Maksimović, ein derber Kraftmensch, ernannt. Inneres behielt der bewährte Leiter des Staatspolizeiressorts Žika Lazić und Äußeres der einstige Minister des Hofes und Vertrauter des Königs Bogoljub Jevtić.

In der Richtung der Staatspolitik traten keine wesentlichen Änderungen ein, nur der politische Druck wurde angesichts der beunruhigende Ereignisse verstärkt, zugleich aber Fühler nach allen Seiten ausgestreckt, um aus dieser ungesunden Situation herauszukommen.

Allein die Leiter der Oppositionsparteien zeigten keinen Eifer, sich mit dem Diktaturregime einzulassen.

Vielmehr hielt am 6. November 1932 in Zagreb der Exekutivausschuß der S.D.-Koalition, d. i. der Koalition der Radićschen Bauernpartei (H.S.S.) und der Svetozar Pribičevićschen selbständigen Demokratenpartei, die hauptsächlich Serben aus den einstigen österreichisch-ungarischen Gebieten umfaßte, eine Zusammenkunft ab. Das war natürlich die Folge des vorerwähnten Beschlusses zur Reaktivierung der Pribičevićschen Demokratenpartei. Der Kroatenführer Dr. Maček hielt es für klug, diese seinerzeit von Stjepan Radić geschaffene Koalition, welche für die Kroaten nicht ohne taktische Werte war, aufrechtzuerhalten, und so einigten sich beide Fraktionen am 7. November 1932 zur sogenannten Resolution der S.D.-Koalition von diesem Datum.

Die Resolution erregte großes Aufsehen im Staate und wurde viel kommentiert. Viele sahen in ihr den Ausgangspunkt zu einer neuen Entwicklung in Jugoslawien, wie es einstens in Österreich-Ungarn die sogenannte Fiumaner Resolution gewesen war. Die Resolution hatte fünf Punkte. Der erste Punkt fixierte scharf das Prinzip der Demokratie, der zweite forderte, daß der Bauernstand die Grundlage der gesamten Staatsorganisation sein müsse. Diese beiden Punkte entsprachen eben den Grundideen der S.D.- (der bäuerlich-demokratischen) Koalition. Der dritte Punkt wandte sich scharf gegen die Hegemonie der Serbier, die infolge ihrer Unfähigkeit nur durch Gewalt und Korruption alle Macht im Staate in Händen behalten können, dafür aber destruktiv wirken, alle moralischen Werte im Staate vernichten, einschließlich der materiellen Wohl-

fahrt und der Seelenruhe des Volkes. Diese Hegemonie haben in dem Regime vom 6. Januar 1929 ihren Höhepunkt erreicht, um so mehr, als es alle bürgerlichen und politischen Freiheiten suspendiert habe. Punkt vier verlangt einen verstärkten Kampf gegen diese Hegemonie, ihre gründliche Beseitigung samt allen ihren Repräsentanten, nebst Rückkehr auf das Jahr 1918. Nur unter dieser Bedingung könne man zu einer Neueinrichtung des jugoslawischen Staates schreiten, der nur als eine freie Verbindung der Interessen der drei Völker — der Serben, Kroaten und Slowenen — sich gedeihlich entwickeln könne.

Trotz der scharfen Tonart, die in Belgrad Bestürzung erweckte, sahen viele in der Resolution einen positiven Inhalt, da in ihr der Negativismus der Kroaten ebenso überwunden schien wie der dynastiefindliche Republikanismus Pribičevićs. Die allgemein erwartete Verhaftung Dr. Maček's und Trumbić's, der als Verfasser der Resolution angesehen wurde, unterblieb.

Eine tiefe Bewegung ging durch das ganze Land, wenn sie auch unter dem Drucke des Regimes nach außen ziemlich unsichtbar blieb. Der bauernparteiliche Serbianer Prof. Dragomir Jovanović, ein Universitätsprofessor, der einige Versammlungen mit föderalistischer Tendenz abhielt, wurde entlassen, verhaftet und zu längerer Haft verurteilt.

Die katholische Geistlichkeit in Jugoslawien war schon seit längerem durch die feindselige Einstellung der Staatsgewalt gegen den Katholizismus und die rücksichtslose Begünstigung der Orthodoxie erbittert. Durch die neue Bewegung ermutigt, kam auch der katholische Standpunkt stärker zur Geltung. In einem Hirtenbrief, datiert vom 17. November 1932, trat der Erzbischof von Zagreb, Dr. Bauer, scharf gegen die gewaltsam verstaatlichte Sokolorganisation auf, stigmatisierte den in ihr herrschenden Geist des tschechischen Sokolorganisators Tyrš als atheistisch, gotteslästerlich und katholikenfeindlich. Den Katholiken wird der Eintritt in den staatlichen Sokol verboten, und sie alle zum Kampfe um das kroatische und slowenische Wesen und seinen Namen aufgefordert. Dieser Hirtenbrief zeitigte scharfe regierungsfeindliche Kanzelreden katholischer Geistlicher im ganzen Lande, die gerne angehört wurden, einen offenen Konflikt des Regimes mit dem Katholizismus und eigentlich einen Kulturkampf in Jugoslawien hervorriefen, der auch heute noch nicht beendet ist.

Die Bewegung, die im Lande selbst nur gedämpft vor sich ging, wurde im Auslande um so lauter hörbar, namentlich in den Kreisen der jugoslawischen Emigranten.

Ende November hielt der kroatische Emigrant Ingenieur August Košutić, ein Schwiegersohn des Bauernführers Stjepan Radić, drei Vorträge in London: einen im dortigen Balkankomitee, den zweiten in der britischen Gesellschaft für auswärtige Politik in London und den dritten vor einer Versammlung englischer Parlamentarier in London. Sein Vortragszyklus hatte den vielbemerkten Artikel in der Weihnachtsnummer des Manchester Guardian zur Folge, in dem das ge-

genwärtige Regime in Jugoslawien äußerst scharf angegriffen und das britische Parlament aufgefordert wird, Mittel und Wege zu finden, dessen Vorgehen gegen die Kroaten, das den Friedensverträgen widerspricht, ein Ende zu setzen.

Am 6. Dezember 1932 hielt der bereits wiederholt genannte Emigrant Svetozar Pribičević (Serbe aus Kroatien) einen Vortrag vor den Mitgliedern des Ausschusses für die auswärtige Politik des französischen Parlaments in Paris. Er wies auf die Unhaltbarkeit der Verhältnisse in Jugoslawien hin und trat scharf gegen den König und das Regime vom 6. Januar 1929 auf.

Es fiel allgemein auf, daß Frankreich, der Verbündete und Protektor Jugoslawiens, eine so ausgesprochen gegen den König und das gegenwärtige Regime feindselig eingestellte Persönlichkeit, wie es Pribičević ist, vor einer so wichtigen offiziellen Korporation zu Worte kommen ließ. Es wurde dies als eine schwere Niederlage des gegenwärtigen Regimes gewertet.

Mittlerweise ging die durch die Resolution der S.D.-Koalition vom 7. November 1932 verursachte Bewegung unterirdisch in den westlichen Teilen des Landes weiter. Sie wurde natürlich in Serbien scharf verurteilt, denn sie richtete sich ja gegen die serbische Vorherrschaft. Sichtbar steht mit der Bewegung auch das Hervortreten des slowenischen Führers Dr. Korošec im Zusammenhange.

Dr. Korošec, der Führer der slowenischen Volkspartei (Slovenska ljudska stranka), der stärksten Partei in Slowenien, gab zu Neujahr 1933 den Korrespondenten auswärtiger Zeitungen eine Erklärung, die ebenfalls fünf Punkte umfaßt. Eine Anlehnung an die Punktationen der S.D.-Koalition ist daher schon an diesen Äußerlichkeiten ersichtlich.

Punkt eins besagt, das Hauptziel des slowenischen Volkes, das zur Zeit auf vier Staaten, Jugoslawien, Italien, Österreich und Ungarn, aufgeteilt ist, müsse die Vereinigung sämtlicher Volksteile zu einer politischen Einheit sein, denn nur auf diese Weise könne es sich seine Existenz und gedeihliche Weiterentwicklung sichern. Punkt zwei besagt: dem Hauptteile der Slowenen, der sich in Jugoslawien befindet, obliege die Pflicht, an diesem Ideale bis zu seiner Verwirklichung zu arbeiten. Punkt drei besagt, daß das slowenische Volk in Jugoslawien sich eine solche Selbstverständlichkeit erkämpfen müsse, damit es als Anziehungspunkt für die übrigen Teile wirken könne. Zu diesem Behufe sei es notwendig: a) die nationale Individualität, Nationalfahne (Trikolore), ethnische Einheitlichkeit, finanzielle Selbständigkeit, politische und kulturelle Freiheit zu erkämpfen, b) eine radikal-soziale Gesetzgebung zu schaffen, die die Lebensinteressen und eine harmonische Entwicklung aller notwendigen und produktiven Berufe, namentlich aber der bäuerlichen und der Arbeiterklasse garantiere. Punkt vier besagt, daß es zu diesem Ziele erforderlich sei, daß sich die Slowenen, Kroaten und Serben im freien Einvernehmen und auf demokratischer Grundlage einen Staat von mehreren gleichberechtigten Einheiten ausgestalteten, von denen eine die Slowenen zu sein hätten. Punkt fünf besagt, daß

einen solchen Ausbau auch die S.D.-Koalition anstrebe; deshalb träten die Slowenen ihren Beschlüssen bei, um damit zu einer einheitlichen Mitarbeit, in der engeren Heimat wie im ganzen Staate, zu gelangen.

Diese Deklaration bedeutete also den Anschluß der zahlreichsten slowenischen Partei an das föderalistische Programm und an die S.D.-Koalition, jedoch mit einer großslowenischen und nationalsozialen Verbrämung.

Das ist um so bedeutungsvoller, als Dr. Korošec, der Autor der jugoslawischen Deklaration, im österreichischen Parlamente vom 30. Mai 1917 war und damals den bereits toten Jugoslawismus neuerdings wiederaufleben ließ. Seine neue Deklaration bedeutet einen offiziellen Abfall von der Idee des integralen Jugoslawismus, den das derzeitige Regime in Jugoslawien propagiert. Dr. Korošec hat demnach seine Vergangenheit desavouiert.¹

Wir sehen daher: auch die noch zu Beginn der Diktatur verhältnismäßig günstige innerpolitische Lage Jugoslawiens hat sich seit Mitte 1931 wesentlich verschlechtert. Das Regime verbraucht sich schnell, seine ideologischen Grundlagen sind im Schwinden begriffen, die Mißerfolge und Fehler der letzten Zeit bringen es um den Rest seines Ansehens.

Das wäre die innerpolitische Situation Jugoslawiens! Mit der außenpolitischen wollen wir uns hier des Näheren nicht befassen. Es soll nur hervorgehoben werden, daß die außenpolitische Situation Jugoslawiens von Anfang an schwer war; denn von seinen sieben Staatsnachbarn waren ihm vier feindselig gesinnt, darunter auch der mächtigste Staatsnachbar, während nur drei verbündet oder neutral blieben. Außerdem soll hervorgehoben werden, daß bei Jugoslawien als einem neuen und unkonsolidierten Staate die auswärtige Lage doch weit mehr von der innenpolitischen abhängt, als bei alten und konsolidierten Staaten. Wie daher eine innenpolitische Lage, so wie sie eben geschildert wurde, die auch für die übrige Welt kein Geheimnis bleiben konnte, auf die außenpolitische Lage wirken mußte, kann sich jedermann lebhaft vorstellen.

Tatsächlich ist kurz vor Weihnachten 1932 Mussolini in seiner bekannten Rede aus Anlaß der verstümmelten St. Markus-Löwen von Trogir mit einer Schärfe und Feindseligkeit gegen Jugoslawien aufgetreten, die in der ganzen Welt Aufsehen erregte.

¹ Während der Drucklegung kommt die Nachricht, daß jetzt auch die Muselmanen Bosniens mit einer den kroatischen und slowenischen Resolutionen parallel laufenden Deklaration für die Föderalisierung Bosniens hervorgetreten sind. Der ganze Westen Jugoslawiens steht jetzt geschlossen gegen die Hegemonie Belgrads.

DIE ALLGEMEINE
UND WIRTSCHAFTLICHE LAGE

Jugoslawien befand sich bis zur Mitte 1931 in einer allgemeinen Situation, die im Vergleiche zu dem übrigen Europa direkt als eine außerordentlich günstige bezeichnet werden konnte. Es spürte von der in der ganzen Welt immer stärker einsetzenden Wirtschaftskrise verhältnismäßig wenig; es war als ein Agrarland mit etwas Industrie für den Eigenbedarf eine Insel der Seligen, auf der man noch immer das Wohlleben der Nachkriegszeit fortsetzen konnte. Die Diktatur, welche Anfang 1929 einsetzte, hatte das große Glück, das die zwei ersten Jahre 1929 und 1930 Rekordernten aufwies. Das Volk war satt, spürte von den wirtschaftlichen Nöten der übrigen Welt ziemlich wenig, kümmerte sich um die Politik nicht viel und nahm die von der Diktatur ausposaunte Behauptung von dem nun heranbrechenden goldenen Zeitalter ohne Widerwillen auf. Da man sich tatsächlich bemühte, viel durch die politischen Verhältnisse und die Tradition eingerissenen Mißstände — Korruption und Mißbräuche — abzuschaffen, die Verwaltung zu verbessern und zu modernisieren, eine große Anzahl neuer, zum Teil recht guter Gesetze in Kraft setzte, so zeigte sich eine sichtbare Stabilisierung der Verhältnisse, und die Diktatur glaubte auf einen Erfolg und dauernde Stabilisierung der eigenen Herrschaft hoffen zu können. Die Diktatur verschärfte daher den Druck und begann in vielen Richtungen den italienischen Faschismus nachzuahmen. Zum Hauptangriffspunkte wurden die Kroaten ausgewählt, welche auf allen Linien zurückgedrängt, geschwächt und entwaffnet wurden. Die Kroaten wußten sich nicht erfolgreich zur Wehr zu setzen, und das Regime begann sich laut zu brüsten, daß es die sogenannte kroatische Frage endgültig liquidiert habe.

Die wirtschaftliche Idylle, verstärkt durch scheinbare politische Erfolge, wurde indes empfindlich gestört durch das Zusammenwirken von vier neuen Momenten. Erstens begann man ab 1931 die allgemeine sich verschärfende wirtschaftliche Weltkrise auch in Jugoslawien lebhafter zu spüren, um so mehr als das Jahr 1931 sich als ein ausgesprochenes Mißjahr erwies. Es war namentlich charakterisiert durch eine infolge der Dürre verursachte Futternot, die im Zusammenhange mit dem langen und scharfen Winter des Frühjahrs 1932 ein schweres Viehsterben hervorrief: die Viehbestände im Lande wurden um 25—30% verringert. Die niedrigen Getreidepreise ruinierten nun vollends die Kaufkraft und Zahlungsfähigkeit des jugoslawischen Bauern. Dies kombinierte sich mit einem starken Versagen des Viehexportes, zugleich wurde die stärkste Industrie des Landes, die Holzindustrie, durch das russische Dumping vollends lahmgelegt. Die sich daraus ergebende wachsende Not verursachte eine verstärkte politische Unzufriedenheit der wirtschaftlich verzärtelten Serben, und zum Überfluß beging die Diktatur in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 eine ganze Reihe von schweren Fehlern, die die wirtschaftliche Not ebenso sehr verschärfen, wie sie die allgemeine politische Unzufriedenheit verstärkten.

In erster Reihe ist da die Stabilisierung der Valuta zu nennen, welche mit dem Gesetze „O novcu“ vom 10. Mai 1931 durchgeführt wurde. Man wollte die

allgemeine Stabilisierung der Verhältnisse auch durch eine Stabilisierung der Valuta versinnbildlichen. Auf französischen Rat sah man eine 35 proz. Golddeckung vor. Man übersah aber vollkommen, daß das, was für das kapitalstarke Frankreich paßte, nicht für das kapitalschwache Jugoslawien geeignet sein mußte. Die effektive Golddeckung, welche sogar mit 45% geschaffen wurde, begann binnen kurzem zu schwinden und fiel bald auf 37%. Die finanzielle Krise in Belgrad wurden nervös, und jäh kündigte die Narodna banka (Nationalbank) sämtlichen Geldinstituten im Lande ihre bisher unerschöpften Kredite.

Zum Unglück geschah dies im September 1931, als die Katastrophe der Kreditanstalt in Österreich ihre Wellen auch in Jugoslawien zu schlagen begann. Als sich die Beunruhigung der Geldeinleger auch in Jugoslawien anfang bemerkbar zu machen, waren die jugoslawischen Geldinstitute unerwartet ihres natürlichen Rückhaltes bei der Staatsbank beraubt. Man unterließ aber, den Banken durch eine Notverordnung — also im legalen Wege — beizuspringen, riet ihnen vielmehr, dies im Wege der Selbsthilfe zu tun. Die Banken taten es durch eine mehr minder eigenmächtige Interpretation ihrer Spareinlagenstatuten, also auf illegalem Wege. Die Folge war naturgemäß eine weitgehendste Erschütterung des Vertrauens der Geldeinleger, verstärkte Bankruns setzten im Lande ein, und gerade die stärksten und solidesten Institute im Lande, die durch ihre Vertrauenswürdigkeit das meiste Einlegerkapital an sich gezogen hatten, wurden dadurch betroffen. So z. B. die „Erste kroatische Sparkassa“ in Zagreb, die im Laufe von sechs Monaten fast eine Milliarde Dinar, also annähernd 50% ihrer Gesamteinlagen bezahlte. Zu spät erinnerte man sich der Pflicht, durch eine Notverordnung einzugreifen, und gewährte im Mai 1932 aktiven Bankinstituten ein sechsmonatliches Moratorium. Dadurch wurde ein steigendes Einfrieren der Wirtschaft in Jugoslawien verursacht; denn selbst die, welche Bargeld in den Banken hatten, konnten darüber nicht verfügen und wurden zahlungsunfähig.

Noch weit böserer Folgen zeitigte das im September 1931 in Kraft getretene Gesetz „Über den Verkauf des Weizens“. Die Tendenz war, den Weizenproduzenten im Lande durch Hebung des Weizenpreises um zirka 60% über die Weltparität zu helfen: eine in einem Agrarlande dem Wesen nach ganz angebrachte Maßnahme. Der Verkauf des Weizens wurde monopolisiert und einer staatlichen Verkaufszentrale anvertraut. Aber die Zentrale wurde mit einem unverhofft großen Weizenangebot überschüttet, konnte mit den verfügbaren Mitteln nicht allen Anforderungen entsprechen, und gerade die kleinen Lieferanten, die Bauern aus den Weizenegenden der Vojvodina, bekamen kein Geld, sondern nur Bons, mit denen sie jedoch nichts anfangen konnten, da man sie nicht einmal als Steuerzahlungsmittel anerkannte.

So wurden durch das Gesetz gerade die am meisten geschädigt und gegen den Staat erbittert, denen geholfen werden sollte: die Bauern aus den Weizenegenden. Der Mißerfolg des Gesetzes wurde um so größer, als die unerwartet

großen Weizenmengen nicht rechtzeitig abgesetzt werden konnten, ein Teil des Weizens verdarb, und der Staat einige hundert Millionen Dinar dabei verlor. Außerdem wurde durch die Monopolisierung des Weizenhandels und die sich daraus ergebenden Bindungen die für das Land wichtige Mühlenindustrie schwer betroffen.

Allein das Böseste von allem waren die psychologischen Folgen dieser verunglückten, im Wesen wohlgemeinten Maßnahme der Diktatur. Man erzählte sich allenthalben, daß das unerwartet große Weizenangebot dadurch entstanden sei, daß einige Minister und Anhänger des Regimes Weizen in Ungarn und Rumänien für 90 Dinar per Mtz. ankauften und der jugoslawischen Weizenzentrale für 160 Dinar per Mtz. verkauften. Sie hätten also das Geld bekommen, aber nicht die Bauern. Ob die Version richtig ist, kann von hier aus nicht untersucht werden. Geglaubt wurde sie jedenfalls um so mehr, als fast gleichzeitig auswärtige Zeitungen Berichte über die Vermögen jugoslawischer Minister im Ausland brachten, die sich auf Hunderte von Millionen belaufen sollten, und darunter auch einige mit großen Vermögen genannt wurden, denen die eben erwähnten Weizenmachenschaften nachgesagt wurden.

Das Weizenregime mußte im Frühjahr 1932 mit einer Verlustziffer von 4—500 Millionen Dinar für den Staat eiligst liquidiert werden. Aber noch viel schwerwiegender als das finanzielle war das moralische und psychologische Passivum.

Man sah, daß die Diktatur unter anderm auch moralisch versagt hatte. Sie war mit einem lobenswerten Reform- und Regenerationsprogramm aufgetreten, hatte auch zweifellos einige Erfolge aufzuweisen, hatte aber zuletzt im balkanischen Korruptionspfluß — gerade mit ihren Spitzen — geendet. Man verübelte es den politischen Potentaten ungemein, daß sie ihre durch Korruption erworbenen fetten Schäfflein auch noch ins Ausland schafften, während das Volk im Inlande darbt und an Kapitalmangel litt. Man kann sich nicht leicht eine Vorstellung von der Tiefe der psychologischen Wirkung dieser Ereignisse machen. Sie wirkte wie schwerer Reif im Frühjahr, namentlich in serbischen Kreisen, bei welchen der Glaube an den neuen Staat sehr lebendig war.

Durch die jähe Verschlechterung der wirtschaftlichen und staatsfinanziellen Lage erschreckt, kamen die leitenden Männer der Diktatur zum Schluß, daß nun die Diktatur schnellstens zu Ende geführt werden müsse. Leider etwas zu spät gelangte man zu der Einsicht, daß sie die Person des *Monarchen* allzusehr exponiere, eine Tatsache, auf die die Jugoslawen namentlich von ihren englischen Freunden von Anfang an aufmerksam gemacht worden waren. Man hatte diese Binsenwahrheit aber nicht begreifen wollen, und erst die Ereignisse in Spanien um die Mitte 1931 wiesen auf den vollen Ernst der Lage hin. So schritt man schleunigst an die Liquidation der Diktatur: sie wurde durch die neue Verfassung vom 3. September 1931 durchgeführt.

Man muß leider feststellen, daß die Verfassung in der Form, wie sie gebracht wurde, abermals ein schwerer Mißgriff war und, daß durch sie weder die Diktatur liquidiert, noch die Person des Königs entlastet, noch die allgemeine politische Lage Jugoslawiens verbessert wurde.

Der Grundfehler war, daß man der Ausarbeitung der neuen Verfassung eine viel zu geringe Aufmerksamkeit schenkte. Im Wesen war die neue Verfassung eine beschnittene und verschlechterte Ausgabe der mit Beginn der Diktatur aufgehobenen Verfassung vom Jahre 1921, der sogenannten Vidovdan-Verfassung. Man hatte ganz vergessen, daß die Diktatur in ihrem Beginne viel Wesens daraus gemacht hatte, wie schlecht und durch ihre zentralistischen Tendenzen schädlich diese Verfassung gewesen sei. Man begründete damals geradezu die Notwendigkeit der Diktatur durch die strikte Notwendigkeit, diese schlechte und schädliche Verfassung je eher, desto gründlicher auszuschalten. Und nun, nach zweieinhalb Jahren, hatte die Diktatur eben die gleiche schädliche und zentralistische Verfassung in verschlechterter Ausgabe — die meisten sozialen und kulturellen Momente waren aus ihr ausgemerzt worden — dem Lande wieder aufoktroiert! Die Öffentlichkeit hatte in Jugoslawien ein besseres Gedächtnis bewiesen als die Herren an der Macht, und dieser Fehler hat dem Glauben an den Ernst und die Ehrlichkeit der Diktatur schwer geschadet.

Die mit der Verfassungsgleichzeitig in Kraft gesetzten Wahlgesetze schlossen jedwede freie Meinungsäußerung des Volkes aus. Das System der Staatswahllisten, wonach nur gleichzeitig Kandidaten in allen Bezirken des ganzen Staates aufgestellt werden konnten, schloß alle politischen Parteien grundsätzlich vom Wahlkampfe aus in einem Lande, wo alle Parteien ausschließlich regional waren. Die Oppositionsparteien versuchten die Aufstellung einer Blockliste der gesamten Opposition. Aber hierzu war die Zeit zu kurz bemessen; übrigens hatte man auch dieser Eventualität vorgebeugt. Man hatte unter die Oppositionsparteien durch die Bestimmung den Erisapfel geworfen, daß der Träger der Staatsliste jeden gewählten Abgeordneten seiner Wahlliste als Dissidenten bezeichnen und eo ipso des Mandats verlustig erklären konnte. So herrschte unter den recht heterogenen Oppositionsparteien Jugoslawiens ein begreifliches gegenseitiges Mißtrauen, und die verfügbare Zeit erwies sich als viel zu kurz, um sie durch präzise Abmachungen zu überbrücken.

So verkündete die Opposition die Abstinenz, und eigentlich wurde das neue Parlament von der Regierung ernannt. Der Abstinenz bei den Wahlen versuchte die Regierung entgegenzuarbeiten durch Aufstellung von Doppelkandidaturen unter geschickter Ausnützung konfessioneller, nationaler und persönlicher Gegensätze. In Slowenien und Kroatien stellte man einem klerikalen einen liberalen Gegenkandidaten, in Bosnien und der Herzegowina den Christen mohammedanische Gegenkandidaten auf usw. Aber alle diese Tricks halfen nur stellenweise, die Beteiligung der Bevölkerung an den Wahlen im ganzen Lande war eine minimale, im Durchschnitte zwischen 15—20%. Es gab allenthalben

Wahlorte, wo nicht ein einziger Wähler erschienen war, da sich die wenigen Staatsangestellten, Lehrer usw. einfach nicht traute, zur Wahlurne zu schreiten. Da griff man zur systematischen Wahlfälschung, verzehnfachte, verzwanzigfachte durch Wahlmächenschaften die Anzahl der Wähler, wobei man die Majorität jenem Kandidaten gab, der der Regierung am genehmsten war. Die durchgefallenen Gegenkandidaten, die alles dies aus der Nähe sahen, waren jedoch revoltiert und schrien, und der Regierungsapparat hatte seine liebe Not, um diese unbequemen Schreier zum Schweigen zu bringen. Bei der Verifizierung der Mandate hatte man wieder Unannehmlichkeiten, und es sickerten weitere kompromittierende Details durch.

Daß alles dies wenig geeignet war, das Prestige und die Lage der an der Diktatur beteiligten Faktoren, des Königs und der Serben zu verbessern, dürfte naheliegend sein.

Die allgemeine Lage im Lande war demnach nach der Neueinführung des Parlamentarismus nicht verbessert, sondern ausgesprochen verschlechtert.

Das ganze Volk: Serben, Kroaten und Slowenen, hatte das ausgesprochene Gefühl, daß an ihm eigentlich ein *Betrug* begangen worden ist. Nicht nur daß Parlament und Senat einfach ernannt wurden, man war überdies in der Wahl der Kandidaten nicht glücklich; es kam eine Anzahl von Personen ins Parlament, von denen die Opposition — leider nicht immer mit Unrecht — nur mit Verachtung sprach.

Weiterhin verschlechterte den Eindruck dieser verunglückten Parlamentarisierung der Umstand, daß Bestimmungen diktatorischen Charakters durch die neue Verfassung zwar ausgemerzt, zugleich aber durch neue Bestimmungen autokratischer Natur ersetzt wurden. Was um so mehr auffiel, als man im Lande seit längerem munkelte, daß sich um den König russischer Einfluß geltend mache, der zur Autokratie nach russischem Muster rate!

Diese sichtbare Tendenz hatte eine unerwartete und verderbliche Folge. Die Serben, welche die Diktatur bisher lammfromm ertragen hatten, da sie von ihr eine Stabilisierung ihrer Erwerbungen im Kriege erwarteten, begannen sich zu beunruhigen und zu rebellieren. Namentlich Studentenkrawalle in Belgrad waren an der Tagesordnung, so daß die Belgrader Universität den größten Teil des II. Semesters 1931 bis 1932 geschlossen bleiben mußte. Zudem folgte den Parlamentswahlen kein gründlicher Kabinettswechsel, nur eine belanglose Rekonstruktion, bei der einige verbrauchte Kroaten ausgeschafft wurden. Die markantesten Persönlichkeiten der Diktatur blieben, alle Gesetze der Diktaturzeit blieben in Kraft, das ganze Volk hatte das Gefühl, daß alles beim alten bleibe, und die ganze Einführung des Parlamentarismus eigentlich eitel Mumpitz sei. Aus alledem entsprang das von uns hervorgehobene Resultat, daß die Liquidierung der Diktatur durch die Parlamentarisierung im Herbst 1931 als Mißlungen zu betrachten sei, und werde die Situation im Lande, noch die Lage des Königs verbessert habe.

Zum Überfluß beging das neue pseudoparlamentarische Regime eine Reihe von weiteren gesetzgeberischen und administrativen Mißgriffen.

Die Belgrader Amtszeitung brachte am 20. April 1932 das Gesetz über den Schutz der Bauern sowie über die Inkraftsetzung einzelner Bestimmungen der neuen Exekutionsordnung. Durch dieses Gesetz wurde ein sechsmonatliches Moratorium für alle bäuerlichen Schulden im Lande gewährt, indem alle Exekutionen auf bäuerlichen Besitz eingestellt wurden. Auch wurde ein Gesetz über die Konvertierung sämtlicher Bauernschulden in Aussicht gestellt. Die „ratio“ dieses Gesetzes war offensichtlich, der Überschuldung der Bauern entgegenzuarbeiten. Allein die Überschuldung hatte nur im eigentlichen Serbien und bei den bosnischen Serben beunruhigenden Umfang angenommen. In den übrigen Teilen des Staates hatte sie noch gar nicht den Vorkriegsstand erreicht.

Mit der Verschuldung der Bauern hatte es in Serbien folgende Bewandnis: bei der stark politischen Veranlagung der Serben gab es dort zu allen Zeiten eine Kreditgewährung zu politischen Zwecken. Der Vermögendste, der zugleich der Angesehenste im Kreise ist, gewährt Kredite an Leute, die er aus politischen Gründen in einer gewissen Abhängigkeit zu halten wünscht. So entsteht ein ganzes Netz politischer Anhänger auf kapitalistischer Basis. In den ersten Jahren nach dem Kriege, als das Geld aus dem ganzen nach Serbien strömte und dort Geldfülle herrschte, wurde dieses Mittel besonders stark benützt. Die serbischen Bauern verschuldeten sich stark bei den Dorfgazdas;¹ im Jubel des nationalen Erfolges vergaß man die nötigen Vorsichten, vergeudete das Geld für üppige Hochzeiten u. dgl. m. Auch gehörten die Dorfgazdas bei der Einführung der Diktatur überwiegend der mächtigsten serbischen Partei, den Radikalen an. Als jedoch die Idylle der ersten zwei Jahre der Diktatur verrauschte, und ihr Kampf mit den alten politischen Parteien im Lande sich verschärferte, da nutzten die radikalen Dorfgroßen ihren wirtschaftlichen Einfluß gegen das geltende Regime aus. Das Moratorium vom 20. April 1932 wurde ein Schlag gegen die lokalen Größen der radikalen Partei.

Ähnlich, aber doch anders war die Lage in Bosnien und der Herzegowina. Dort wollten die serbischen Bauern nach der „Befreiung“ von 1918 auch handgreifliche Beweise ihres nationalen Erfolges haben. Die politischen Führer verschafften daher den serbischen Bauern bei den kleinen serbischen Geldinstituten, die allenthalben im Lande existierten und zur Zeit der Kapitalflüssigkeit sich Geld in Hülle und Fülle besorgen konnten, reichliche Kredite. Mit dem Gelde wurde ähnlich unrationell gewirtschaftet, wie in Serbien: es wurde meistens als Konsumptionskredit benützt. Als die Situation sich verschlechterte, mußten die Banken die Kredite einziehen, und gerade die Lage der serbischen Bauern in Bosnien wurde eine kritische.

¹Dorfgewaltigen.

Man wollte also durch obiges Gesetz in erster Reihe den serbischen Bauern in Serbien und Bosnien helfen; außerdem aber war es eine Popularitätshascherei. Die Regierung wollte sich als Beschützerin der Bauernklasse zeigen und der kroatischen Bauernpartei und den Srpski Zemljoradnici (Serbische Bauernpartei), die oppositionell waren, den Wind aus den Segeln nehmen. Man vergaß aber zu überlegen, wie das Gesetz in den übrigen Teilen des Staates wirken würde. Dort war die Bauernverschuldung normal geblieben, das politische Moment Serbiens fehlte ganz, und, wie erwähnt, hatte die Verschuldung noch nicht einmal den Vorkriegsstand erreicht.

In Slowenien, Kroatien, Dalmatien und der Vojvodina waren die Kreditbedürfnisse der Bauern durch die Genossenschaftsgeldinstitute befriedigt worden. So wurden gerade sie und sogar die Bauern selbst durch das Gesetz am schwersten betroffen. Von dem Augenblick an, da sie durch ein Moratorium geschützt wurden, verloren sie allen Kredit; der Kaufmann in Jugoslawien hörte auf, dem Bauern zu kreditieren. Der Bauer aber braucht im Frühjahr Kredit; am dringendsten gerade im Frühjahr 1932, wo die Futternot ihn zwang, Futtermittel zu kaufen, um seinem Vieh bis zum neuen Grase durchzuhelfen. Aber durch das Gesetz bekam er keinen Kredit: die Dorfkaufleute hatten von dem Zeitpunkte an, wo das Gesetz dem Parlamente vorgelegt wurde, jedwede Kreditierung eingestellt.

So empfand der Bauer in großen Teilen des Staates das Gesetz nicht nur als unnötig, sondern sogar als schwer nachteilig; er fühlte sich in seinen Lebensinteressen geschädigt, auch wie das ganze Genossenschaftswesen, das sein Verhältnis zum Bauern durch das Moratorium schwer gestört sah. Kommunistische Agitatoren ermangelten nicht, den Bauern einzubläuen, daß sie fürderhin ihre Schulden überhaupt nicht mehr bezahlen mußten.

Um die Wirkung dieses verunglückten Gesetzes zu illustrieren, bringen wir eine Stelle aus dem offiziellen Berichte der Vereinigung der Banken im Banat und der Bačka: „Infolge der vollständigen Kreditunfähigkeit des Bauern wird in diesem Jahre ein großer Teil der Weingärten zugrunde gehen; denn die Eigner sich nicht in der Lage, Kupfervitriol und Bindemittel auszuschaftern. Bekannt ist uns der Fall, daß ein Bauer in einem Dorfe, wo zwei Geldinstitute bestehen, außerstande war, ein Darlehen von 1000 Dinar zu bekommen, um die Begräbniskosten seiner ja verstorbenen Frau zu bestreiten. In seiner verzweifelten Lage war er gezwungen, ein Stück Grund für eine Bagatelle zu verkaufen, um der Wirtschaft die unvermeidlichen Kosten zu beschaffen. Ein typisches Beispiel, das am besten die unmögliche Lage illustriert, in die der Bauer durch das fatale Gesetz zum Schutze der Bauern gebracht wurde!“

So ist dieses Gesetz in seinen Wirkungen ein Schulbeispiel, wie der von den Serben forcierte Zentralismus und Unitarismus in einem so heterogenen Lande nachteilig wirkt und wirken mußte. Wohl hatte es seine guten Gründe; sie waren jedoch nur lokal — namentlich in Serbien und Bosnien — gegeben, in

den übrigen Teilen des Staates beileibe nicht. Aber nach der zentralistisch-unitaristischen Struktur des Staates konnte man nur ein allgemeines Staatsgesetz bringen, da die Banate keine entsprechende Kompetenz hatten und sogar eigens dazu unter Zerreißung der politisch-historischen Einheiten kunstvoll geschaffen worden waren. Als Staatsgesetz wirkte die Maßnahme über alle Maßen schädlich.

Dieses Gesetz, dessen Wirkungen wir an den Stimmen der am schwersten betroffenen Geldinstitute erkennen konnten, wurde zum Ausgangspunkte eines jähen Einfrierens, ja man kann sagen, krankhaften Schrumpfens der jugoslawischen Volkswirtschaft.

Im größten Teile des Staates bedurften die Bauern eines solchen Gesetzes in dieser Form absolut nicht; sie stellten einfach jedwede Zahlungen ein. Selbst jene Bauern, die noch zahlungsfähig waren, kamen Verpflichtungen nicht mehr nach. Sie sahen in diesem Gesetz, das sie unwillig ertrugen, weil es sie kreditunfähig machte, den einzigen Vorteil, daß sie ihren Zahlungsverpflichtungen überhaupt nicht nachzukommen brauchten. Die kommunistischen Einflüsterungen taten noch das übrige, und so wurde das Gesetz in seiner Vollwirkung zu einem allgemeinen Moratorium der Bauernbevölkerung in Jugoslawien.

Man kann sich lebhaft vorstellen, was das hieß, wenn in einem Agrarlande, wo die Bauern 78% der Bevölkerung ausmachen, der stärkste Urproduzent seine Zahlungen restlos einstellt. Es bedeutete dies einfach, daß dem Wirtschaftsorganismus jedweder Säftezufluß unterbunden wurde.

Das zweite Halbjahr 1932 in Jugoslawien war demnach durch einen jähen und unaufhaltsamen wirtschaftlichen Verfall gekennzeichnet. Davon wurde in erster Reihe der Handel betroffen. Der Dorfkaufmann konnte seine Außenstände nicht einziehen, denn der Bauer zahlte nicht. Eine Exekution konnte er infolge des vorgenannten Gesetzes nicht durchführen. Der Herbst, die Zeit der Fechsung, ist die Zeit, wo der Dorfkaufmann seine Außenstände einzieht, denn dann hat der Bauer Geld. Dies blieb im Jahre 1932, wie dargestellt, völlig aus. Die Barkäufe gingen infolge der sinkenden Kaufkraft der Bauern auch zurück, der Verfall des Exportes und des Welthandels, der im Jahre 1932 zu einer Welterscheinung wurde, trug noch ein übriges bei. So konnten die Detaillisten ihren Verpflichtungen beim Grossisten, dieser wieder beim Fabrikanten oder Importeur nicht nachkommen. In einer geschlossenen Kette ging die Reihe der Kausalzusammenhänge eines wirtschaftlichen Verfalles vom keinen Geschäftsmann bis zu den Wirtschaftsmagnaten des Landes weiter.

In den Reihen der Kaufleute wies man immer häufiger und immer heftiger auf den allgemeinen und fortschreitenden Verfall der Volkswirtschaft und die Unhaltbarkeit der Lage im Lande hin. Man machte darauf aufmerksam, daß es eine Unmöglichkeit und ein aufgelegter Unsinn sei, nur einen Stand, und zwar den zahlreichsten im Staate, zu privilegierten und ihm ein Moratorium zu gewähren. Es sei eine Unmöglichkeit, daß denen, welche die schwersten Folgen

des Bauernmoratoriums zu ertragen haben, die volle Last ihrer ungeschmälernten Verbindlichkeiten gegen ihre Gläubiger und gegen den Steuereiskus nicht erleichtert werde. Immer lauter und immer häufiger erscholl der Ruf nach einem Moratorium für Kaufleute, sogar nach einem allgemeinem Moratorium.

Daß bei dieser steigenden Not und sinkenden Kaufkraft der breitesten Kreise und des gesamten Handels auch die Industrie schlecht davonkam, ist ohne weiteres verständlich. Viele Unternehmungen mußten den Betrieb reduzieren oder ihn gar stilllegen, beziehungsweise liquidieren. Die Zahl der Arbeitslosen vermehrte sich jäh, die Städte füllten sich mit Stellungslosen, Marodeuren und Bettlern an.

Am schlechtesten erging es den Geldinstituten. Das zweite Halbjahr 1931 und das erste Halbjahr 1932 waren gekennzeichnet durch stetig verstärkte Bankruns, verursacht durch die allgemeine Erschütterung des Vertrauens zu den Geldinstituten, welche in der ganzen Welt Platz griff, und namentlich in Jugoslawien intensiv einsetzte, da der Staat seiner Pflicht, die Bankinstitute im Wege der Gesetzgebung zu schützen, nur sehr mangelhaft nachkam.

Anstatt ein separates Gesetz oder zumindest eine Notverordnung zum Schutze der Geldinstitute zu erlassen, hatte man eben in das Gesetz zum Schutze der Bauern vom 19. April 1932 den vielgenannten § 5 zum Schutze der Banken eingefügt. Man hatte ihnen darin einen Brocken zugestanden, um den Widerstand der Bankkreise gegen das Gesetz zum Schutze der Bauern zu brechen. Dieser § 5 verfügt, daß für ein Geldinstitut, das während der Geltungsdauer dieses Gesetzes durch die allgemeine Kreditkrise oder durch verstärkte Einlagenabhebungen in Zahlungsschwierigkeiten gerät, dabei aber aktiv ist, der Ministerrat in jedem einzelnen Falle auf Ansuchen des betreffenden Institutes eine Verordnung mit Gesetzeskraft erlassen kann, in der Befristung für die Auszahlung der Spareinlagen und anderen Depots aufgeführt sind, sowie weitere Verordnungen für die Reorganisation des Institutes, welche die Sicherheit seiner Einleger und sonstigen Gläubiger erfordert. Zu diesem Behufe kann das Handelsministerium die Tätigkeit der Bank unter Aufsicht eines speziellen Kommissars stellen.

Zuerst bediente sich dieses § 5 des Gesetzes zum Schutze der Bauern das größte Institut im Lande, die Erste kroatische Sparkassa in Zagreb, welche über 2 Milliarden Spareinlagen hatte und durch die Unruhe und Abhebungen der Einlegerkreise als erste betroffen wurde. Man glaubte in Zagreb, daß gewisse Kreise in Belgrad nicht ungerne sähen, daß ein kroatisches Bankinstitut, zugleich das größte im Lande, in eine bedrängte Lage geräte. Um so mehr, als das bei jenem Geldinstitute abgehobene Geld zu einem starken Prozentsatz der Serbischen Bank in Zagreb zufließte. Diese Entwicklung wurde sogar noch durch eine intensive Agitation gewisser serbischer Kreise im Lande unterstützt.

Allein die Freude war kurz. Bei der sich stetig verschlechternden Lage im Lande, bei dem ungenügenden Schutze, welchen die Bankinstitute als solche

genossen, wurden immer mehr Institute dazu gedrängt, den Schutz nach § 5 des erwähnten Gesetzes anzusuchen. Bis Ende des Jahres 1932 waren etwa 60 Geldinstitute gezwungen, diesen Schutz zu erbitten und bekamen einen Regierungskommissar sowie ein Moratorium. Zu Ende des Jahres 1932 blieb auch der Serbischen Bank in Zagreb und der Städtischen Sparkassa in Zagreb nichts anderes übrig.

Das Moratorium, das die Mehrzahl der Geldinstitute des Landes im Wege des vielgenannten § 5 des Bauernschutzgesetzes erhielten, wurde wieder zu einem weiteren Grunde einer allgemeinen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Jugoslawien. Selbst Leute, die einen Spargroschen in einer Bank beiseite gelegt hatten, konnten im Momente einer zweifellos bestehenden Not darüber nicht verfügen. Das bedeutete einen Schritt zum weiteren starken Einfrieren der Volkswirtschaft. Das ganze Kreditsystem in Jugoslawien war dadurch lahmgelegt, denn die Geldinstitute in Jugoslawien teilen sich heute in zwei Kategorien in eine Mehrheit, die bereits den Schutz nach § 5 genießt, und eine Minderheit, die auf den Moment wartet, in welchem sie ebenfalls diesen Schutz wird ansuchen müssen, und daher mit der normalen Banktätigkeit und Kreditgewährung äußerst zurückhält. Man kann heute bei den Banken in Jugoslawien keinen Kredit mehr erhalten.

Was das für den Handel, Industrie und Verkehr bedeutet, kann man sich lebhaft vorstellen. Unternehmungen, die unter momentaner Barmittelknappheit litten oder in eine vorübergehende Bedrängnis gerieten, konnten sich nicht helfen, da sie bei den Geldinstituten keinen Kredit erhalten konnten. Die Insolvenzen vermehrten sich in den ohnedies schon ziemlich gelichteten Reihen der jugoslawischen Handelsunternehmungen. Die Wirtschaftsstatistik weist folgende Zahlen auf:

	Konkurse	Zwangsausgleiche
1930	608	185
1931	534	829
1932	735	1075.

Es ist klar, daß solche Umstände auch für den Staatsfiskus nicht ohne schwerwiegende Folgen bleiben konnten. Die einfache Logik lehrte den jugoslawischen Bauer, daß er, wenn er bei seinem Privatgläubiger seine Verpflichtungen nicht zu berichtigen brauchte, dies noch weniger gegen den Staat zu tun, zumal der jugoslawische und besonders der serbische Bauer zu keinen Zeiten ein guter Steuerzahler gewesen ist. Die Ausfälle bei de Steuereingängen stiegen daher bedenklich. Die jugoslawischen Staatseinkünfte weisen an direkten Steuern in den letzten Jahren folgende Ziffern auf:

Fiskaljahr	1929/30:	Dinar	2,392,623,973,36
"	1930/31:	"	2,094,105,494.—
"	1931/32:	"	1.785,141,065,06.

Das Fiskaljahr 1932/33, das mit 1. April endet, dürfte einen weiteren Ausfall um ein volles Viertel aufweisen, denn in den ersten acht Monaten wurden nur 1,126,960,611,94 Dinar eingebracht, wobei die besten Herbstmonate bereits mitgerechnet sind, und die Frühjahrsmonate erheblich verringerte Einkünfte zeigen.

Und trotz allem trat, als die vorgesehene halbjährliche Dauer des verderblichen Gesetzes am 20. Oktober 1932 ablief, keine Umkehr ein. Man verlängerte es zuerst auf zwei Monate, obgleich starke Kräfte an der Arbeit waren, um sein Ende zu erkämpfen. Jedoch mit Gesetz vom 19. Dezember 1932 wurde es auf unbestimmte Zeit verlängert, bis ein neues Gesetz über den Schutz der Bauern und die Ordnung der Kreditverhältnisse im Lande erbracht sein wird. Man hatte eine allgemeine Konvertierung der Bauernschulden in langfristige Darlehen in Aussicht genommen. Aber es ist zu befürchten, daß man die Schwierigkeiten einer solchen allgemeinen Bauernschuldenkonvertierungen bei weitem unterschätzt und dabei übersehen hat, daß je länger dieses Gesetz in Kraft bleibt, es um so schwerer sein wird, es endgültig zu liquidieren. So bedeutet eine solche Lösung vorderhand eine Perpetuierung des Bauernmatoriums mit allen seinen verheerenden Folgen für die jugoslawische Volkswirtschaft. Daran dürften auch einige Ausnahmen, die im § 1 des neuen Verlängerungsgesetzes aufgenommen wurden und seine schädlichen Folgen abschwächen sollten, nicht viel ändern.

Wenn wir uns fragen, welche Motive die Regierung in Jugoslawien bewogen haben, solch ein in seiner Gesamtwirkung so nachteiliges Gesetz aufrechtzuerhalten, so kann darauf nur geantwortet werden, daß es hauptsächlich politische Motive waren, weshalb man an diesem Gesetze festhielt.

Einerseits wollte man die serbischen Bauern in Serbien und Bosnien nicht verlieren, andererseits wollte die gegenwärtige Regierung ihre parteitaktischen Interessen nicht aufgeben. Das gegenwärtige Regime, mit dessen Lage wir uns schon befaßt haben, fühlt sich unsicher und will namentlich in bäuerlichen Kreisen Anhänger werben, wo die oppositionellen Bauernparteien — bei den Serben die serbische Bauernpartei (Srpska zemljoradnička stranka), bei den Kroaten die kroatische Bauernpartei (die von Radić gegründete Hrvatska seljačka stranka) und bei den Slowenen die slowenische Bauernpartei (Slovenska ljudska stranka) — besonders stark waren. Man hoffte durch das Gesetz zum Schutze der Bauern dies zu erreichen, indem man den Beschützer der Bauerninteressen spielte. Um jeden Preis mußte die Liquidierung des Gesetzes vermieden werden, denn sie hätte einem Mißerfolg der Regierung gleich gesehen, und sie alles Ansehens bei den Bauern beraubt. Diesem vermeintlichem politischen Interesse wurden wichtige wirtschaftliche Interessen der übrigen Klassen in Jugoslawien hingeopfert. Die Auflehnung der widerstrebenden Klassen konnte um so leichter überwunden werden, als die Regierung unbeschränkter Herr im Parlamente war und ist, wie wir dies schon gesehen haben, und die Geldinstitute nicht energisch gegen das Bauernschutzgesetz auftreten konnten, denn

ohne den vorerwähnten § 5 stünden sie in der augenblicklich geschaffenen Lage gänzlich schutzlos da. Es war also der Regierung ein leichtes, die Verlängerung des Bauernschutzgesetzes trotz des Widerstandes aller einsichtigen Wirtschaftsfaktoren im Staate durchzusetzen.

So befindet sich die Volkswirtschaft Jugoslawiens auf einer schiefen Ebene und muß, abgesehen von den großen Momenten der Weltwirtschaftskrise, sich aus ganz internen Gründen noch wesentlich weiter verschlechtern und das Land dem wirtschaftlichen Verfall zutreiben.

So müssen wir die allgemeine und wirtschaftliche Lage in Jugoslawien dahin charakterisieren, daß sie bis Mitte 1931 eine über das allgemein europäische Niveau günstige war, sich jedoch ab Mitte 1931 jäh zu verschlechtern begann, was im Lande tiefergehende psychologische Wirkungen und vermöge der dargestellten Gründe mehr Unzufriedenheit und Erbitterung gegen das bestehende Regime verursachte, als es im übrigen Europa der Fall sein konnte.

JUGOSLAWIENS
SCHICKSALSSTUNDE

Wir glauben, in den vorangehenden zwei Kapiteln schon zur Genüge dargestellt zu haben, wie ungünstig sich die Verhältnisse im Königreich Jugoslawien in der letzten Zeit gestaltet haben. Schon die Tatsache allein, daß die verantwortlichen Faktoren zur Diktatur Zuflucht nehmen mußten — die Notwendigkeit wurde voll zugegeben — zeugt genügend für den Ernst der Situation.

Die Diktatur ist ihrem Wesen nach seit Marcius Rutilius — denn sie ist, wie so vieles andere in der Politik, römisch-rechtlichen Ursprungs — eine außerordentliche Regierungsmaßnahme, die in Zeiten der Not, sei es außenpolitischer, sei es innerpolitischer Natur, berechtigt ist. Diese Berechtigung ist der jugoslawischen Diktatur auch voll zugebilligt worden.

Allein die Diktatur, die ihrem Wesen nach eine nur vorübergehende Maßnahme sein kann, ist heute, nach der französischen Revolution und dem Aufkommen des Begriffes der Volkssouveränität ein besonderes zweischneidiges Schwert geworden. Dies haben die Ereignisse vom Jahre 1931 in Spanien ganz klar erwiesen.

Die gleiche Gefahr besteht auch in Jugoslawien, zumal die Situation durch zwei Momente wesentlich erschwert erscheint: 1. die versuchte Liquidation der Diktatur ist nicht gelungen, die Diktatur besteht vielmehr noch heute, wenn auch versteckt, befindet sich aber offensichtlich in einer Sackgasse, aus der sie nicht ein und nicht aus weiß; 2. der Zweck der Diktatur ist nicht erreicht worden, und durch ihren Mißerfolg ist die gleiche Situation automatisch zurückgekehrt, in der das Land sich vor der Diktatur befand.

Unserer Auffassung nach das schwerste Moment in der gegenwärtigen Lage Jugoslawiens, jenes Moment, das uns die Berechtigung gibt, hier von der Schicksalsstunde Jugoslawiens zu sprechen!

Mit diesem schwersten Momente müssen wir uns des näheren befassen. Warum ist die Diktatur in Jugoslawien mißlungen? Weil sie ihren Zweck nicht erfüllen konnte. Sie wurde in einem kritischen und schicksalsschweren Momente des jungen Staates errichtet; ihre Berechtigung bestand eben darin, daß durch den unseligen Mord der Kroatenführer im offenen Parlamentssaale die kroatische Frage aufgerollt, und der Staat auf den Weg der Zersetzung und des Zerfalles geführt wurde. Richtig gestellt, bestand die Aufgabe der Diktatur darin, die kroatische Frage zu lösen, indem man zugleich den Staat konsolidierte. Allein man hat unserer Auffassung nach die Sache ganz verkehrt aufgefaßt. Anstatt durch Lösung der kroatischen Frage für die Konsolidation des Staates eine gesunde Grundlage zu schaffen, hat man sich, um die kroatische Frage zu überwinden, mehr um die technische Konsolidierung des Staates bemüht. Dies war aber ein verkehrtes Beginnen; denn so hat die Diktatur keines der Ziele zu erreichen vermocht, weder die technische Konsolidierung noch die Lösung der kroatischen Frage. Daran ist sie auch gescheitert, was als fertige Tatsache hinzunehmen ist.

Wir werden uns nun bemühen, die wichtigsten ursächlichen Momente dieses Mißlingens kurz darzulegen.

Der Urfehler lag darin, daß das neue Regime einen vollen Bruch mit der Vergangenheit und mit dem System der politischen Parteien verkündete, daß man die Maxime des getöteten Stjepan Radić annahm: „kralj i narod“ (der König und das Volk). Das sollte bedeuten, daß es nun keiner Vermittler mehr zwischen dem König und dem Volk bedürfe.

Allein, wie wir bereits hervorgehoben haben, wurden in die neue Regierung vier Führer der formell aufgelösten radikalen Partei berufen, ferner ein Demokratenführer; der Slowene Dr. Korošec war der stärkste politische Mann Sloweniens, während von den Kroaten vier unpolitische Leute ohne politische Routine und Rückhalt berufen worden sind.

Das Ergebnis dieses peccatum originale war, daß sich in der neuen Regierung, die einen Bruch mit der Vergangenheit bilden sollte, der Geist der großserbisch gesinnten radikalen Partei durchsetzte, daß die Kroaten bald überwunden wurden und daß im Wesen alles beim alten blieb. Der kroatische Minister Dr. Alaupović, der zu eifrig an die Einigung ging, den Kalender unifizieren wollte und damit bei dem serbischen Klerus anstieß, wurde bald abgesetzt; Dr. Mažuranić, der Enkel des kroatischen Banus, schied, als er die Situation übersah, freiwillig aus dem Kabinett, und den Zähesten und Erfolgreichsten unter ihnen, dem Finanzminister Dr. Švrljuga, wurde ein Abgang mit Krach bereitet. Es wurden immer mehr bedeutungslose und willfährige Kroaten zu Ministern ernannt, die einen Ministerfauteuil nur um den Preis erreichen konnten, daß sie mit ihrem Namen eine im Wesen kroatenfeindliche Politik decken wollten. — So sind jene bemerkenswerten Worte Dr. Maček's zu verstehen, daß ein Ast, selbst wenn er zufällig auf einen Ministerfauteuil fällt, doch ein abgebrochener und toter Ast vom lebenden Baume des kroatischen Volkes bleiben muß.

Wir sind sehr gerne bereit zuzugeben, daß dies nicht die Absicht des Königs Alexander war, daß er im guten Glauben eine wirkliche Erneuerung des Staates wollte. Auch seine Berufung der Radikalen dürfte bloß aus dem politisch begreiflichen Bestreben entstanden sein, sich durch Mitwirkung von starken politischen Persönlichkeiten Serbiens politisch gegen Rückschläge zu sichern.

Aber alles dies ändert nichts an der Tatsache, daß aus eben diesem Grunde in seinen Endergebnissen das Regime vom 6. Januar als verfehlt und mißlungen betrachtet werden muß. Anstatt einer Lösung der kroatischen Frage wurde nur ein Versuch zu ihrer „Überwindung“ gemacht, wobei die innere Situation im Staate nur noch weiter verschärft und verschlechtert wurde. Die Kroaten haben von dem neuen Regime eine Verbesserung ihrer Lage erwartet; nun ist das Gegenteil eingetreten. Sie fühlen sich betrogen, verlieren immer mehr den Glauben an den neuen Staat. Daß dies allein allem eher als der Konsolidierung des Staates dienen kann, liegt auf der Hand.

Man kann also mit um so mehr Berechtigung von einer nahenden Schicksalsstunde des neuen Staates sprechen, als die Verhältnisse durch das Versagen der Diktatur nicht nur automatisch in die Lage vor Ende 1928 zurückgekehrt sind, sondern durch eine Reihe schwerwiegender Momente weiter verschärft erscheinen.

Hier sind nicht nur die wirtschaftlichen Umstände und die Krisis, die ab Mitte 1931 auch in Jugoslawien mit Nachdruck ihren Einzug gehalten hat, zu erwähnen, sondern auch die Tatsache, daß sie durch eine Reihe schwerer Mißgriffe wirtschafts- und staatspolitischer Natur, die von der Diktatur begangen wurden und ihr nicht mit Unrecht aufs Kerbholz geschnitten werden, sozialpolitisch erschwert ist. Dies bedeutet aber, daß die staatsfinanziellen Folgen der wirtschaftlichen Weltkrise, die ja in der ganzen Welt sichtbar sind, auch in Jugoslawien nicht ausbleiben, aber um so unwilliger ertragen werden, als dort die Überzeugung herrscht, daß sie zum großen Teile hätten vermieden werden können, wenn die von uns gerügten groben Fehler von der Diktatur nicht begangen worden wären. So ist die allgemeine Krisis, die in der ganzen Welt herrscht, in Jugoslawien nicht nur durch die ungelöste kroatische Frage und die darauf beruhende Staatskrise, sondern auch durch eine psychologische Krisis sozial- und staatspolitischer Natur verschärft.

Durch das offenkundige Versagen der Diktatur ist selbstverständlich auch die Stellung des Königs und der Dynastie nicht unberührt geblieben. Sie kann zweifellos als erschüttert angesehen werden, zumal König Alexander sich offensichtlich stark und dazu noch erfolglos exponiert hatte. Nach dem, was wir über das dynastische Empfinden der Serben (Seite 49)* sagen mußten, ist das ernst genug. Daß die Kroaten dem König nach den ausgesprochen kroatenfeindlichen Tendenzen der Diktatur nicht mehr hold sind, braucht kaum hervorgehoben zu werden. — Dennoch glauben wir jedoch feststellen zu können, daß die Situation der Dynastie in Jugoslawien bei weitem nicht so gefährdet erscheint, als man gemeinlich in Europa annimmt. Alle jene serbische Kreise, die sich über das Bestehen der kroatischen Frage keiner Täuschung hingeben, und dies ist der höchststehende Teil der serbischen Intelligenz, wird kaum die Unvorsichtigkeit begehen, die durch die kroatische Frage verursachte Staatskrise noch durch eine dynastische Krise zu vertiefen. Demnach ist zu betonen, daß der Republikanismus in den letzten Jahren in Serbien selbst zwar sichtlich zugenommen hat, während er in Kroatien ganz abflaute dabei dennoch ziemlich ungefährlicher Natur geblieben ist. Die Kroaten spotten gerne über die serbischen Republikaner, indem sie als ihre Eigenart hervorheben, daß sie sich mit dem König gut vertragen.

Übrigens hat die Dynastie im Staate noch lange nicht alle Ressourcen aufgezehrt. Wenn wir auch die Aufnahme von vier Führern der Radikalen in das

* Siehe in diesem Text S. 27.

Diktaturkabinett als einen folgenschweren Fehler bezeichneten, so hatte sie doch auch ihre für die Dynastie guten Seiten. Die Radikalen haben die Eiszeit der Diktatur gut überstanden, und es ist in Jugoslawien bekannt, daß sie dem König die Proposition gemacht haben, ihnen die Durchführung der Wahlen anzuvertrauen, während die Partei ihm seine Stellung garantiert. Diese Eventualität steht dem König noch immer offen. Allein es ist klar, daß es für den König nicht ungefährlich ist, sich mit einer im Wesen überlebten Partei auf Wohl und Verderben zu verbinden, um so mehr, als der König genau weiß, daß er in solchem Falle zu einem Gefangenen der Radikalen werden müßte. Der König zieht es vor, vorderhand die Versuche zu der Gründung einer Staatspartei (J.S.R.D., die jugoslawische radikal-demokratische Bauernpartei) fortzusetzen, und rechnet dabei darauf, daß ihm die Radikalen noch eine zeitlang im Worte bleiben.

Aus vorgesagtem wird deutlich sichtbar, daß heute in Jugoslawien neben allem andern eine Krisis der Dynastie besteht, wenn sie auch, wie nochmals hervorgehoben werden soll, nicht als akut zu betrachten ist.

Eine Außenstehender aber wird sich eines weiteren Ergebnisses des Mißerfolges der Diktatur nur schwer bewußt werden; *des inneren Aufzehrens des Jugoslawismus*.

Der Jugoslawismus ist als Idee das Werk zweier katholischer Geistlichen, des kroatischen Domherrn und Historikers Franz Rački und des Bischofs Strossmayer. Er hätte als politischer Ausdruck für die kirchliche Idee der Union der katholischen und orthodoxen Kirche dienen sollen. Die Idee kam in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts auf und fand ihren ersten Ausdruck in der Südslawischen Akademie der Wissenschaften und Künste in Zagreb, die ihrer Propagation dienen sollte. Aber als politische Idee hatte sie vollen Mißerfolg und wurde vom rein kroatischen Nationalismus des Dr. Ante Starčević 1870—1885 leicht besiegt und niedergerungen.

Als der Kampf gegen Österreich eingeleitet wurde, geschah dies nicht unter der Führung der jugoslawischen Idee, die sogar einen ausgesprochenen austrophilen Beigeschmack hat, sondern geleitet von der Idee der kroatisch-serbischen Einheit, vom Serbokroatismus, der in der serbisch-kroatischen Koalition seinen Ausdruck fand.

Erst als die Slowenen ebenfalls an der neuen südslawischen Staatseinheit teilnehmen wollten, wurde auf die ad acta gelegte Idee Račkis und Strossmayers zurückgegriffen, die sich als geeigneter Lückenbüßer erwies. Die jugoslawische Idee kam als neues staatspolitisches Palladium zuerst in der sogenannten jugoslawischen Deklaration im österreichischen Reichsrat vom 30. Mai 1917 auf, und ihr Schöpfer war wieder ein katholischer Geistlicher, der Slowenenführer Anton Korošec.

Als der neue Staat der drei geeinten Völker der Slowenen, Kroaten und Serben endlich im Jahre 1918 gegründet war, kämpften die Kroaten aus Leibes-

kräften dafür, daß der Staat offiziell Jugoslawien benannt werde. Allein die Serben waren dagegen, und der neue Staat wurde in der Verfassung von 1921 Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen getauft. — Im Gegensatz zum Dreinamen wurde jedoch in der vorgenannten Verfassung ein strammer, administrativer Unitarismus und Zentralismus durchgeführt, was zweifellos einen inneren Widerspruch enthielt.

Als dieser 1929 zusammenbrach und die Vidovdanverfassung aufgehoben werden mußte, wurde wieder zum alten Lückenbüßer des Jugoslawismus zurückgegriffen und der Staat offiziell „Königreich Jugoslawien“ benannt. Im Grunde genommen ein Versuch, durch den Jugoslawismus den in der Vidovdanverfassung zusammengebrochenen Zentralismus zu retten.

Es ist festzustellen, daß dieser Versuch kläglich gescheitert ist. Das war vorauszusehen. Der Jugoslawismus, der eine ideologisch formulierte Fiktion ist, kann sich gegen die Realität der geschichtlich gewordenen drei südslawischen Völker nicht durchsetzen. Er eignet sich zwar sehr gut zu einer staatsrechtlichen Bezeichnung, die einen Sammelnamen für komplizierte südslawische ethnische Verhältnisse darstellen soll, aber als konkrete nationale Bezeichnung ist er ganz ungeeignet. Charakteristisch ist es, daß Anton Korošec, der Gründer des neuesten Jugoslawismus, ihn als erster verließ. Sein lautloses Ausscheiden aus der Diktatur im Herbst 1931 bedeutete auch seinen Abfall vom Jugoslawismus, das Verleugnen seines eigenen Patenkindes. Der Gründer wurde selbst zur ersten Ratte, welche rechtzeitig das sinkende Schiff verließ. Ausschließlich und nur als Slowene trat er von nun an in Slowenien auf.

Die schnelle Abnutzung des Jugoslawismus wurde dadurch hervorgerufen, daß man ihn als ein neues Mittel zu verwenden suchte, um den in der Vidovdanverfassung zusammengebrochenen Zentralismus und Unitarismus zu retten und die kroatische Frage zu überwinden. Da man im Namen der jugoslawischen Einheit zentralisiert und unifiziert hatte, so ging das ganze Odium, mit dem diese verfehlte Methode in Jugoslawien beladen war, auf den Jugoslawismus über. Die Kroaten merkten bald, daß man den Jugoslawismus, der bei ihnen erstanden ist, gegen sie verwandte, in der Hoffnung, daß sie gegen ihr eigenes Geisteskind weniger bockbeinig sein werden. Als die Diktatur anfänglich Erfolge hatte und unter dem Druck des Systems Totenstille eintrat, wurde von der Regierung die Parole ausgegeben, die kroatische Frage sei durch den Jugoslawismus gelöst. Man verfiel tatsächlich in serbischen Kreisen der Selbsttäuschung, daß man durch Zudeckung der Frage sie auch schon gelöst habe. Dies machte bei den Serben dem sonst verabscheuten Jugoslawismus einige Konduiten, man tolerierte ihn. Bei den Kroaten hingegen machte es ihn direkt verhaßt, um so mehr, als sie nicht übersehen konnten, daß der Jugoslawismus nicht nur als Bemäntelung für Zentralisierung und Unifizierung, sondern sogar ausgesprochen zur Serbisierung benützt wurde. Das jugoslawisierte Sokolwesen kam unter serbische Führung, alles Serbische wurde im jugoslawischen Sinne als

„national“, alles Kroatische hingegen als „anational“ stigmatisiert, mit der Anspielung, daß die Serben eine nationale Kirche hätten, die Kroaten hingegen Angehörige der internationalen katholischen Kirchenorganisation seien.

So wird der Jugoslawismus bei den Kroaten immer verhaßter und bei den Serben verliert er durch seinen Mißerfolg als Serbisierungsmittel immer mehr an Kredit. In Jugoslawien sind nur noch die ganz Naiven überzeugte Jugoslawen, jene, welche glauben, daß sich durch starres Festhalten an theoretischen Formeln Erscheinungen des sozialen Lebens meistern lassen. Es ist festzustellen, daß der Jugoslawismus, dieser brauchbare Lückenbüßer der südslawischen politischen Entwicklung, durch den Mißerfolg der Diktatur völlig verbraucht worden ist und heute als erledigt betrachtet werden kann. Die nächste Entwicklung in Jugoslawien wird sich im Zeichen des Wiederauflebens der Sondernationalismen der Serben, Kroaten und Slowenen abrollen. Es muß ganz hintangesetzt werden, ob dies wünschenswert und für den Staat vorteilhaft ist; es sind bloß Tatsachen festzustellen.

Aber noch wichtiger ist eine weitere Erscheinung der politischen Entwicklung in Jugoslawien, die für ferner stehende Kreise vielleicht nicht ganz sichtbar ist: *die Zerbröckelung des Serbentums*.

Der Staat S.H.S., das heutige Jugoslawien, ist zum großen Teile das Werk einer wunderbaren Zusammenarbeit des gesamten Serbentums. Unter den vielen ethnischen und konfessionellen Verschiebungen und Migrationen, welcher auf dem Balkan sichtbar sind, ist eine der interessantesten und am wenigsten studierten jene des starken Vorstoßes der Orthodoxie im 16.—18. Jahrhundert gegen Nordwesten. Jene orthodoxen Elemente, in der serbischen Nationalkirche kirchlich organisiert, sind im Laufe des 19. Jahrhunderts serbisch national orientiert. Diese nationale Bewegung ist jenes Medium, das sämtliche Südslawen mitriß und, von Serbien aus geschickt geleitet, bei dem Zusammenbruche Österreich-Ungarns die Hauptarbeit an der neuen südslawischen Staatsbildung geleistet hat.

Es ist festzustellen, daß die bewunderungswerte Einheitlichkeit nach geleisteter Arbeit einer starken Zerbröckelung anheimgefallen ist: ein bei der Beurteilung der Zukunft Jugoslawiens äußerst wichtiges Moment, das nicht übersehen werden darf.

In erster Reihe ist dies eine sozialpsychologische Erscheinung, welche mit der Verwaltungsfrage im Zusammenhange steht. —

Als der neue Staat gegründet war, wurde bei den Serben im Königreich die bange Frage hörbar, die, soviel wir uns erinnern, namentlich von Stojan Protić und Čeda Mijatović ausgesprochen wurde: ob sie denn imstande sein würden, die neuerworbenen Gebiete auch richtig zu verwalten?

Nun hat die Erfahrung der letzten drei Lustren die Antwort im negativen Sinne gegeben. Die Serben haben es nicht verstanden, die neuen Gebiete richtig zu verwalten. Sie häufen vielmehr Fehler auf Fehler.

Den Anfang haben sie in Montenegro gemacht. Als die Montenegriner aus ihrem historischen Freiheitsgefühl und dem ihrer verlorenen staatlichen Selbständigkeit heraus den sich als Eroberer gebärdenden Serben Opposition machten, wurden sie mit einer Brutalität behandelt, die ihresgleichen sucht. Die montenegrinischen Stammesdörfer wurden mit Kanonen und Brandexpeditionen gebändigt. Resultat: Abfall der Herzen der Montenegriner. Sie klagen, daß sie von den Türken niemals so grausam behandelt worden sind wie von den serbischen Brüdern. Weiteres Resultat: der montenegrinische Führer Dr. Sekula Drljević schloß sich an Radić an, war längere Zeit interniert und ist heute kaum zu den Anhängern Jugoslawiens zu rechnen.

Als die serbische Verwaltung sich als teuer, schlecht, korrupt und der beseitigten österreichisch-ungarischen nicht als gleichwertig erwies, waren davon am peinlichsten betroffen die Serben aus der einstigen Doppelmonarchie. Da sie in den letzten Jahrzehnten einen hervorragenden Anteil an der Verwaltung der südlichen Provinzen der Monarchie genommen hatten, konnten sie dies am besten beurteilen und rechneten nun darauf, ihrer Eignung entsprechend auch verwendet zu werden. Aber das Gegenteil traf ein. Sie wurden von den Serben aus dem Königreiche als nicht ganz verlässlich beiseite geschoben und durch eigene Leute ersetzt, die sich aber durchwegs als ihren Aufgaben zumeist nicht gewachsen erwiesen. Sie trugen zu der Verschlechterung der Situation wesentlich bei.

Resultat: Entstehen der „Prečanska fronta“,¹ wobei Svetozar Pribičević, ein sehr gewandter Politiker, dem das Hauptverdienst an dem Siege des Einigungsgedankens bei den Kroaten zukommt, sich Radić anschloß und heftig die Belgrader Politik bekämpfte. Der Geist der Bewegung spricht am sichtbarsten aus dem Liede, das die „Srbi Prečani“ sangen: „Srbine brate, ljubi Hrvate, država naša sita pljačkaša“, was sagen soll: „Bruder Serbe, liebe die Kroaten, unser Staat ist der Freibeuter satt.“

Weiteres Resultat: Pribičević war über zwei Jahre interniert und lebt heute in der Verbannung, von wo er aus Leibeskräften gegen die Belgrader Politik, die Diktatur und den König Alexander arbeitet.

Obgleich die Politik Pribičevićs zum starken Teile persönlich ist und nur einen Teil der „Srbi Prečani“ mit sich reißen konnte, so ist doch sein Einfluß im Wachsen, da er im Wesen ein integrierender Charakter ist, und die sich häufenden Fehler der Belgrader Serben und der Diktatur seiner Politik stets neue Nahrung zuführen. Ein neues Moment kommt hinzu: mit der allgemeinen Verschlechterung

¹ Prečani (kroatisch) heißt: „die von der anderen Seite“, also die Serben, die jenseits der Drina, Save und Donau, den Grenzen zwischen dem früheren Serbien und dem einstigen Österreich-Ungarn, angesiedelt waren.

rung der Lage in Jugoslawien ist es unvermeidlich, daß die Serben, die mit den Kroaten gemeinsam leben, daran denken, wie sich ihre eigene Situation gestalten wird, wenn der Staat, den sie zu gründen sich bemüht haben, in die Brüche geht. Dazu gesellt sich die Furcht vor der Verantwortung, zumal die Serben aus den einstigen Gebieten Österreich-Ungarns ganz genau sehen, daß die Politik der Belgrader zu nichts Gutem führt.

Aber auch die Serben im Königreiche sind heute nicht so einig wie 1908—1918. Auch dort haben die großen Fragen, welche die Gegenwart aufwirft, tiefgehende Gegensätze verursacht. Die Serben haben seit jeher die Neigung gehabt, sich politisch schrankenlos auszuleben. Diese Freiheit haben sie heute nicht. Die diktatorische Regime hat das ganz politische Leben unter den Druck der Ausnahmegesetze gestellt; daher hat eine steigende Unzufriedenheit und Staatsverdrossenheit auch unter ihnen Platz gegriffen. Alle die Fragen, welche die Gegenwart mit sich bringt, die dynastische Frage, die Frage der Regierungsform und namentlich die soziale Frage arbeiten heute unterirdisch, sind nicht kontrollierbar, wirken aber um so zersetzender.

Namentlich die soziale Frage! Wir haben bereits die riesigen Vermögen erwähnt, die sich prominente Persönlichkeiten des serbischen politischen Lebens in den letzten Jahren errafft haben und die in französischen sozialistischen Tagesblättern erwähnt wurden. Daß solche Riesenvermögen in wenigen Jahren mit rechten Dingen nicht geschaffen werden können, liegt auf der Hand. Daß dies eine Kapitalkonzentration ist, welche bei den stark kapitalistisch veranlagten Serben vor sich geht und auf der anderen Seite eine weitgehende Armut und soziale Bewegung zur Folge haben muß, ist auch ohne weiteres klar. Alles dies spielt sich heute unterirdisch ab. Aber daß die Bewegung überall durchdringt, beweist der Prozeß gegen kommunistische Offiziere der Mariborer (Marburger) Garnison, der sich im Juni 1932 ereignete. Es ist jedenfalls ein nicht unbedenkliches Zeichen, daß die kommunistische Propaganda sogar bei serbischen Offizieren der Armee Eingang gefunden hat und, daß aktive Offiziere sich aus ihrer bedrängten finanziellen Lage durch einen Kommunistenputsch heraushelfen wollten. —

Wenn wir von einer Schicksalsstunde Jugoslawiens sprechen, so wollen wir damit sagen, daß durch den offensichtlichen Mißerfolg der Diktatur Jugoslawien automatisch in die Situation von Ende 1928 zurückversetzt worden ist. Wir haben sie als eine ernste Staatskrise bezeichnet. Wir haben ferner dargelegt, daß die Situation sich noch weiter verschlechtert hat: durch die akute wirtschaftliche Not, die in der ganzen Welt herrscht, mit den damit in Zusammenhang stehenden sozialen Zersetzungserscheinungen, durch die Erschütterung der Stellung der Dynastie, durch die Frage der Regierungsform, durch die Beeinträchtigung des Glaubens an den Staat, ein Aufbrauchen verbindender und eine Verstärkung zersetzender Momente, namentlich durch die Verschärfung der konfessionellen Gegensätze, endlich durch den politischen Mord, der den An-

fang der Staatskrise — der grausige Mord vom 20. Juni 1928 im Parlamente zu Belgrad — hervorgerufen hat.

Als erschwerend ist zu bezeichnen, daß es im September 1932 zu einem regelrechten Aufstande der Kroaten im Velebitgebirgsgebiet gekommen ist, der blutig mit Militärmacht unterdrückt werden mußte. Selbst die offiziellen Kommentare geben zu, daß dieser Aufstand von Italien unterstützt worden sei.

Mit einem Worte: Jugoslawien befindet sich in einer chronischen, immer wieder akut werdenden Staatskrise, die es zu heilen bisher nicht verstanden hat und die sich ständig verschärft, um so mehr, als sich die staatsbildenden Tendenzen verbrauchen und die staatsauflösenden dauernd erstarken. Rein schematisch und mechanisch gedacht, muß da ein Zeitpunkt kommen, von dem das römischrechtliche „certum an, incertum quando“ gilt, an dem die auflösenden Tendenzen die Oberhand gewinnen. Dann ist es um Jugoslawien als Staat geschehen.

Dies meinen wir unter Jugoslawiens Schicksalsstunde.

DIE KROATISCHE FRAGE

Aus den vorangehenden Kapiteln zwar deutlich sichtbar, soll hier doch nochmals ausdrücklich hervorgehoben werden, daß das Hauptelement der südslawischen Staatskrise eben die kroatische Frage ist, besser gesagt der Konflikt zwischen Kroaten und Serben. Es ist daher naheliegend, daß wir uns mit der kroatischen Frage, beziehungsweise mit dem Konflikte der zwei nationalen Ideen in Jugoslawien des Näheren befassen müssen.

Wir gehen hierbei von dem Standpunkte aus, daß die Kroaten ein eigenes Volk sind und, daß dies eine Tatsache ist, die aus ihrer ganzen Geschichte hervorgeht.

Die Kroaten sind ein slawisches Volk, das in der ersten Hälfte des 7. Jahrhunderts, und zwar einige Jahre vor den Serben, aus dem heutigen Polen oder Westrußland in das einstige römische Dalmatien, Illyricum und umgebende Länder einwanderte und hier einen Staat gründete, der schon im 8. Jahrhundert sichtbar wurde. Anfangs des 10. Jahrhunderts entwickelte sich dieser Staat zu einem Königreiche, das am Eingang des 12. Jahrhunderts als selbständiges Staatswesen zugrundeging, nachdem 1096 der letzte König Peter Svačić auf der Wahlstatt Krone und Leben verloren hatte. Der Staat ging sichtbar an einem Konflikte mit dem Papsttum zugrunde; es entbrannte dortzulande ein Kulturkampf, der alle staatlichen Bande auflöste. Da entschlossen sich im Jahre 1102 die Großen des Landes, mit einem der Prätendenten auf den kroatischen Thron, dem ungarischen König Koloman aus der Dynastie der Arpaden, einen Pakt abzuschließen, nach welchem die Kroaten in eine Personalunion mit den Ungarn traten.

Damit leiteten die Kroaten jene Koalitionspolitik ein, die zu einem Charakteristikum ihrer politischen Geschichte geworden ist.

Als bei Mohacs 1526 der ungarische Staat zusammenbrach, wählten die Kroaten zu Neujahr 1527 Ferdinand den Habsburger zu ihrem König, und als 1918 Österreich-Ungarn im Weltkriege sich auflöste, anerkannten sie am 1. Dezember 1918 den serbischen Regenten Alexander Karagjorgjević als ihren König und traten in den gemeinsamen Staat der Serben, Kroaten und Slowenen ein. —

Wo liegt nun die letzte Ursache dieses sonderbaren Gehabens der Kroaten, daß sie stets in Koalitionen mit ihren Nachbarstaaten ihr Heil suchen?

Eine volle Aufklärung dieser merkwürdigen Erscheinung ist in der geopolitischen Natur des kroatischen Siedlungsgebietes zu suchen und zu finden. Die Schlußfolgerung ergibt sich naturnotwendig, wenn man nur einigermaßen aufmerksam die geopolitischen Schriften der Kroaten kennt. Aus ihnen geht hervor:

1. Das heutige Siedlungsgebiet der Kroaten besteht aus dem Südrande des pannonischen Beckens und aus der Nordwestecke des Balkans. Die Kroaten sind aber weder ein pannonisches noch ein Balkanvolk, sondern ein geopolitisches und kulturpolitisches Amphibium, das in der jeweiligen Vormacht in Pannonien und am Balkan seinen naturgemäßen Gegner findet.

2. Im Gegensatz zur Uneinheitlichkeit ihres eigenen Territoriums sind die Kroaten umgeben von großen geopolitisch gegebenen Einheitsterritorien, denen schon aus dieser Eigenschaft ein natürliches Übergewicht über das uneinheitliche Kroatien erwächst. Dies sind die Apenninenhalbinsel (Italien), Pannonien (Ungarn), das Alpenmassiv (die einstigen habsburgischen Erbländer) und das mittelbalkanische Massiv, einstens Byzanz, dann Türkei, jetzt Serbien.

3. Das kroatische Siedlungsgebiet hat nach keiner Seite hin geschützte Grenzen, hat im Gegenteil drei ungemein schwer zu verteidigende strategische Grenzlinien zu halten: die Drau-Donaulinie gegen Pannonien und das Alpenmassiv, ferner die adriatische Linie gegen die Apenninenhalbinsel und schließlich die Linie des bosnischen Stufenlandes gegen den Mittelbalkan.

Die Volkskraft der Kroaten war niemals ausreichend, um den negativen Momenten ihrer geopolitisch ungemein schwierigen Lage standzuhalten. Sie trachten daher durch Koalitionen mit ihren stärkeren und geopolitisch besser situierten Nachbarn, ihren Nachteil auszugleichen und sie koalieren sich a) im 8. Jahrhundert mit den Franken (Alpenmassiv), b) 1102 mit den Ungarn (Pannonien), c) 1527 mit den Habsburgern (Alpenmassiv), d) 1918 mit den Serben (zentralbalkanisches Massiv). Nach unserer Auffassung sind dies alles „geopolitische Ausgleichungs-Koalitionen“, und durch sie scheinen uns die Kroaten als nationalpolitischer Faktor am besten charakterisiert.

Daß dies keine beneidenswerte Politik ist, liegt auf der Hand, um so mehr, als Koalitionen regelmäßig zu Nutzen des Stärkeren und nicht des Schwächeren ausschlagen. Das haben die Kroaten bisher stets auszukosten bekommen. Aber infolge der ihnen von der geopolitischen Natur ihres Siedlungslandes aufgezungenen und durch über ein Jahrtausend betriebenen Politik haben die Kroaten eine eigene Physiognomie und eine eigene Individualität erhalten, haben eine ganze außerordentliche Zähigkeit erworben, mit der sie allen Insulten trotzen und instinktiv die ihnen durch die geopolitische Umgebung auferlegte Politik befolgen. Dank dieser Zähigkeit, verbunden mit einer außerordentlichen militärischen Tüchtigkeit und einer bemerkenswerten kulturellen Befähigung, haben sich die Kroaten in schwersten Verhältnissen stets als selbständiges Volk zu behaupten und aller Ungunst ihres Landes und ihres historischen Geschickes standzuhalten gewußt. Sie sind nicht sehr aktiv, reagieren nicht schnell, sondern langsam und vergessen niemals ihnen einmal zugefügte Unbill. Wir ließen uns von Kroaten sagen, daß sie 1918 Österreich die Unbill heimzahlten, die ihnen von ihm in der Zeit des Absolutismus 1849 bis 1859 zugefügt wurde, indem es brutal alle Regungen ihres wiederauflebenden nationalen Fühlens unterdrückte. Sie sind durch die ganze Geschichte ein Element mit ausgeprägtem nationalen Ichgefühl gewesen und sind dies auch heute geblieben. —

Nun ist die Frage: sind diese Kroaten ein und dasselbe Volk wie die Serben?

Šafařík hat anfänglich die Kroaten für einen Stamm der Serben gehalten; diesen wissenschaftlichen Irrtum hat er später richtiggestellt und die Kroaten als

ein eigenes Volk anerkannt, worin ihm Miklosich und alle ferneren Slawisten folgten.

Allein eine gewisse Unsicherheit machte sich bemerkbar, als die Kroaten selbst ihre ersten nationalistischen Schritte 1835—1848 bekanntlich unter dem Namen der Illyrier machten, und der Illyrismus vom Rački-Strossmayerschen Jugoslawismus abgelöst wurde, um dann ab 1903 bei dem Serbokroatismus zu landen, der die nationale Einheit der Serben und Kroaten behauptete. Man hat es leider bis jetzt übersehen, daß dies alles politische Zweckfiktionen waren, von welchen die zwei ersten ausschließlich dazu dienen sollten, den Kroaten aus ihrer geopolitisch schwierigen Lage herauszuhelfen.

Man suchte einen breiteren nationalen Rahmen, um der äußerst ungünstigen geopolitischen Lage des engeren kroatischen Siedlungsgebietes zu entrinnen, die wir vorher in den Hauptpunkten dargestellt haben.

Die dritte Fiktion einer kroatisch-serbischen nationalen Einheit war schon beiderseitig mit der bewußten Absicht geschmiedet worden, um die politische Vereinigung der Kroaten und Serben vorzubereiten. Für die Serben bedeutete dies ein Zurückkehren zu der vom Begründer des serbischen Nationalismus Vuk Stefanović-Karadžić geprägten Theorie, daß die Kroaten katholisch gewordene Serben seien, während die Kroaten darin bloß ein pragmatisches Mittel sahen, um aus der österreichisch-ungarischen Bedrängnis herauszukommen.

Gleich nach der Vereinigung, als die Serben sich noch nicht stark genug fühlten, wollten sie vom Jugoslawismus nichts wissen; es ist der serbischen Stellungnahme zu verdanken, daß in der Vidovdan-Verfassung der neue Staat als Staat der Serben, Kroaten und Slowenen benannt wurde. Als jedoch der administrative Zentralismus sich als Serbisierungsmittel ungeeignet zeigte und den Staat in die schwere Staatskrise Ende 1928 führte, griff die Diktatur die Fiktion des Südslawentums auf, um damit die gefährdete National- und Staatseinheit zu retten. Als die Kroaten jedoch merkten, daß man aus diesem Produkte ihrer politischen Entwicklung ein Fangnetz flechten wollte, das ihnen über den Kopf geworfen werden sollte, machten sie entschlossen Front gegen den Jugoslawismus, was ihnen um so leichter wurde, als sie ihn in ihrer politischen Entwicklung zu Dr. Starčevićs Zeiten bereits einmal politisch überwunden hatten.

Somit ist festzustellen, daß heute sämtliche Einigungsfiktionen erledigt sind und im Königreich Jugoslawien sich drei Nationen, Serben, Kroaten und Slowenen, gegenüberstehen. Ebenso ist festzustellen, daß die Kroaten fest entschlossen sind, sich nicht serbisieren zu lassen, ebenso wie sie in Österreich-Ungarn den Magyarisierungstendenzen der dualistischen Periode den zähesten Widerstand entgegengesetzt und zuletzt, trotz der vielen Vorteile, die ihnen die österreich-ungarische Monarchie bot, mit den Serben an ihrer Vernichtung mitgewirkt haben.

Da wir nun eine Seite des serbisch-kroatischen Konfliktes untersucht haben, wollen wir uns auch die andere, die serbische, ansehen.

Die Serben sind ein slawisches Volk, das einige Jahre nach den Kroaten als ein abgesprengter Teil der westslawischen Soraben nach dem Süden wanderte und im Thema Thessaloniki um den Ort Serfidže (Servia) ihren Sitz nahm. Ein Teil trat jedoch eine Rückwanderung gegen Norden an und ließ sich im Gebiete Raša nieder. Eine staatspolitische Tätigkeit wurde bei ihnen erst mit der Dynastie der Nemanjiden Ende des 12. Jahrhunderts sichtbar. Die vorübergehende Katastrophe Byzanz' 1204—1268 bot ihnen Gelegenheit zu erstarken; ein Sproß der herrschenden Nemanjiden-Dynastie, St. Sabbas (sv. Sava), schuf die Grundlagen zu einer nationalen Staatskirche, die Dušan der Mächtige zu einer völlig autokephalen Patriarchatskirche ausgestaltete. Dieser starke und erfolgreiche Monarch krönte sich auch am Ostersonntag 1346 zu Skoplje mit der byzantinischen und serbischen Kaiserkrone, versinnbildlichte dadurch die Übernahme der byzantinischen politischen Erbschaft und begründete damit den serbischen Vermächtnisgedanken. Der Inhalt dieses Vermächtnisgedankens ist die Übernahme der alten Ambition der Byzantiner, den gesamten Balkan in einem Staate, einer Nation und in einer Kirche zu vereinigen.

In serbischer Neuauflage hätte dies die Vereinigung sämtlicher Balkanslawen im serbischen Staate, der serbischen Nation und der serbischen Nationalkirche zu bedeuten. Der Gedanke ist groß und kühn und es ist begreiflich, daß er die Phantasie eines ehrgeizigen Volks gefangen nehmen konnte, zumal wenn er mit religiösen Momenten aufs engste verknüpft erscheint, wie dies bei den Serben zweifellos der Fall ist. Von diesem Gedanken getragen, machten sie sich im 19. Jahrhundert durch eine unter Rußlands Ägide konsequent und energisch durchgeführte Befreiungspolitik von der türkischen Herrschaft los und gingen im 20. Jahrhundert an die Realisierung ihres Vermächtnisgedankens. Die Durchführungsetappen waren die Balkankriege und der Weltkrieg. Geopolitisch waren sie stets um ein Bedeutendes besser daran als die Kroaten. Das mittelbalkanische Bergmassiv war ihr nationales Siedlungszentrum geworden, und dieses wurde zu einem Menschenreservoir, das seine Ströme in die angrenzenden Ebenen und zur Küste sandte. Von der Entstehung Neu-Serbiens im Anfang des 19. Jahrhunderts an waren ihre hauptsächlichsten Nachbarn das zurückweichende osmanische Reich und das konservative Österreich, von denen sie nur einen geringen Druck zu ertragen hatten, um so weniger, als das erste im letzten Jahrhundert immer weiter zurückgedrängt, das zweite hingegen aufgeteilt wurde, so daß Serbien als Erbe auftreten konnte.

Die Vereinigung sämtlicher Balkanslawen in einem Staate, einer Nation und einer Religion stößt bei den Bulgaren ebenso auf Widerstand wie bei den Kroaten. So besteht nach Vorgesagtem der Konflikt im Königreiche Jugoslawien in dem Zusammenprall zweier Ideen, dem Gegeneinander verschiedener Bestrebungen: dem Willen der Serben nach einer Vereinigung aller Balkanslawen im

Serbentum gegen die Widerstandskraft der Kroaten, die, gestählt in einem tausendjährigen Kampfe, sich in einer erfolgreichen Selbstbejahung gegen alle Entnationalisierungsversuche durchzusetzen verstanden haben. Wenn wir die Enderfolgsaussichten ihres Kampfes erwägen wollen, so müssen wir unbedingt folgendes berücksichtigen:

Erstens ist Jugoslawien ein Gebilde, das seine Entstehung den Endergebnissen des großen Krieges von 1914—1918 verdankt, der unter der Devise des Selbstbestimmungsrechtes der Völker geführt wurde, und während dessen Dauer Präsident Wilson am 9. Juli 1917 die Worte niederschrieb: „Kein Volk kann unter eine Herrschaft gestellt werden, unter der es nicht leben will“.

Wir sind der Ansicht, daß, sobald sich die Kroaten auf den Standpunkt stellen, daß sie ein eigenes Volk seien und nicht unter serbischer Herrschaft leben wollen, es nur noch eine Frage der Zeit ist, wann es um die Einheit des jugoslawischen Staates geschehen sein wird.

Zweitens haben wir da wieder die leidige Frage der geopolitischen Konfiguration der südslawischen Länder. Wir haben uns am Anfange dieses Kapitels mit der Frage befaßt und betont, daß die drei ungeschützten und ungemein schwer haltbaren strategischen Linien, die Donau-Drau-Linie gegen Pannonien und das Alpenmassiv, die adriatische Küstenlinie gegen die Apenninenhalbinsel und die Linie des bosnischen Stufenlandes gegen den Mittelbalkan das Schicksal des kroatischen Volkes bedingen. Die zwei ersten dieser Linien hat Jugoslawien übernommen; die dritte, die Linie des bosnischen Stufenlandes gegen den Mittelbalkan, ist eine innere Linie und daher gegenstandslos geworden, gerade so wie unter Österreich-Ungarn die Donau-Drau-Linie eine innere Linie und für die Kroaten strategisch gegenstandslos geworden war. Da jetzt in Jugoslawien die Serben ausschließlich die Herrschaft führen, so haben sie mit der Gründung des neuen Staates die Last und die Verantwortung für die Haltung und Verteidigung der vorgenannten zwei Linien übernommen. Sie scheinen sich aber, verwöhnt durch die Gunst der geopolitischen Lage des Vorkriegs-Serbien, gar nicht klargeworden zu sein, welche Bürde der von ihnen geleitete Staat mit diesen zwei Linien darstellt. Noch weniger scheinen sie begriffen zu haben, daß es ein absoluter Widersinn ist, jenes ethnische Element, das der Eigner des Bodens und Anrainer an diesen zwei strategischen Linien ist, zu bedrücken und dort Zersetzungserscheinungen hervorzurufen. Das heißt, den Torwächter einladen, sich mit dem Feinde ins Einvernehmen zu setzen.

Dies scheint uns das entscheidendste Moment zu sein, das die Situation der Serben gegen die Kroaten ungünstig gestaltet. Denn wenn nach unserer Überzeugung schon die vereinte Kraft der Kroaten und Serben sich aufs äußerste anstrengen müßte, um diese zwei strategischen Linien zu halten, so wird die Aufgabe in dem Augenblicke zu einer Unmöglichkeit, da die Kroaten und Serben nicht einig sind oder gar die Kroaten gezwungen werden, bei anderen Hilfe gegen die Serben zu suchen. Dieses Moment, welches ein Dauermoment ist,

entscheidet nach unserer Auffassung zum Nachteile der Serben, die in keinem Falle damit rechnen dürfen, die Kroaten niederzwingen zu können.

Hier muß noch ein weiteres Moment geopolitischer Natur erwähnt werden, obwohl es nicht rein geopolitisch, sondern mit kulturpolitischen Momenten vermischt ist. Das ist die Frage des Gegensatzes zwischen Orient und Okzident. Mitten durch Jugoslawien läuft jene Linie, die seit zwei Jahrtausenden scharf den Westen vom Osten scheidet. Schon zu Zeiten der Kaiser Honorius und Arkadius, als das römische Reich in die zwei Hälften, die östliche und die westliche, geteilt wurde, kam das römische Dalmatien, das bis zur natürlichen Grenzen der Drina reichte und das heutige Dalmatien, Bosnien und die Herzegowina sowie Montenegro umfaßte, zu den *Partes Occidentis*, während alles jenseits dieser Linien, als *Moesia inferior*, zu den *Partes Orientis* kam. Nun ist festzustellen, daß diese Scheidungslinie auch heute noch zurecht besteht, daß sie zu einem tiefliegenden Scheidungsmomente zwischen Serben und Kroaten geworden ist, trotzdem sie Jugoslawien nur im Innern durchschneidet. Die Serben sind Orientalen, wogegen die Kroaten bewußte Westler sind. Während ihrer ganzen Geschichte haben die Kroaten in jedem kritischen Momente für den Westen optiert. Als im 9. Jahrhundert der kroatische Fürst Sedeslaw aus politischen Opportunitätsgründen die byzantinische Oberhoheit anerkannte, verlor er bald Thron und Leben, und es folgte ihm Branimir, der überzeugte Anhänger des Papstes und des Westens. Die Serben sind Anhänger der orientalischen Kirche, die Kroaten der okzidentalischen (katholischen) Kirche geworden. Als nach Mohacs zwei Prätendenten in Kroatien auftraten: Iwan Zapolja, der als Lehensmann der Osmanen die östliche Orientierung darstellte, und Ferdinand der Habsburger, da hatte Ferdinand in Kroatien leichten Sieg, nach unserer Überzeugung wesentlich deshalb, weil er die westliche Orientierung versinnbildlichte.

Wie schicksalsschwer und entscheidend diese Linie wirkt, ist am besten daraus ersichtlich, daß niemals eine orientalische Macht dauernd über die Scheidungslinie hinaus Fuß fassen konnte. Als Byzanz unter den Komnenen den großen Vorstoß nach Nordwesten unternahm, war dies nur für wenige Jahrzehnte; sehr bald mußte es als Vertreter des Orientalismus zurückweichen. Die Weltmacht der Osmanen konnte etwas länger über diese Linie hinübergreifen, was es jedoch hauptsächlich dem Umstande verdankte, daß in Bosnien die herrschende, bodenständige Feudalklasse zum Islam übergetreten war.

Aber auch Österreich holte sich den Todeskeim, als es an die geopolitische Scheidegrenze dieser Linie, an die Drina kam, über die hinaus es nicht vorrücken konnte.

Nun haben die Serben im Jahre 1918 diese schicksalsschwere, diese so tief und entscheidend trennende Linie überschritten und ihr orientalisches Wesen weit nach Nordwesten vorgeschoben. Werden sie sich halten können? Wir halten dafür, daß alle Auspizien dagegen sprechen. Wir haben im vorigen Kapitel hervorgehoben, daß die Serben selbst einem inneren Zerbröckelungs-

prozeß anheimgefallen sind; denn jene Serben, die länger unter einer westlichen Macht gelebt haben, sind in einem unbewußten Gegensatz zu den Serben im Königreich getreten. Nicht nur, daß Osten und Westen sich nicht vertragen, sie zersetzen sogar einander. Über diese schwierige und komplizierte Erscheinung des näheren hier zu sprechen, ist uns nicht möglich. Es ist hier nur hervorzuheben, daß der tiefe Sprung zwischen Orientalismus und Okzidentalismus eine äußerst scharf trennende Wirkung zwischen Serben und Kroaten hat, die unter ihnen Abneigung und Gegensätze schafft und ein Zusammenfließen trotz so vieler gemeinsamer und einigender Momente nicht nur erschwert, sondern direkt verhindert.

Und noch ein weiteres Moment, das mit diesem gemeiniglich wenig begriffenen Gegensatz in einem inneren Zusammenhange steht und zwischen Serben und Kroaten scheidend wirkt, ist die gegenwärtige zweifellos bestehende Krise des Byzantinismus.

Was ist Byzantinismus? Im allgemeinen versteht man darunter in Europa durch maßlosen Luxus verursachte Sittenverderbnis, Strebertum und Kriecherei. Dies ist jedoch eine viel zu einseitige Auffassung, die das Problem nur durch seine Auswüchse kennzeichnen möchte. Byzantinismus ist vielmehr eine auf Grund der altgriechischen Philosophie und des Christentums im Mittelgriechentum entstandene Weltanschauung und Staatsauffassung, die sich durch eine außerordentliche Steigerung des Machtprinzips im menschlichen Leben kennzeichnet.

Die Krisis des Byzantinismus besteht darin, daß er, politisch sehr stark entwickelt, von seiner engeren Heimat, Südosten und Osten Europas, begann, Europa zu beeinflussen, aber durch diese Beeinflussung sich selbst einen schweren Krankheitskeim zuzog. Wir sehen es am besten in Rußland. Die Revolution von 1917 bedeutete im Grunde den Zusammenbruch des byzantinischen Staatssystems, der sich vollzog, um einer Mischform aus Byzantinismus, Marxismus und Leninismus Platz zu machen.

Wir können, wie gesagt, nicht tiefer in die Materie eingehen, wollen nur hervorheben, daß hier jenes von uns bereits aufgezeigte Gesetz Platz greift, daß Orient und Okzident sich nicht vertragen und gegenseitig zersetzen. Die Zersetzung Rußlands hat mit Peter dem Großen und seinen Europäisierungstendenzen begonnen und 1917 ihren ersten Abschluß erreicht.

Worin liegt der Gegensatz des Byzantinismus zum europäischen Wesen? Wir wollen ihn in ein paar groben Umrissen andeuten.

a) Byzanz kann seinem Wesen nach die europäische Humanitätsidee nicht rezipieren. Das ist nun so auffallender, als die ersten Ansätze des Humanismus zweifellos von den Flüchtlingen aus dem gefallenen Konstantinopel nach Europa gebracht wurden. Trotzdem also schon damals Ansätze zu der Idee vorhanden waren, konnte sie dort niemals zur Entwicklung gelangen.

b) Byzanz kann Ideen der französischen Revolution, die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, nicht assimilieren. Dies war der Kernpunkt der russischen Revolution.

c) Byzanz hat eine Moral- und Rechtsauffassung, welche die Europäer abstößt, weil sie sie als Unmoral und Rechtslosigkeit empfinden. Dies ist im Grunde genommen unrichtig; die Byzantiner haben nur eine andere Moral und Rechtsauffassung als die Westeuropäer. Die westeuropäische Moral ist viel unverfälschter christlich und ihre Rechtsauffassung ist römisch, während bei den Byzantinern beides griechisch relativiert und dem Machtprinzip unterworfen ist. Recht und sittlich ist dem Byzantiner, was er durch politische Macht erzwingen oder decken kann.

Diese drei Momente bewirken es, daß niemals ein byzantinischer Staat in die erste Reihe europäischer Kulturentwicklung gelangen kann; sie sind der tiefste Gehalt dessen, was wir Osteuropa, Zwischeneuropa und Balkanismus nennen.

Wir fügen hier diese kurzen Darlegungen ein, um die Tiefe des Gegensatzes zwischen Kroaten und Serben zu zeigen und um zu begründen, warum wir uns nicht der Schar derjenigen anschließen können, welche die Verhältnisse in Jugoslawien mit einem starken Optimismus betrachten, wie z. B. Hermann Wendel u. a.

Der Kernpunkt der Verhältnisse in Jugoslawien ist, daß dort serbische, besser gesagt, die großserbische Nationalidee an die kroatische gestoßen ist. Der Versuch der Serben, den Kroaten eine Kulturrichtung aufzudrängen, die ihrer Natur zuwider ist, und die sie in ihrer ganzen Geschichte zurückgewiesen haben, hat die Kroaten zu einem verstärkten Widerstande gereizt und ihren Bestrebungen eine entgegengesetzte Richtung gegeben. Obgleich es bei den Kroaten seit ihrem nationalen Wiedererwachen 1835—1848 immer Strömungen gab, die einer Vereinigung mit den nahe verwandten Serben zustrebten, die auch in der Gründung des gemeinsamen Staates im Jahre 1918 ihren Ausdruck fanden, so sind jetzt ihre ideologischen Bestrebungen durch die Realität des jugoslawischen Staates und durch die rücksichtslosen Serbisierungsversuche der Serben schwer enttäuscht worden.

Anstatt des einstigen Konfliktes der Kroaten mit der Idee des dualistischen Österreich-Ungarn, beziehungsweise mit den Magyarisierungsversuchen der Ungarn, haben wir nun einen Konflikt der Serben mit den Kroaten.

Die kroatische Frage ist wieder auf der Tagesordnung. Jene Frage, die Leouzon le Duc im Jahre 1859 in seinem Werke „La Croatie et la confédération italienne“¹ zur Debatte Europas stellte, die Seton-Watson und Südland in ihren Werken breit behandelten, ist durch die jugoslawische Staatskrise wieder als ungelöst vor dem Forum der Welt aufgerollt worden.

¹ Paris, 1859, Amyot.

Der eigentliche Inhalt dieser Staatskrise ist der Konflikt der in den oben genannten Werken gekennzeichneten kroatischen Frage mit der großserbischen Idee, die in dem französischen Historiker E. Denis und dessen Werke: „La grande Serbie“¹ nebst vielen serbischen Autoren ihren Darsteller gefunden hat. Und weil der neue Staat es bisher nicht verstanden hat, die kroatische Frage zu lösen, ist jener „*descensus averni*“ den Seton-Watson Österreich-Ungarn gerade wegen der ungelösten kroatischen Frage mit Genauigkeit vorausgesagt hat, auch von dem neuen jugoslawischen Staate betreten worden.

¹ Paris, 1915, Delagrave.

FÖDERALISIERUNG
IST DIE EINZIGE RETTUNG
JUGOSLAWIENS

Wir können, nachdem wir einmal schon Österreich-Ungarn zum Vergleich herangezogen haben, getrost auch weiterhin bei ihm als Beispiel verbleiben.

Es ist eine Binsenwahrheit, die heute jedes politische Kind des einstigen Österreich-Ungarn auswendig weiß, daß der Dualismus zu den wesentlichen Ursachen des Zusammenbruches dieses Staates gehört, und daß Österreich-Ungarn zweifellos noch heute bestünde, wenn es sich rechtzeitig auf den Weg der Föderalisierung begeben hätte. So hat es durch den Doppelzentrismus nicht nur seine Völker zur Verzweiflung getrieben, sondern der Entente und Wilson die Möglichkeit geboten, durch das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes, der Völker und namentlich durch Erhebung der Tschechoslowaken und Südslawen eine allgemeine *itio in partes*, d. h. Aufteilung des Staates, herbeizuführen.

Eine verzweifelt ähnliche Situation herrscht heute in Jugoslawien. Anstatt des Doppelzentrismus und des Doppelunitarismus in Österreich-Ungarn hat Jugoslawien den einheitlichen, von den Serben mit allen Mitteln aufrechterhaltenen Zentralismus und Unitarismus, den die Diktatur in keiner Beziehung abgeschwächt, vielmehr noch straffer angezogen hat, obgleich sie in ihren Anfängen die Schädlichkeit des administrativen Zentralismus der aufgehobenen Verfassung vom 28. Juni 1921 ausdrücklich zugeben mußte.

Aber das wesentlichste *tertium comparationis* liegt in der grundlegenden Natur Österreich-Ungarns, die mit jener Jugoslawiens fast identisch ist. Österreich-Ungarn war seinem Wesen nach ein *ultimum refugium* zusammengebrochener Staaten in Mitteleuropa, also von Staatsfragmenten, wie Böhmen, Ungarn, Polen, Kroatien, Siebenbürgen, die sich im Laufe der Geschichte an das Familienerbe der Habsburger angeschlossen hatten. Diese Staatsfragmente entsprachen in den meisten Fällen auch einer der Staatsbildung korrespondierenden Nationalität. Aber die österreichischen Erblände waren ebenfalls mehr oder minder Staatsembryonen, in der Entwicklung steckengebliebene Staaten, welche aus dieser Entwicklung ein starkes Regionalgefühl bewahrt hatten, wie z. B. Tirol, Vorarlberg, Kärnten, Steiermark usw., so daß noch heute in dem kleinen und national einheitlichen Österreich ausgesprochen separatistische Tendenzen seiner Einzelgebiete bemerkbar sind.

Da ist die Lage in Jugoslawien auffalend ähnlich. Jugoslawien hat drei Nationalitäten, Slowenen, Kroaten, Serben, hat drei Staatsideen, die serbische, die kroatische und die montenegrinische, von den erfolgreichen Autonomiebestrebungen der Slowenen ganz abgesehen, die *via facti* im Draubanat, in der „*Slovenska dežela*“ (Der slowenische Gau) durch Ausnützung politischer und geopolitischer Konjunkturmomente einen einer Föderation schon sehr nahestehenden Zustand erreicht haben.

Jugoslawien ist zu einem Refugium südslawischer Nationen und Staatsfragmente geworden, die unter den jetzigen Verhältnissen allein ihre Selbstständigkeit nicht bewahren konnten.

Keine dieser Staatsideen hat mit der sogenannten Befreiung ihre Zugkraft verloren. Die Serben wollen einen rein serbischen Staat, sogar ein Großserbien, in dem ihr Vermächtnisgedanke eines nationalen serbisch-slawischen Einheitsstaates, der den ganzen Balkan umfassen würde, realisiert werden solle. Die Kroaten wollten nur aus Österreich-Ungarn heraus, um der Magyarisierung zu entgehen, sind jedoch sachlich aus dem Regen in die Traufe gekommen und wünschen nach ihrer Enttäuschung durch die Serben mehr denn je einen selbständigen kroatischen Staat. Die Montenegriner haben ähnliche Enttäuschungen erlebt und in der Mehrheit die Sehnsucht nach ihrer Freiheit und ihrem primitiven Bergstaat auch nicht aufgegeben, während die Slowenen zähe daran arbeiten, das Erreichte in der Selbständigkeit ihrer „Slovenska dežela“ weiter auszubauen. Jugoslawien ist demnach eine verkleinerte südslawische Ausgabe von Österreich-Ungarn. Weiter existieren auch in Jugoslawien Gebiete mit stark ausgeprägtem Regionalgefühl, so Mazedonien (Südserbien), Bosnien und Herzegowina und die einstige Vojvodina: Bacska, Banat und ein Teil Syrmiens. Alle diese Regionalgefühle entsprechen einer „mneme“ einstiger Staatsbildungen, das mazedonische der einstigen mazedonisch-bulgarischen, das bosnische der einstigen bosnischen Staatsbildung, das vojvodinische der einstigen Vojvodina aus der Mitte des 19. Jahrhunderts.

Sämtliche diese differenzierenden Momente sind heute ein trennendes, ein zersetzendes Moment, das zum Grundübel des neuen jugoslawischen Staates geworden ist. Aus unserer Darlegung ist bereits ersichtlich, daß das Wesen des Übels in Jugoslawien darin liegt, daß man disparate Dinge einer gewaltsamen, ganz mechanischen Unifizierung unterworfen hat. Und diese disparaten, durch eine geschichtliche Entwicklung von Jahrhunderten, ja man könnte getrost sagen, von über einem Jahrtausend, differenzierten sozialpolitischen Entitäten empfinden die gewaltsame Unifizierung als eine Beleidigung, die sie als unerträglich zurückweisen. Dies ist der Urgrund der jugoslawischen Staatskrise. Aus der Erkenntnis dieser Tatsachen folgt der zwingende Schluß, daß es ein einziges Mittel zur Behebung der Staatskrise gibt: eine solche Staatsform, die den sozialpsychologischen Entitäten eine Möglichkeit ihres Auslebens und Auswirkens gewährt! Und dies ist, wie uns Staatslehre und Geschichte lehren, in concreto: die Föderalisierung Jugoslawiens!

Es ist unser Credo, daß die Nichtbefolgung dieses bewährten Rezeptes unvermeidlich zum selben Erfolge führen muß wie der Dualismus in Österreich-Ungarn, nämlich zum Untergang, beziehungsweise zum Zerfall des jugoslawischen Staates!

In dem Augenblicke, wo die historisch-politisch entstandenen trennenden Individuationsmomente, jedes auf seinem Gebiete, Befriedigung in einem Homerule finden, sind sie als trennende Momente ausgeschaltet, verschwinden sogar, und die Integrationsmomente, die ja zweifellos auch vorhanden sind und zur Bildung des Staates geführt haben, treten neuerdings in Wirksamkeit, er-

halten sogar die Oberhand. Denn der jetzige Zustand in Jugoslawien ist dadurch gekennzeichnet, daß man durch zu eifriges, unüberlegtes und gewaltsames Vereinheitlichen, das seinen Grund in der Natur des Vermächtnisgedankens der Serben hat, den gegenteiligen Erfolg erzielt und einen intensiven Desintegrationsvorgang geschaffen hat. Es liegt eine tiefe Tragik darin, daß man vor lauter Einigung die realen Grundlagen der Einigkeit vernichtet, wie ein Kind, das eine keimende Pflanze in kindlicher Ungeduld mit allen Mitteln zum raschen Erblühen bringen möchte und damit zuletzt den zarten Keim zerstört.

Wie soll nun solch eine Föderalisierung Jugoslawiens vorgenommen werden? Wir können da nur einige grundlegende Gedanken beisteuern, in Einzelheiten können wir uns nicht einlassen.

Als das schwerwiegendste Moment haben wir die Jugoslawien trennende Scheidungslinie zwischen Ost und West zu betrachten. Sie scheint in ihrer Wirkung noch dadurch vertieft, daß sie durch nationale und konfessionelle Abstoßungsmomente, die zwischen Serben und Kroaten herrschen, ebenso durch einen verkehrspolitischen Dualismus verstärkt wird. Dieses Moment muß bei der Föderalisierung Jugoslawiens unbedingt in Rechnung gezogen werden, und die Föderalisierung nach einem dualistischen Schema durchgeführt werden. Um so mehr, als die Serbier mit ihren orientalischen Verwaltungsmethoden selbst Serben, die einige Zeit unter westeuropäischer Verwaltung gestanden haben, verletzt und zu Staatsfeinden gemacht haben. Die Frage ist aber eo ipso gelöst, wenn man auf den Ausgangspunkt zurückgeht, von dem aus Jugoslawien entstanden ist. Welch heilsame Wirkung so ein Vorgang ausüben würde, beweist am besten die Tiefe der Befriedigung, die allenthalben die Aufhebung der Vidovdaner unitaristischen und zentralistischen Verfassung auslöste. Aus ihr und den daraus geschöpften Hoffnungen hat die Diktatur ihre Anfangserfolge eingehemt. Der größte Fehler, der die Staatskrise wieder aufleben ließ, war der Umstand, daß man im September 1931 die gleiche Vidovdan-Verfassung in verschlechterter Form aufs neue in Kraft setzte, so daß das ganze Volk, Serben, Kroaten und Slowenen, das Regime vom 6. Januar 1929 als einen Betrug empfindet.

Es müßte daher die Verfassung vom 3. September 1931 nebst den nachfolgenden Wahlgesetzen unbedingt aufgehoben und die innerpolitische Lage auf den Zustand vor dem 1. Dezember 1918 zurückgeführt, eventuell der Aufhebung der Verfassung vom 28. Juni 1921 die parlamentarische Weihe gegeben werden. Zum Behufe der Wiedereinführung eines parlamentarischen und demokratischen Regimes müßten freie Wahlen mit der Wahlparole der Föderalisierung durchgeführt werden.

Durch die Zurückführung der innerpolitischen Lage auf den Zustand vor dem 1. Dezember 1918 würden pro foro interno staatsrechtlich die Gebiete Serbiens, Montenegros und der einstigen südslawischen Provinzen Österreich-Ungarns erscheinen, wo zu jener Zeit die Volksräte in Zagreb, Ljubljana und Sarajewo provisorische Regierung bildeten und das Regiment führten.

Da hätte man alle Elemente, um mittels freier, unter der Parole der Föderalisierung geleiteter Wahlen alle jene besten Kräfte, über welche Jugoslawien zweifellos verfügt und die sich bisher weder kompromittiert noch verbraucht haben, ins Feld zu stellen und eine vernünftige Föderalisierung durchzuführen. Es mußte in einer Konstituante geschehen, die aus diesen freien, unter der Wahlparole der Föderalisierung durchgeführten Wahlen hervorgehen sollte und das Unheil zu reparieren hätte, das in der Konstituante von 1921 mit dem verfehlten Zentralismus und Unitarismus angerichtet wurde. Es müßte, wie der Kroatenführer Dr. Maček es nennt, das falschgeknöpfte Leibchen aufgemacht und von neuem richtig geknöpft werden.

Die Föderalisierung müßte nach einem dualistischen Schema durchgeführt werden, um der tiefen Trennung zwischen Ost und West in Jugoslawien Rechnung zu tragen. Das bedeutet, daß sich die Förderativgebiete Vojvodina, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Slowenien auf irgendeine Art intensiver an Zagreb anlehnen müßten, während ausgesprochen orientalische Gebiete, wie Serbien und Mazedonien, miteinander in einen engeren Verband treten sollten.

Mehr über diesen Gegenstand zu sagen, hätte gar keinen Sinn. Für eine so komplizierte politische Aufgabe, wie es die Föderalisierung Jugoslawiens darstellt, hier einen Idealenwurf ausarbeiten zu wollen, würde dem Schreiber dieser Zeilen leicht den Vorwurf politischer Naivität oder Phantasterei einbringen. — Dies möchte er sich jedenfalls ersparen. Da müßten, nach unserer Auffassung, alle jenen latenten Kräfte im Staate mitwirken, die heutige gar nicht sichtbar sind. Es wäre müßig, diesen noch unbekanntem, wenn auch jedenfalls vorhandenen, in ihren Kräfteverhältnissen jedoch unmeßbaren Kräften irgendwelche feste Bahn vorschreiben zu wollen. Es sind dies Fragen des Momentes, die sich in frischer Tat, im Zusammenwirken unübersehbarer Kräfte offenbaren müssen und von keinem menschlichen Geiste vorhergesehen oder voll gemeistert werden können.

Alle im Kompromißwege nicht zu lösenden Streitigkeiten, namentlich bei den schwierigen Abgrenzungen der einzelnen Förderativgebiete, müßten unter möglichster Berücksichtigung der historischen Grenzen, die in den meisten Fällen das geopolitische Moment für sich haben, mittels Volksabstimmung der einzelnen strittigen Bezirke gelöst werden. Wo dies nicht ginge, könnten Schiedsgerichte von Fachleuten, welche eventuell unter Ägide des Völkerbundes zusammengesetzt werden müßten, die Entscheidung bringen.

Die ganze Neuordnung wäre gewiß nicht einfach, aber ginge sie von den vorgenannten gesunden Grundprinzipien aus, so würde das Interesse des Staates und die Logik der Ereignisse sie automatisch zu einer gedeilichen Entwicklung der Dinge drängen. Das Problem ist lösbar, aber nur dann kann die Föderalisierung Jugoslawiens einen praktischen Wert haben, wenn sie allen jenen Erscheinungen und Erfahrungen, die seit der Gründung des jugosla-

wischen Staates zutage getreten sind, voll Rechnung trägt und alle krankhaften und störenden Momente dauernd beseitigt und ausschaltet.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit namentlich festlegen: erstens, daß der neue Staat S.H.S. oder wie er jetzt heißt, Königreich Jugoslawien, einen schweren Geburtsfehler mit auf die Welt gebracht hat, die Fiktion der nationalen Einheit der Serben, Kroaten und Slowenen. Eine Fiktion, die weder eine wissenschaftliche Kritik verträgt, noch den Tatsachen entspricht. Wenn die Kroaten und Slowenen die Empfindung haben, eigene Völker zu sein, so müssen die zum Überdruß wiederholten Behauptungen, daß sie dennoch mit den Serben ein Volk bilden, noch mehr aber die Gewaltmaßregeln gegen die, welche anderer Ansicht sind, die Gegensätze nur vertiefen. Und das ist zur Zeit in Jugoslawien der Fall. Anstatt es der Zeit zu überlassen, die nationale Einheit als natürliche Folge der staatlichen Gemeinschaft früher oder später, aber erst im Laufe von Jahrhunderten, entstehen zu lassen, wie eine solche zwischen Briten und Schotten von selbst erwachsen ist, hat man sich durch das gewaltsame Forcieren der Einheit eine Staatskrise eingewirtschaftet, die auf dem besten Wege ist, zur Unheilbarkeit, zur Todesursache für Jugoslawien zu werden. Daß nach dem großen Kriege, der im Zeichen des *Selbstbestimmungsrechtes der Völker* geführt wurde, das ganz natürlich und unvermeidlich ist, scheint man in Serbien leider bis heute nicht eingesehen zu haben.

Das zweite, was hier festgestellt werden soll, ist die Tatsache, daß ein Staat, der eine so exponierte und geopolitisch gefährdete Lage einnimmt, wie Jugoslawien, eine Staatskrise als Dauererscheinung nicht verträgt. Selbst alte, mächtige und konsolidierte Staaten können Dauerkrisen nicht aushalten; den besten Beweis liefern wieder Österreich-Ungarn und Rußland. Weit weniger darf sich Jugoslawien, ein neuer und noch unkonsolidierter Staat, der sich nicht nur in schwieriger und exponierter internationaler Lage befindet, sondern überdies einer brauchbaren Staatstradition entbehrt, so etwas gestatten. Die serbische *vabanque* Politik von 1836 bis 1918 können wir leider als eine brauchbare Staatspolitik nicht gelten lassen.

Aus dieser Auffassung heraus vertreten wir den Standpunkt, daß nur eine möglichst vollständige Bereinigung sämtlicher in den letzten fünfzehn Jahren in Jugoslawien aufgetauchten Fragen diesem Staate eine wirkliche Konsolidierung und Lebensfähigkeit bringen kann. Man wird zugeben müssen, daß ein Suchen nach einer vernünftigen Lösung dieses Problems kein eitles Beginnen ist; denn es handelt sich dabei um die besten Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten eines Staatsgebildes, das besteht und an dessen Lebensmöglichkeiten wir aus wichtigen Gründen, wie noch dargestellt werden soll, nicht verzweifeln möchten. Somit muß in erster Reihe *die kroatische Frage* gelöst werden, ebenso die *montenegrische Frage* und die *slowenische Frage*, drei Fragen, die das Staatswollen von getrennten Menschengruppen in Jugoslawien betreffen und die im Rahmen eines vernünftigen Homerule gelöst werden sollen. Dann folgen

die Fragen, welche den Autonomiebestrebungen einzelner Gebiete mit ausgesprochenem Regionalgefühl entgegenkommen sollen, die Frage der mazedonischen Autonomie und der vojvodinischen Autonomie.

Es soll hier jedoch sofort hervorgehoben werden, daß die bosnische Autonomie am wenigsten Berechtigung hat, denn es widersprechen ihr äußerst wichtige verkehrs- und erwerbpolitische Momente. Bosnien und Herzegowina haben im Osten und im Süden keinen Absatz, müssen vielmehr mit ihren Produkten ans Meer oder nach Mitteleuropa. Sie dürfen sich daher nicht durch politische Grenzen vom Meer oder Mitteleuropa, das heißt von Dalmatien, Kroatien und Slawonien abschließen lassen. Tun sie das gegen ihre bessere Einsicht, so werden sie es durch fortschreitende Verarmung zu büßen haben, wie dies unter der Türkei der Fall war. Zugleich soll der Gegensatz zwischen Ost und West gelöst werden durch einen politischen Dualismus, der Anklänge an den österreichisch-ungarischen Dualismus hätte und seine Begründung eben darin finden würde, daß eine Bevölkerung, die längere Zeit unter österreichisch-ungarischer, d. i. westeuropäischer Verwaltung gestanden hat, die serbische Verwaltung nicht mehr verträgt.

Daß diese letzte Forderung keine theoretische Marotte ist, beweist am besten der Umstand, daß so ein Problem nicht nur in Jugoslawien, sondern auch in dem national viel einheitlicheren Rumänien besteht. Es ist eben die tiefste Ursache des Gegensatzes zwischen den sogenannten Transsylvaniern und Regaten, welcher die innere Politik Rumäniens beherrscht und ganz identisch mit der Frage ist, warum Kroaten, Bosniaken und Vojvodiner, ohne Rücksicht auf Glauben und Nationalität, sich mit serbianischer Verwaltung nicht befreunden können. Dem tragen wir Rechnung, wenn wir die überwiegend östlich orientierten Gebiete Serbiens und Südserbiens von dem Montenegro, als eines Mitteldinges zwischen Ost und West, und den einstigen Gebieten Österreich-Ungarns als überwiegend westlich orientierten Ländern föderativ scheiden wollen. Daß einer Föderalisierung Jugoslawiens sich große, nicht leicht überwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen werden, soll ohne weiteres zugegeben werden. Dies hindert uns trotzdem nicht, an die Möglichkeit und einzige Richtigkeit einer Föderativlösung der jugoslawischen Frage zu glauben. Weil nur eine solche Lösung Jugoslawien dauernd lebensfähig machen kann und machen wird, darum glauben wir auch an deren Möglichkeit und Durchführbarkeit.

Wir wollen nun die Haupthindernisse einer föderativen Lösung der südslawischen Krise kurz betrachten. Die erste Schwierigkeit ist sozialpsychologischer Natur: sie liegt in der südslawischen ausgesprochenen Neigung zu Fiktion. Sie ist unserer Auffassung nach eine Folge des Überwiegens religiöser und konfessioneller Momente bei den Südslawen, die, wie wir feststellen mußten, sich dauernd verschärfen. Ein großer Teil des Unheils in Jugoslawien ist aus dem verhängnisvollen Hange zur Fiktivität, ebenso wie aus der Unfähigkeit, subjektiv gefärbte Wünsche von der Realität zu unterscheiden, zu erklären. Die Südslawen

haben leider ihren Masaryk noch nicht gefunden, der mit schonungslosem Realismus und Wahrheitsliebe allen Phantomen der lebhaften südslawischen Subjektivität zuleibe gerückt wäre, wie es einstens der tschechische Sozialphilosoph mit den verschiedenen tschechischen Fiktionen und Fälschungen — Königshofer und Gründberger Handschriften — getan hat.

So ist leider die ganze Staatsbildung Jugoslawiens auf eine fiktive Basis gestellt, wobei niemand zu verstehen scheint, daß Fiktionen zu allem eher taugen, als zu dauernden Grundlagen von Staatsgründungen. Hier arbeiteten sich die Südslawen gegenseitig in die Hände. Die Kroaten begannen mit ihrer Zweckfiktion einer kroatisch-serbischen Nationaleinheit, die ihrer Befreiung von Österreich-Ungarn dienen sollte; dann kam der Slowene Korošec mit seiner Auffrischung der jugoslawischen Fiktion in der sogenannten jugoslawischen Deklaration vom 30. Mai 1917, die dann 1918—1921 vom gesunden Wirklichkeitssinn der Serben abgelehnt wurde; sie schufen richtig ein Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen. Aber im Staatsakt vom 6. Januar 1929 lebte die jugoslawische Fiktion wieder auf und wurde nun von den Serben als Deckmantel ihrer Serbisierungstendenzen benützt. Aber dadurch wurde der Jugoslawismus auf den Weg einer schnellen Abnützung geschoben, und jetzt leidet der neue Kurs unter einem jähen Versagen seiner ideellen Grundlagen. Werden da die Südslawen verstehen, daß es für einen Staat nur ein Mittel gibt: die Realität als solche zu sehen und anzuerkennen und die Staatsentwicklung auf reelle Grundlagen zu stellen? Die realen Grundlagen kann aber nur eine Föderalisierung schaffen, die sämtlichen in den Staatsgebieten historisch entstandenen politischen und sozialpsychologischen Realitäten nach Möglichkeit Rechnung trägt.

Für unsere Auffassung haben wir ein schwerwiegendes Moment ins Gefecht zu führen: Jugoslawien kann nur dann eine gedeihliche Zukunft haben, wenn es sich der Realität vollkommen anpaßt. Jugoslawien ist ein ganz geeigneter politischer Gesamtname, der die staatliche Einheit zum Ausdruck bringen soll, aber keine geeignete nationale Bezeichnung, die einer nationalen Einheit im wissenschaftlichen und politischen Sinne entsprechen würde. Man sollte endlich die Binsenwahrheit begreifen, daß der südslawische Staat die Resultate einer tausendjährigen Entwicklung anerkennen und respektieren und sich dementsprechend politisch organisieren oder aber einer unabwendbaren Auflösung entgegengehen muß.

Außer den allgemeinen Schwierigkeiten liegen besonder in der Mentalität einzelner Gruppen. In erster Reihe die Serben, die heute die Macht im Staate tatsächlich haben und ausüben. In der Tatsache, daß noch niemals der Inhaber der Macht sie freiwillig aus der Hand gegeben hat, liegt eine große Gefahr; sie ist um so größer, und die Serben werden es um so weniger tun, als ein ausgeprägter Machthunger zu den hervorstechendsten Zügen dieses Volkes zählt. Allein auch diese Schwierigkeit ist nicht unüberwindlich. Der starke politische Sinn der Serben hat die Klarsehendsten unter ihnen verstehen gelehrt, daß der

Sieg der Entente im Weltkriege kein Rechtstitel ist, um sämtliche Nichtserben in Jugoslawien gewaltsam zu serbisieren. Es machen sich schon sichtbare Zeichen einer Ernüchterung der Serben bemerkbar; im Frühjahr 1932 erschien in Serbien eine Broschüre, offenbar aus den Kreisen der serbischen Bauernpartei, unter dem Titel „Was kostet uns der Streit mit den Kroaten“, wo auf die Unhaltbarkeit der jetzigen Politik und auf die Notwendigkeit einer serbisch-kroatischen Verständigung, selbst um den Preis einer Föderalisierung, hingewiesen wird. Die Broschüre wurde von der Regierung unterdrückt. Anfangs Juli 1932 wurde in Zagreb eine Versammlung der Vertrauensmänner der selbständigen Demokraten abgehalten, die unter Führung von Svetozar Pribićević, eines seinerzeit großserbisch orientierten Politikers, steht. Auf ihr wurde die Föderalisierung des Staates als offizieller Programmpunkt beschlossen.

Nach diesen Zeichen zu urteilen, ist eine Föderalisierung selbst bei den Serben nicht ohne Anhänger, zumal die rapide Verschlechterung der politischen Lage in Jugoslawien alle vernünftigen Serben belehren muß, daß für sie sämtliche Früchte des Weltkrieges in Frage stehen, wenn der jetzige Staat zusammenbricht. Stojan Protić hat kurz vor seinem Tode dies den Serben schon deutlich vorausgesagt. So wird der Widerstand der Radikalen, die unnachgiebig am großserbischen Ideale festhalten, auch zu überwinden sein.

Nicht geringe Schwierigkeiten werden auch bei den Kroaten vorhanden sein. Die Enttäuschung, die sie erlebt haben, wirkte so tief, daß die in den Jahren 1922—1926 bestehende Föderalistenpartei restlos aufgerieben und von den radikalen Tendenzen, die die volle staatliche Selbständigkeit Kroatiens verlangen, aufgesogen wurde. Heute gibt es unter den Kroaten keine Föderalistenpartei mehr, was übrigens gar kein Wunder ist. Sie lehnten sich einstens gegen Österreich auf, weil es auf Teilung ihrer Gebiete bestand; im neuen Staate aber haben sie eine entschiedene Verschlechterung ihrer Lage erfahren. Die Vereinbarungen, die sie mit den Serben schlossen, wurden sofort über den Haufen geworfen, so z. B. der Pakt von Korfu vom 20. Juli 1917, den namentlich die Diktatur grob verletzte. Die Kroaten wenden ein, daß die Ungarn die mit ihnen abgeschlossenen Pakte jahrhundertlang, bis 1723, treu eingehalten haben, während die brüderlichen Serben ihre Abmachungen verleugneten, noch ehe die Tinte der Unterschriften getrocknet war. Die Tendenz, durch politische Morde alle Repräsentanten des kroatischen Widerstandes hinwegzuräumen, straft die unermüdlichen serbischen Versicherungen von der Gleichberechtigung der Kroaten Lügen. Als Ende Juni aus Ersparungsrücksichten 470 Mittelschullehrer abgebaut wurden, waren darunter 360 Kroaten, 90 Serben und 20 Slowenen, die brotlos gemacht wurden. Ist es da ein Wunder, daß die Kroaten die serbische Herrschaft als einen Vernichtungskrieg gegen ihr nationales Wesen und eine Befreiung von diesem System als ihre einzige Rettung ansehen? Ist es ein Wunder, daß die Kroaten zu den radikalsten Stellungnahmen gedrängt

werden, wenn die Diktatur den Druck derart steigert, daß sie sich über die ihnen angetane Unbill nicht einmal beklagen dürfen?

Aber in dem Momente, in dem die Kroaten allen Ernstes sähen, daß sie in einem südslawischen Staate ein autonomes Föderativgebilde bekämen, in welchem sie besser gestellt wären als im einstigen Österreich-Ungarn nach dem kroatisch-ungarischen Ausgleiche, daß sie nicht mehr betrogen und vorn und hinten verkürzt würden, so würden sie gerne eine Lösung akzeptieren, die sie nicht jenen Gefahren aussetzt, die eine Aufteilung des südslawischen Staates mit sich bringen müßte.

In sämtlichen übrigen Gebieten, in Slowenien, in Montenegro, in Mazedonien, in Bosnien werden in dem Augenblicke, wo der jetzige Druck der Diktatur aufhört, sofort föderalistische Bewegungen in Fluß geraten, um so mehr als die Bewegung einen mächtigen Verbündeten haben wird: den gesunden Selbsterhaltungstrieb des jetzigen Staates.

Wir müssen unsere Ausführungen schließen mit der Feststellung, daß das, was wir die Schicksalsstunde Jugoslawiens nannten, ein Zustand ist, der nur durch gründliche Neuordnung im Sinne einer vernünftigen und ehrlichen Föderalisierung geheilt werden kann. Verpaßt man, das zu tun, dann ist es mit dem Staate Jugoslawien vorbei.

Noch eine Zeit lange ist die Frage mit politischen Mitteln zu heilen. Läßt man auch sie ungenützt verstreichen, wird unvermeidlich aus der politischen Bewegung eine soziale werden. Dann wird kaum mehr etwas zu machen sein: gegen soziale Bewegungen kommt man mit politischen Konzessionen nicht auf. Es wird dann nur die Frage offen bleiben, wer der Nutznießer des zerfallenden Staates sein wird. Die Nutznießer können ohnedies nur die beiden Extreme sein, zwischen denen das heutige Europa eingespannt erscheint: der Sowjetismus oder der Faschismus. Daß die Möglichkeiten für beide gegeben sind, wird jeder, der nur einigermaßen in die Verhältnisse eingeweiht ist, ohne weiteres zugeben müssen.

JUGOSLAWIEN
IST EINE EUROPÄISCHE FRAGE

Wir haben die vorliegende Schrift aus dem Empfinden, genauer gesagt, aus der Überzeugung geschrieben, daß die Länder, die heute das Königreich Jugoslawien bilden, von besonderer Wichtigkeit für das gesamte Europa sind.

Die Begründung unserer Überzeugung ist ziemlich einfach. Die Gebiete, aus welchen der Anlaß zum großen Weltkriege entstanden ist, sind aus diesem Grunde allein schon von überragender Wichtigkeit, nicht nur für Europa, sondern für die ganze Welt.

Europa sollte unserer Überzeugung nach nicht in den Fehler Österreich-Ungarns verfallen, das die südslawischen Probleme zu allen Zeiten mit einer gewissen Geringschätzung behandelte. Denn die daraus resultierende geradezu stupende Unkenntnis sowie das gründliche Mißverstehen sämtlicher einschlägiger Fragen ist am Ende zur Ursache des Unterganges dieses Staates geworden. Begeht Europa den gleichen Fehler, dann müßte es ebenso schwer büßen, wie einst Österreich-Ungarn; Jugoslawien könnte leicht wieder zur Quelle schwerster Kalamitäten für die europäische Politik werden. Wir glauben, daß der Eintritt einer der zwei am Ende des letzten Kapitels erwähnten Möglichkeiten wohl als eine solche Kalamität anzusehen wäre.

In Anbetracht der Bedeutung Jugoslawiens, welche namentlich die englischen Politiker genau erkannt haben, weshalb England auch stets über eine ganze Reihe von erstklassigen südslawischen Fachleuten verfügt (Seton-Watson, Wickham Steed, Brüder Buxton u. a.), dürfen wir uns mit der vorangehenden kurzen Begründung der Wichtigkeit Jugoslawiens nicht begnügen. Wir wollen vielmehr tiefer schürfen und möchten nach den letzten Ursachen forschen, warum die jugoslawischen Gebiete eine so tiefgehende Bedeutung für das übrige Europa besitzen.

Nach unserer Überzeugung liegen die letzten Ursachen dieser Erscheinung eben wieder in der geopolitischen Natur und der darin verankerten verkehrspolitischen Bedeutung Jugoslawiens.

Wenn wir die Sache von diesem Gesichtspunkte aus betrachten, so hat durch die Eröffnung des Suezkanals 1869 das mittelländische Meer an und für sich, namentlich aber sein östliches Becken eine überragende Bedeutung für den europäischen Verkehr erhalten. Während nach der Entdeckung Amerikas (1492) und des Seeweges um das Kap der Guten Hoffnung (Bartholomeo Diaz 1487) die Bedeutung des mittelländischen Meeres im Sinken begriffen war, hat es durch Eröffnung des Suezkanals eine neuerliche und dauernde Bedeutung gewonnen. Der Seeweg, der billigste Weg nach dem nahen Osten, nach Arabien, Ostafrika, Persien, Britisch-Indien, Hinterindien, Japan, China und dem russischen Ostasien führt eben durch das Mittelmeer hindurch. An der erhöhten Bedeutung des mittelländischen Meeres nimmt die Adria einen besonderes hervorragenden Anteil. Sie ist der am tiefsten in den europäischen Kontinent vordringende Meerärmel, der sich dem Herzen von Mitteleuropa am meisten

nähert, der daher für Deutschland, die Schweiz, das Österreich von heute, Ungarn, Tschechoslowakei und Polen den besten Verbindungsweg für den gesamten Verkehr nach dem nahen und fernen Osten darstellt.

Es ist ferner nicht zu übersehen, daß Europas Weg an das Mittelmeer bloß über Frankreich, Italien oder Jugoslawien führt. Einen anderen Weg gibt es nicht, denn Rumänien und Bulgarien kommen hierfür nicht in Betracht, da sie viel zu östlich liegen und die Doppelbarriere der Karpathen und des Balkans ein schier unüberwindliches Hindernis bildet.

In ihrer Lage am Mittelmeer ist die Bedeutung Frankreichs und Italiens verankert; in ihr ist auch der letzte Grund ihrer Rivalität gegeben. Das Italien von heute ist sichtlich bestrebt, seine bessere, sozusagen beherrschende Lage am Mittelmeer auszunützen und Frankreich seine nordafrikanischen Kolonien streitig zu machen. Die erhöhte Bedeutung der Adria seit 1869 ist auch zum Ausgangspunkte der italienischen mare-nostro-Politik geworden.

Die Lage für Europa, namentlich aber für Mitteleuropa ist folgende: um an das in seiner Bedeutung erhöhte Mittelmeer zu gelangen und am Weltverkehr mit dem nahen und fernen Osten teilnehmen zu können, muß der mitteleuropäische Verkehr Frankreich, Italien oder Jugoslawien durchqueren.

Die Bedeutung Jugoslawiens ist darin gegeben, daß es das natürliche Durchgangsgebiet für den mitteleuropäischen Verkehr nach der Adria und dem Mittelmeere darstellt. Die Ostküste der Adria ist die verkehrspolitische Lunge des gesamten Zentraleuropa. Es hat daher das lebhafteste Interesse an dem Staate, der Eigner des so wichtigen Küstengebietes ist.

Diese in Europa vielleicht in breiten Kreisen noch nicht genügend erkannte Tatsache ist eigentlich zu einer der Ursachen von Österreich-Ungarns Untergang geworden. Als 1867 der österreichische Einheitsstaat in zwei Staaten, Österreich und Ungarn, zerfiel, bekam jeder von ihnen einen Teil dieser Küste, Ungarn das kroatische Küstenland, während Österreich Dalmatien behielt. Am zähen Festhalten jedes der beiden Staaten an dem ihm zugefallenen wertvollen Küstenreiche zerschellten die kroatischen Vereinigungsbestrebung, welche die in der Türkenzeit entstandene Trennung in verschiedene Gebiete: Kroatien — Slawonien, Dalmatien und Bosnien-Herzegowina, überwinden wollten. Im Zusammengehen mit den Serben fanden dann die Kroaten das Mittel, um der immer mehr sich vertiefenden Trennung und endgültigen Aufteilung ihrer Gebiete zu entgehen.

Jugoslawien ist in seiner Gänze ein Durchgangsgebiet für den mitteleuropäischen Verkehr nach der Adria bzw. dem Mittelmeer und dem Suezkanal. Wenn wir das heutige Jugoslawien genauer auf seine verkehrspolitische Struktur hin untersuchen, so werden wir unschwer darin noch eine weitere Differenzierung bemerken.

Jugoslawien umschließt auf seinem Territorium eigentlich zwei differenzierte verkehrspolitische Züge. Den Zug Mitteleuropas an die Adria, vertreten durch

die drei Bahnen: Zagreb—Sušak—Fiume, Zagreb—Ogulin—Split und Brod—Sarajewo—Mostar—Gruž (Ragusa) bzw. Bokka—Kotorska. Zweitens aber den Zug Mitteleuropas und namentlich des Donaubeckens an das Ägäische Meer, verkörpert in der Bahn Budapest—Belgrad—Sofia—Saloniki. Diese Züge könnten durch die Verbesserung der betreffenden Bahnlinien noch wesentlich ausgebaut und verstärkt werden.

So ist in diesen zwei bestimmten und differenzierten verkehrspolitischen Zügen auch der innere Dualismus Jugoslawiens gegeben, bzw. verstärkt, da das Land zwei ganz verschiedene verkehrspolitische Tendenzen verkörpert, eine an die *Adria*, die andere an die *Ägäis*. An der Spitze des ersten Zuges liegt Zagreb, an der Spitze des zweiten Belgrad. Diese natürliche geopolitische und verkehrspolitisch gegebene Zweiteilung verstärkt wesentlich den inneren kulturpolitischen Dualismus Jugoslawiens, gegeben in den Schlagworten Ost und West, und zwar um so mehr, als die *Drina*, ebenso wie sie zur Römerzeit die historische Grenze zwischen den *partes orientis* und *occidentis* bildete, auch noch heute die natürliche Grenze zwischen den beiden verkehrspolitischen Zügen und den zwei differenzierten Kulturwelten bildet. Auch aus diesen zwei Gründen ist der in Jugoslawien gepflegte starre administrative Unitarismus verkehrt und muß für alle Teilnehmer schädlich wirken.

Die natürliche Grenze und Teilung haben u. a. die bosnischen Serben übersehen, die für Belgrad optieren und nun ihre östliche Orientierung, welche verkehrspolitisch ganz falsch ist, mit einer jähen und fortschreitenden Verarmung bezahlen müssen.

Man muß sich daher bei jeglichem politischen Denken in europäischen Fragen immer wieder vor Augen halten, daß der natürliche Verkehrsweg von ganz Mitteleuropa zur Weltverkehrslinie durch den Suezkanal über Jugoslawien führen muß. Allerdings ist der nächste Hafen für das westliche Mitteleuropa Triest, allein er leidet in seiner Bedeutung an der Barriere der Ostalpen, die den Raum zwischen der Donau und Triest ausfüllen und den Zugang zur *Adria* erschweren und verteuern. Österreich konnte durch den sorgfältigen Ausbau der Verbindungsbahnen mit Wien und die reiche Ausgestaltung des Triester Hafens diesen natürlichen Nachteil zum großen Teile ausgleichen. Heute aber, da Triest in italienischen Besitz übergegangen ist und durch die natürlichen Tendenzen Italiens noch weiter lahmgelegt erscheint, ist es als Hafen für den mitteleuropäischen Verkehr fast gegenstandslos geworden. Ein Beweis dafür ist auch das Schicksal Fiumes, das Italien in Verfolgung seines Zieles, die ganze *Adria* in seine Macht zu bekommen, besetzt hat, das aber dadurch seine einstige Bedeutung für den mitteleuropäischen Verkehr ganz verloren hat. Dagegen aber hat die jugoslawische *Adriaküste* eine überragende Bedeutung erhalten, die in der steigenden Wichtigkeit Sušaks und Splits ihren vollen Ausdruck findet.

Aus verkehrspolitischen Gründen allein muß Europa und namentlich Mitteleuropa sehr genau auf Jugoslawien achten und alles unternehmen, auf daß der

natürliche Weg zur Weltverkehrslinie Suez—Vorderasien—Ostafrika—Ostasien ihm offen bleibt.

Damit im Zusammenhange stehen die Tendenzen des faschistischen Italiens, die für jeden aufmerksamen Beobachter klar zutage treten. Mussolini ist offenbar fest entschlossen, die natürliche günstige Lage Italiens am Mittelmeere auszunützen und sich durch sie zum Beherrscher der Weltverkehrslinie über den Suezkanal zu machen. Es ist der letzte Grund zu Italiens Politik in bezug auf Korsika, Nordafrika, Malta, Dodekanesos und die Adria bzw. Albanien. Aus den Tendenzen der mare-nostro-Politik hat Italien Fiume, Zara, die istranischen Inseln und Lastovo (Lagosta), die durchaus slawisch sind, besetzt und in den zwei vorgenannten Hafenstädten ganz unhaltbare Stellung eingenommen. Die durch die ganz verkehrte österreichisch-ungarische Politik von 1848—1914 oberflächlich italianisierte Bevölkerung Fiumes und Zara, die ihre Abneigung gegen den serbischen Orientalismus in einer Flucht zu Italien zum Ausdruck brachte, büßt nun teuer ihr unvernünftiges Verhalten durch den langsamen und unaufhaltsamen wirtschaftlichen Tod ihrer Städte. Italien jedoch bezog bewußt die zwei verlorenen Posten, um durch die Unhaltbarkeit der gegebenen Situation seinen Anspruch nach weiterem jugoslawischen Gebiet begründen zu können. Die allgemein bekannten Revindikationsbestrebung Italiens auf die jugoslawische Adriaküste, die durch eine ganze Reihe von nationalistischen und intensiv imperialistischen Gesellschaften wachgehalten und die vom faschistischen Regime mit allen Mitteln unterstützt werden, haben eben den Sinn, durch den Besitz dieser Küste Italien zu einem Arbitrer des gesamten mitteleuropäischen Verkehrs werden zu lassen. Durch ihn bekäme Italien nicht nur ein unvergleichliches Machtmittel in die Hand, sondern müßte auch zu einer Vormacht in Europa werden, denn es besäße die Möglichkeit, jederzeit den mitteleuropäischen Verkehr zu drosseln und zu beherrschen.

Es ist auch einleuchtend, daß Italien ein natürliches Interesse hat, den mitteleuropäischen Verkehr in seine eigenen Häfen Venedig und Genua zu leiten, schon um der dichten Bevölkerung Oberitaliens Verdienst und Lebensmöglichkeiten zu eröffnen. Es ist daher klar, daß die Politik Italiens, wenn es die Ostküste der Adria in die Hand bekäme, nur die Fortsetzung der einstigen Kolonial- und Raubpolitik der venezianischen Signoria werden müßte. Dies bedeutet naturnotwendig das Bestreben, den gesamten Handels- und Fremdenverkehr nach dem italienischen Mutterlande abzuleiten und die Ostküste der Adria stillzulegen, wie es einstens auch Venedig tat.

In diesem Tatbestande, der ganz natürlich ist und gar keinen Vorwurf gegen Italien enthalten soll, liegen auch die Richtlinien für die Orientierung des übrigen Europa.

Wir möchten unseren Standpunkt in der Beurteilung dieser Frage folgendermaßen formulieren: die drei Großmächte Europas, England, Frankreich und

Deutschland, haben ein gemeinsames Interesse, Italien nicht an der Ostküste der Adria sich ausbreiten zu lassen.

Ferner: die Interessen dieser drei Großmächte sind identisch mit den Interessen der mitteleuropäischen Staaten Schweiz, Österreich, Tschechoslowakei, Ungarn und Polen, die ihren südöstlichen Weltverkehr nicht durch Italien kontrollieren und beherrschen lassen können.

Aus dem gesamteuropäischen Interesse an der Ostküste der Adria heraus ist die Wichtigkeit Jugoslawiens begründet. Wir sind daher der Ansicht, daß Jugoslawien als ein Mittelstaat in seiner heutigen Form erhalten werden muß, denn ein Staat in verkleinerter Form hätte kaum die Eigenkraft, dem italienischen Drucke zu widerstehen.

Von diesem Gesichtspunkte aus muß die Beurteilung sämtlicher Fragen in Jugoslawien erfolgen. In erster Reihe die Beurteilung der großserbischen Politik Belgrads, die den Bestand Jugoslawiens dauernd bedrohen und den Staat von innen her zerrütten muß! Dabei ist nicht zu übersehen, daß es nicht erstmal in der Geschichte wäre, daß der großserbische Gedanke zu einer Katastrophe geführt hat. Wir haben schon ausgeführt, daß der großserbische Gedanke am Osterlandtag zu Skoplje im Jahre 1346 seine Geburt gefeiert hat, als sich Dušan der Mächtige mit den drei balkanischen Kaiserkrone, der byzantinischen, der serbischen und der bulgarischen, krönte. Aber schon 43 Jahre später, im Jahre 1389, folgte Kossowo und die nationale Katastrophe. Wir sind daher der Ansicht, daß die Neuauflage des großserbischen Gedankens, den die Serben auf den Erfolg des Weltkrieges aufzubauen versuchen, auch nicht von längerer Dauer sein kann. Um so weniger, als seit der Katastrophe Rußlands (1917) unserer Auffassung nach die kulturpolitische Grundidee des Großserbentums, nämlich der Byzantinismus, in einem inneren Zerfalle sich befindet. Wir sind auch der Ansicht, daß die Türken 1389 eine bei weitem nebensächlichere Rolle gespielt haben, als gemeiniglich angenommen wird. Sie waren weniger Überwinder als kluge Nutznießer eines sichtbaren inneren Verfalls.

Diese Auffassung ist die Grundlage der vorliegende Schrift. Die Nutznießer des eventuellen inneren Zerfalles Jugoslawiens sind heute schon deutlich sichtbar; wir haben sie im Laufe unserer Schrift, namentlich aber am Ende des vorigen Kapitels, ausdrücklich genannt.

Da Europa keiner der beiden möglichen Nutznießer der ungünstigen Entwicklung Jugoslawiens zusagen kann, so zeichnet sich die Aufgabe Europas Jugoslawien gegenüber klar ab.

Es ist, wie gesagt, nicht Aufgabe des Verfassers, sich hier in politische Einzelvorschläge einzulassen. Er kann nur nochmals seiner Überzeugung Ausdruck geben, daß die einzige Rettung Jugoslawiens eine vernünftige Föderalisierung ist. Daraus folgt nach Auffassung des Schreibers dieser Zeilen die Aufgabe Europas, die Rolle einer energischen Hebamme zu spielen, welche die schwere und gefährliche Geburt der föderativen Neuordnung in Jugoslawien mit allen

verfügbaren Mitteln in Fluß zu bringen, zu beschleunigen und zu erleichtern trachten muß.

Mehr kann über diesen Gegenstand hier nicht gesagt werden. Die praktische Durchführung ist eine Frage der praktischen Politik und der Diplomatie, über die sich die maßgebenden Faktoren der einzelnen in Betracht kommenden Staaten klar und schlüssig werden müssen.

Wir müssen aber am Schlusse noch einem Einwurfe begegnen, der ziemlich naheliegend ist. Warum soll ein Staatsgebilde erhalten werden, das an so vielen inneren angeborenen Gebrechen leidet, die hier ohne jede Schönfärberei dargelegt wurden, wie die serbischen Amputationstendenzen, die kroatischen Unabhängigkeitsbestrebungen und andere?

Warum sollte man nicht das tiefe Unabhängigkeitsbestreben der Kroaten und Montenegriner befriedigen können und vielleicht gleich die auf Seite 159* erwähnte Dreiteilung benützen, um einen kroatischen und montenegrinischen Staat zu gründen? Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Kroaten zumindest ebensoviel Recht auf Selbstbestimmung haben, wie die Littauer, Letten, Esthen und Finnländer.

Nur ist da ein wesentlicher Unterschied. Was an den Gestaden der friedlichen Ostsee leicht möglich ist, sieht an den sonnigen, boragepeitschten Gestanden der Adria ganz anderes aus. In diesen Gegenden, wo einstens der römische Limes sich nicht halten konnte, kann auch ein Staat viel schwerer bestehen als an den Rändern von Rußland, wo heute zugleich ganz Europa Wache steht.

Die Möglichkeit eines selbständigen Kroatien kann nicht verneint werden. Soviel staatspolitische Einsicht, wie die Littauer und Finnländer haben, ist auch dem 1300 Jahre alten kroatischen Volke zuzutrauen. Allein darauf kommt es gar nicht an, ebensoweing darauf, ob im gegenwärtigen Momente, wo die Welte an einem Zuviel von Zollgrenzen leidet, es Europa zusagen kann, einige Tausend Kilometer neuer Zollgrenzen zu errichten. In erster Linie kommt es darauf an, ob ein neuer selbständiger Staat: Kroatien, Slawonien, Murinsel, Dalmatien samt Bosnien und Herzegowina bestehen könnte, und alle Bedingungen zu seinem Bestande gegeben wären. Strikt verneinen könnte man es nicht. Allein unserer Überzeugung nach hätte dieser zwischen den feindselig gesinnten Staaten Serbien, Ungarn und Italien eingeklemmte Staat nur dann einen unbedingt gesicherten Bestand, wenn er neutralisiert werden könnte und, wenn England, Frankreich und Deutschland seine Neutralität garantieren wollten. Aber würden diese Staaten das auch tun? Bei England wäre es noch am wahrscheinlichsten; denn die Aufgabe fiele unter den Gesichtspunkt Seepolizei im Mittelmeere und in der Adria, die ja England zum Heile ganz Europas ohnedies ausübt.

Uns will es scheinen, daß die innerpolitische Ordnung Jugoslawiens, so große Schwierigkeiten sie auch bieten mag, noch immer die einfachste und

* Siehe in diesem Text S. 78.

sicherste Lösung der jugoslawischen Frage darstellt, die ebenso den Interessen Europas als jenen der verschiedenen Elemente Jugoslawiens selbst am besten dient; darum geben wir dieser Lösung in der vorliegenden Schrift den Vorzug.

Dies um so mehr, als wir allen Krisenerscheinung von heute in Jugoslawien keine übertriebene Bedeutung beimessen. Wir leben in einer äußerst kritischen Zeit, die dadurch gekennzeichnet ist, daß durch die planetare Erschütterung des Weltkrieges mehr Fragen in Fluß geraten sind, als der begrenzte Intellekt des Menschengeschlechtes auf einmal lösen kann. Wenn demzufolge bei einem ganz neuen Staate, der in dieser Form in der Geschichte noch niemals bestanden hat, daher unkonsolidiert und ohne Staatstradition ist (oder, wie in concreto, eine ungeeignete Tradition besitzt), eine Mehrheit von kritischen Fragen auftritt, so kann uns dies weder wundern noch beirren.

Es ist der Zweck unserer Schrift, über die wichtigsten dieser Fragen etwas Licht zu verbreiten und dadurch zu ihrer Lösung beizutragen. Sie sind nach Ansicht des Schreibers dieser Zeilen nicht nur lösbar, sondern sie sollen und müssen gelöst werden.

Die Trennungslinie zwischen Ost und West an der Drina, die großserbische Idee, diese slawischbyzantinische Ausgabe des römischen Imperialgedankens, die Zwangslage der Kroaten bei ihrer Zähigkeit, dies alles sind Fragen, die einmal bestehen und irgendeine Lösung begehren.

Es handelt sich nach Auffassung des Verfassers nur um die Frage: ist es besser, daß alle diese Probleme, die ebenso die Tragik Europas wie der in Betracht kommenden Völker der Serben, Kroaten und Slowenen ausmachen, innerpolitisch oder außenpolitisch gelöst werden sollen? Daß die Tragik nicht gering ist, beweist am besten der hauptsächlich an den Fragen der Südostecke Europas entbrannte Weltkrieg. Die Größe dieser Tragik gibt dem Autor die Überzeugung, daß es ebenso für Europa wie für die in Betracht kommenden Völker besser ist, daß alle Fragen im Wege der *inneren* Politik gelöst werden. Die innerpolitische Lösung erzwingt nach Auffassung des Autors eine aus den Verhältnissen erwachsende, daher sukzessive und evolutive Regelung, die mit viel weniger Erschütterungen und Unheil für die Welt und die Beteiligten vor sich gehen kann, als dies im außenpolitischen Wege möglich wäre. Hätte Österreich-Ungarn es verstanden, die südslawische Frage im innerpolitischen Wege zu lösen, so wäre der Menschheit der Weltkrieg zu jenem Zeitpunkt, in dieser Form und mit diesen Folgen menschlichem Ermessen nach erspart geblieben; Österreich-Ungarn und Rußland hätten sich das Leben noch auf Jahrzehnte verlängern können, Österreich vielleicht noch auf Jahrhunderte. Weil man sie aber im Wege der Außenpolitik lösen wollte, ist es zu der furchtbaren Erschütterung des Weltkrieges gekommen. Die innerpolitischen Lösungen sind immer einfacher und leichter. Sie gehen naturgemäß im Wege einer Evolution vor sich, die durch die Verhältnisse und den Selbsterhaltungstrieb der betreffenden politischen und sozialen Faktoren wie der mitwirkenden Gleichgewichtsbestre-

bungen beherrscht werden, sind daher unserer Auffassung nach den mit heftigen Erschütterungen verbundenen, außenpolitischen Lösungen entschieden vorzuziehen.

Wir vertreten die Ansicht, daß, wie es die Aufgabe des Einzelmenschen ist, sein Schicksal mannhaft und mit Würde zu tragen, es auch Aufgabe sämtlicher in der südöstlichen Ecke Europas situierten politischen Faktoren ist, die Tragik, welche ihren Gebieten die Merkzeichen aufdrückt, mit Würde und Ergebenheit hinzunehmen.

Wir wiederholen noch einmal die Ansicht, daß es für sämtliche unmittelbaren Interessenten wie für Gesamteuropa besser ist, alle schweren Fragen, die in dem südslawischen Problem enthalten sind, auf innerpolitischem Wege zu lösen, da uns hierdurch Erschütterungen und unvermeidliche Kriege erspart bleiben.

Wir wollten ferner durch unsere Schrift festlegen, *daß die innerpolitische Lösung nur auf dem Wege einer gründlichen Föderalisierung Jugoslawiens erzielt werden kann*. Zugleich soll jedoch hervorgehoben werden, daß dies nur dann möglich ist, wenn mit allen Maßnahmen nicht mehr zu lange gezögert wird. Wird zuviel kostbare Zeit vergeudet, dann wird das Unheil nicht mehr im Wege von innerpolitischen Maßnahmen zu reparieren sein, sondern es wird daraus eine soziale Bewegung, die nur mit größeren Gewaltmitteln, auch außenpolitischer Art, zu bekämpfen sein wird.

Um solch einer drohenden Eventualität und allen damit in Verbindung stehenden Gefahren für Europa und die ganze Welt vorzubeugen, sind diese Zeilen geschrieben worden. Wir glauben, durch unsere Ausführungen auch die Berechtigung dieser Schrift vollauf begründet zu haben.

NAMEN- UND SACHREGISTER

NAMENREGISTER

A

- Alaupović, [Tugomir], kroat. Minister. — S. 21, 52
Arkadius, röm. Kaiser. — S. 68
Artuković, Dr. [Andrija], kroat. Aufstandsführer. — S. 30

B

- Barle Janez, slowen. Abgeordneter. — S. 29
Basariček, Dr. Gjuro, kroat. Abgeordneter. — S. 23
Bauer, Dr. [Antun], Erzbischof von Zagreb. — S. 32
Branimir, kroat. Fürst. — S. 68
Budak, Dr. Mile, kroat. Nationalist. — S. 29
Buxton, Gebrüder [Leland u. Noel Edward], engl. Publizisten. — S. 87

C

- [Cuvaj, (Slavko). — S. 13]

D

- Denis, E.[mest], franz. Historiker. — S. 71
[Diaz, Bartholomeo. — S. 87]
Drinković, Dr. [Mate], kroat. Minister. — S. 21
Drljević, Dr. Sekula, montenegr. Dissident. — S. 23, 57
Dušan der Mächtige, serb. Zar aus der Dynastie der Nemanjiden (1336—1356). — S. 66, 91

F

- Ferdinand I. von Habsburg, röm. Kaiser und kroat. König (1503—1564). — S. 63, 68
Frangješ, Dr. [Oto], kroat. Minister. — S. 21
Franz Joseph I., Kaiser von Österreich, König von Ungarn. — S. 27
[Franz Ferdinand, österr.-ungar. Thronfolger — S. 12, 13]

H

- [Habsburger, österr.-ungar.-kroat. Dynastie. — S. 22, 27, 64, 75]
Hadžić, [Stevan], serb. Minister. — S. 21
Honorius, röm. Kaiser. — S. 68

J

- Jevtić, Bogoljub, serb. Minister. — S. 31
Jovanović, Dragomir, Univ.-Prof., serb. Bauernpartei. — S. 32

K

- [Karageorgiewić (Karagjorgjević), serb. Dynastie. — S. 13]
Karagjorgjević Alexander [Aleksandar], König von Jugoslawien. — S. 21, 27-28, 33, 40-41, 52-53, 57, 63
Khuen-Hérdeváry, Graf [Dragutin], ungar. kroat. Minister. — S. 22
Koloman der Arpade, König von Ungarn (1095—1114). — S. 63
[Komnenen, byzant. Kaiserdynastie. — S. 68]
Korošec, Dr. Anton, Weltpriester, jugoslaw. Minister, Führer der slowen. klerikalen Partei. — S. 21-22, 29, 33-34, 52, 54-55, 81
Kossuth, Lajos, revolut. Gouverneur von Ungarn 1848. — S. 22
Košutić, August, Schwiegersohn Stjepan Radićs, kroat. Emigrant. — S. 32
Kraljević, Dr. [Dragan], kroat. Minister. — S. 31
Krulj, Dr. [Uroš], serb. Minister. — S. 21

L

- Lazić, Žika, serb. Minister. — S. 31
Leouzon le Duc [Eugen Kvaternik], franz. [bzw. kroat.] Publizist. — S. 70

M

- Maček, Dr. [Vladko], Führer d. kroat. Opposition. — S. 22, 28, 31-32, 52, 78
Maksimović, Boža, serb. Minister. — S. 21, 31
Marinković, [Vojislav], serb. Minister. — S. 21
Mažuranić, Dr. [Želimir], kroat. Minister. — S. 52
Mijatović, Čeda, serb. Politiker. — S. 56
Miklosich, Franz [Miklošič, Franc] v., Wiener Slawist. — S. 65
Mussolini, Benito, ital. Ministerpräsident. — S. 34, 90

N

- Nemanjiden [Nemanjići], serb. Zarendynastie (1165—1367). — S. 66

P

- Pašić, Nikola, Führer d. serb. Radikalen, langjähr. Ministerpräsident u. Außenminister. — S. 24
- Perović, Dr. [Ivo], kroat. Banus. — S. 29 [Peter der Große, russ. Zar. — S. 69]
- Pogačnik, Viktor, kroat. Minister. — S. 31
- Pribičević, Svetozar, serb. Demokratenführer. — S. 15, 23, 30-33, 57, 82
- [Princip, Gavrilo, Attentäter. — S. 12]
- Protić, Stojan, serb. Politiker. — S. 56, 82

R

- Račić, Puniša, serb. Abgeordneter. Mörder Radićs. — S. 23-24
- Rački, Franz [Franjo], kroat. Domherr u. Historiker. — S. 54, 65
- Radić, Pavao, kroat. Abgeordneter. — S. 23
- Radić, Stjepan, Führer der kroat. Bauernpartei. — S. 21, 23, 31-32, 47, 52, 57
- Radiojević, Ing. [Lazar], serb. Minister. — S. 21
- Rittig, Dr. Msgr. [Svetozar], Stadtpfarrer von Zagreb. — S. 26-28
- Rutilius, Marcius, röm. Diktator. — S. 51

S

- Sabbas, St. (sv. Saba; [Sava]), Begründer der serb. Staatskirche. — S. 66
- Savković, Ing. [Stevan], serb. Minister. — S. 21
- Sedeslaw [Zdeslav], kroat. Fürst. — S. 68
- Seton-Watson, [Robert Wiliam], engl. Publizist. — S. 16, 18, 70, 87
- Srkulj, Dr. [Stjepan], Bürgermeister von Zagreb, — S. 26-28
- Srškić, Dr. [Milan], serb. Minister. — S. 21, 31
- Starčević, Dr. Anton [Ante], Schöpfer des kroat. Nationalismus. — S. 23, 54, 65

Steed, Wickham [Henry], engl. Publizist. — S. 87

- Stefanović-Karadžić, Vuk, Begründer des serb. Nationalismus. — S. 65
- Strossmayer, Josef Georg [Josip Juraj], Bischof von Djakovar [Đakovo], Begründer des Jugoslawismus. — S. 54, 65
- [Südland, L. von, bzw. Ivo Pilar. — S. 70]
- Svačić, Peter [Petar], kroat. König. — S. 63

Š

- Šafařík, Paul [Pavel] Josef, tschech. Historiker und Slawist (1795—1861). — S. 64
- Šufflay, Dr. Milan, kroat. Gelehrter, wiss. Berater Radićs. — S. 28, 30
- Švrljuga, Dr. Stanko, kroat. Minister. — S. 21, 26, 28, 52

T

- [Thimme, Dr. Friedrich. — S. 18]
- Trumbić, Dr. [Ante], kroat. Politiker. — S. 32
- Tyrš, [Miroslav], tschech. Sokolorganisator. — S. 32

U

- Uzunović, [Nikola], serb. Minister. — S. 21

W

- Wendel, Hermann, deutscher Publizist. — S. 70
- Wilson, Woodrow [Thomas], amerikan. Präsident. — S. 67, 75

Z

- Zapolja Iwan (türk. Lehnkönig v. Ungarn 1487 bis 1540). — S. 68

Ž

- Živković, Peter [Petar], serb. General, Ministerpräsident. — S. 21

SACHREGISTER

A

- Absolutismus. — S. 64
Adria. — S. 22, 87ff., 89-90, 92
Ägäis. — S. 89
Akademie d. Wissenschaften u. Künste,
südslawische, in Zagreb. — S. 54
Amputationstendenz, serbische. — S. 24, 92
Ausgleich, kroat.-ungar. — S. 11, 13, 22-23, 83
Auslandsflucht jugoslaw. Kapitals. — S. 39
Ausnahmegesetze. — S. 58
Autonomiebestrebungen. — S. 75, 80

B

- Bacska (Bačka). — S. 43, 76
Balkan. — S. 63, 66, 88
Balkanismus. — S. 70
Banat. — S. 43
Bank, serb., in Zagreb. — S. 45
Bankmoratorium, -runs. — S. 38, 45ff.
Banus. — S. 26, 29, 52
Bauern:
- Kroatische, jugoslawische. — S. 23-24,
37, 39
- Kredite, politische. — S. 38, 43
- Partei, kroat., slowen., serb. — S. 31, 43,
47, 82
- Schuldenkonvertierung. — S. 47
- Schutzgesetz. — S. 42, 45-47
Belgrad. — S. 12, 24ff., 29, 31, 41ff., 45, 59,
89ff.
Bokka Kotorska (Bucht von Cattaro). — S. 89
Bosnien. — S. 12, 26, 28, 30, 34, 40, 42-43, 47,
68ff, 76, 78, 80, 83, 92
Brod. — S. 89
Bulgarien. — S. 88
Byzantinismus, Wesen und Krise d. — S. 69,
91
Byzanz. — S. 64, 66

D

- Dalmatien. — S. 12, 43, 63, 68, 80, 88, 92
Deklaration:
- Jugoslawische. — S. 29, 54
- Slowenische. — S. 33ff

- Demokratenpartei, serb. — S. 31
Diktatur, ihre Fortdauer,
- wirtschaftl. Maßnahmen u. Liquidierung.
— S. 21ff., 25ff., 31ff., 37, 40-41, 51,
53, 77, 83
Donau-Drau-Linie. — S. 64, 67
Dorfgazdas. — S. 42
Draubanat. — S. 75
Drina. — S. 68, 89, 93
Državotvornost (Staatsarbeit). — S. 23
Dualismus, österr.-ungar. — S. 22, 75-76, 80
Dynastisches Gefühl d. Kroaten u. Serben.
— S. 27

E

- Emigranten, jugoslaw. — S. 32
England. — S. 18, 87, 90, 92

F

- Faschismus. — S. 37, 83
Fiume. — S. 89-90
Fiumaner Resolution. — S. 31
Föderalismus. — S. 26, 30, 34, 75, 77, 80-81, 91
Frankreich. — S. 88, 90, 92
Futternot und ihre Folgen. — S. 37, 43

G

- Gegensätze, konfessionelle.— S. 29, 58
Golddeckung d. Dinarwährung. — S. 38
Gospic. — S. 30
Grenzlinien, strategische. — S. 64
Großserbien. — S. 12, 76
Grünberger Handschrift. — S. 81
Gruž (Gravosa-Ragusa). — S. 89

H

- Herzegowina. — S. 12, 17, 26, 40, 42, 68, 76,
78, 80, 92
Hirtenbrief d. jugoslaw. Episkopats. — S. 32
Holzdumping, russisches. — S. 37

I

- Illyricum, Illyrismus. — S. 63, 65
Italien. — S. 31, 33, 64, 88, 90, 92

- J**
 Jugoslavija mlada, serb. polit.
 Terrororganisation. — S. 30
 Jugoslawismus. Aufzählen d. — S. 54
- K**
 Katholizismus, Organisation im jugoslaw.
 Staate. — S. 29, 32, 56
 Kirchenverfassung, serbisch-orthodoxe. — S.
 28-29
 Koalition, kroat.-serb., von 1908. — S. 22, 54
 Königinhofer Handschrift. — S. 81
 Kommunismus. — S. 24-25, 43, 58,
 Korfu, Pakt von. — S. 82
 Korruption in Jugoslawien. — S. 25, 31, 37, 39
 Kossowo (Amsselfeld),
 - Schlacht v. (1389). — S. 91
 Kreditanstalt, österr. — S. 38
 Kreditwesen, jugoslaw. — S. 46
 Kroaten:
 - Abstinenzpolitik d. — S. 23, 25, 40
 - Aufstand a. d. Lika. — S. 59
 - Föderalistenpartei. — S. 82
 - Frage, kroat. — S. 37, 51-53, 63, 70, 79
 - Koalitionspolitik d. — S. 63-64
 - Staatspartei, kroat. — S. 28, 54
 Kroatien. — S. u. a. 12, 17, 22-29, 33, 40, 43,
 53, 64, 68, 75, 80, 82, 88, 92
 Kulturkampf. — S. 32, 63
- L**
 Lastovo (Lagosta). — S. 90
 Lika. — S. 30
 Limes, röm. — S. 92
 Ljubljana (Leibach). — S. 77
- M**
 Magyarisierung. — S. 22, 65, 70, 76
 Mandatsverlust d. Abgeordneten. — S. 40
 Mare nostro-Politik Italiens. — S. 90
 Mazedonien. — S. 17, 23, 76, 78
 Metropole, orthodoxe, in Zagreb. — S. 28
 Millionenvermögen jugoslaw. Minister im
 Ausland. — S. 39, 58
 Mißernten. 1931/32. — S. 37
 [Mittelbalkan. — S. 64, 67]
 Mitrovica. — S. 26
 Moesia inferior. — S. 68
 Mohacs [Mohač], Schlacht von. — S. 63, 68
 Montenegro. — S. 17, 26, 57, 68, 77-78, 80, 83
 Mostar. — S. 89
 Murinsel (Prekmurje). — S. 92
- N**
 Nationalbank, serb. — S. 38
 Nationalismus, kroat., serb. — S. 54, 65, 70
 Neutralisierung Kroatiens. — S. 92
- O**
 Österreich. — S. u. a. 11-14, 16-18, 22, 26-28,
 30-31, 33, 38, 54, 56-58, 63-68, 70-71, 75-
 77, 79-83, 87-89, 92, 93
 Offiziersverschwörung, kommunist., in
 Marburg. — S. 58
 Ogulin. — S. 89
 Omiš (Almissa). — S. 29
 Oppositionsparteien. — S. 40-41
 Orientalismus. — S. 68
 Orthodoxie. — S. 28, 32, 56
- P**
 Pannonien. — S. 63-64, 67
 Parlamentarismus, Versagen d. — S. 21
 Partes occidentales u. orientales d. röm.
 Reiches. — S. 68, 89
 Polen. — S. 63, 75, 88, 91
 Prečanska fronta. — S. 57
- R**
 Raša. — S. 66
 Regaten (Reichsrumänen). — S. 80
 Rekorderten 1929/30. — S. 37
 Resolution, serb.-kroat., der S.D.-Koalition. —
 S. 31, 33
- S**
 Sarajewo. — S. 26, 77, 89
 Serbier. — S. 31-32, 77
 Serbo-Kroatismus. — S. 54, 65, 81
 Serfidše (Servia). — S. 66
 Skoplje (türk. Üsküb). — S. 66, 91
 Skupština narodna, serb. Parlament. — S. 21
 Slawonien. — S. 12, 23, 80, 88, 92
 Slowenien. — S. u. a. 17, 28-29, 33, 40, 52, 55,
 78, 83

Slovenska dežela. — S. 75-76
Sokolwesen (Turmvereine). — S. 27ff., 32, 55
Soraben. — S. 66
Split (Spalato). — S. 89
Staatsgefühl d. Serben u. Kroaten. — S. 27
Staatskirche, serb. — S. 66
Staatskrise. — S. 58, 76, 79
Steuersausfall. — S. 46
Suezkanal. — S. 87-88, 90
Sušak. — S. 89
Syrmien. — S. 76

Š

Šid, sym. Bezirk. — S. 26

T

Thessaloniki. — S. 66, 89
Triest. — S. 89
Trogir (Traú), Markuslöwe v. — S. 34
Tschechen. — S. 27, 75
Türken. — S. 57, 91

U

Ungarn. — S. u. a. 12-14, 16-17, 22-23, 26-28, 30-31, 33, 39, 56-58, 63-65, 67, 70-71, 75-77, 80-83, 87-88, 91-93
Unifizierung d. südslaw. Völker. — S. 76
Union d. kathol. u. orthodox. Kirche. — S. 54
Universität, Studentenkrawalle, Schließung. — S. 41

V

Valutastabilisierungsgesetz. (o novcu). — S. 37

Velebit. — S. 30, 59
„Verdorbene Intelligenz“ d. Kroaten. — S. 23
Verkehrspolitik. — S. 77
Vermächtnisgedanke, serb. — S. 66, 77
Verträge von St. Germain, Neuilly, Trianon. — S. 22
Verwaltung, Verbesserung d. — S. 37
Vidovdan (St. Veitstag)-Verfassung. — S. 21, 25, 40, 55, 77
Vinkovci, sym. Bezirk. — S. 26
Vojvodina. — S. 17, 30, 38, 43, 76, 78
Vukovar, sym. Bezirk. — S. 26

W

Wahlfälschung. — S. 5, 41
Wahlgesetze. — S. 40, 77
Weizengesetz u. seine Folgen. — S. 38
Wirtschaftslage. — S. 27ff., 46, 53, 58
Wirtschaftsstatistik. — S. 46

Z

Zagreb. — S. u. a. 17, 24, 26-32, 38, 45-46, 54, 77-78, 82, 89
Zara. — S. 30, 90
Zentralismus, serb. — S. u. a. 22, 25, 30, 43, 55, 75
Zeta (hist. Name f. Montenegro). — S. 25-26
Zollgrenzen. — S. 92
Zweckfiktionen, polit. — S. 65, 79, 81

Ž

Županja, sym. Bezirk. — S. 26

Aufschlußreiche Bücher über die
südslawische Frage vor dem Weltkrieg:

JOSEPH M. BAERNREITHER

FRAGMENTE
EINES POLITISCHEN TAGEBUCHES

Die südslawische Frage und Österreich-Ungarn vor dem Weltkrieg

Herausgegeben und eingeleitet von

PROF. JOSEPH REDLICH

In Ganzleinen RM 6.—. Broschiert RM 4,50

„Ein sehr aufschlußreiches, politisches Tagebuch, dessen Hauptwert in der Darstellung der österreichischen Balkanpolitik und den hochinteressanten Schilderungen der Begegnungen und Unterredungen mit Staatsmännern, Finanzleuten und Gelehrten jener Epoche liegt.

Ostdeutsche Morgenpost

★

LEOPOLD VON CHLUMECKY

ERZHERZOG FRANZ FERDINANDS
WIRKEN UND WOLLEN

In Ganzleinen RM 5,50. Broschiert RM 4,50

Aus dem Inhalt:

Franz Joseph und seine Thronerben

Außenpolitik: Die Bundesgenossen. Der Balkan

Das südslawische Problem als Schicksalsfrage der Monarchie:

Dalmatien. Die kroatische und bosnische Frage

Ungarn: Das Nationalitätenproblem

Österreich: Aus der Werkstatt des Thronfolgers

„Chlumecky spricht das südslawische Problem als die Schicksalsfrage der Donaumonarchie an.“

Historisches Jahrbuch

VERLAG FÜR KULTURPOLITIK / BERLIN

GENERALOBERST VON CRAMON
und
OBERSTLEUTNANT FLECK
DEUTSCHLANDS SCHICKSALS BUND
MIT ÖSTERREICH-UNGARN

Von Conrad von Hötzendorf zu Kaiser Karl

Mit 10 Bildern und 4 Kartenskizzen
In Leinen RM 7,50. Broschiert RM 5,50

„Wie sehr der Inhalt des Buches mich gefesselt hat, brauche ich nicht zu bestätigen. Es berührt nicht nur mein eigenes Erleben, sondern berichtet so vieles, das mir im Verlaufe des Weltkrieges nicht zum Bewußtsein gekommen, aber doch höchst wissenschaftlich ist.“

Generalfeldmarschall von Mackensen

„Was dem Kenner der reichsdeutschen Kriegsliteratur vor allem auffällt, ist die warme Begeisterung, die Cramon für den Fm. Conrad aufbringt.“

Neues Wiener Tagblatt

„Neben den rein militärischen Schilderungen, die in einem packenden Stil geschrieben sind, verleiht aber dem Werk der große menschliche Takt, mit dem hier Kritik geübt wird, seinen Wert. Allein schon diese Tatsache genügt, um dieses Buch als vorbildlich zu bezeichnen.“

Hamburger Nachrichten

★

JOACHIM VON KÜRENBERG
DIE GRAUE EMINENZ

Der Lebensroman des Geheimrats Fritz von Holstein

In Leinen RM 4,50. Broschiert RM 3,—

„Ich habe um Mitternacht zu lesen begonnen und das spannende Buch bis zum Morgengrauen zu Ende gelesen. Es ist klüger, kenntnisreicher, einheitlicher als alles, was ich in dieser Art gelesen habe.“

Prof. H. Uhde-Bernays

„Ich habe das Buch mit unglaublicher Spannung gelesen. Fabelhaft ist dieser aphoristische Stil. Ich habe sonst keinen Sinn für politische Bücher, dieses aber hätte 10 Bände haben können, ich hätte es in einem Zug gelesen.“

Prof. Paul Lättele, Konstanz

„Es dürfte kaum einen Leser geben, der das brillant geschriebene Werk nicht gespannt und gebannt in einem Zuge von der ersten bis zur letzten Seite lesen wird.“

Pester Lloyd

VERLAG FÜR KULTURPOLITIK / BERLIN